

ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

XIII. JAHRGANG 1936

7.

H E F T / J U L I

Zwischen Himalaja und Mandschurei

Philby: Tibet: Bollwerk oder Durchzugsweg I

Ing Fai Tao: Die sogen. „Autonomie-Bewegung“ Nordchinas

Schler-Hauke: Zur Geopolitik und Wehrpolitik Mandschukuos

Springer: Rundfunk und Geopolitik

Rauecker: Geopolitische Bedingtheit der Sozialpolitik III

Scheibe: Formkräfte der Landschaft IV

Heinemann: Grenzland Ostpommern

Postvertrieb ab Leipzig

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

begründet von

Professor Dr. KARL HAUSHOFER und Professor Dr. ERICH OBST

Herausgegeben von

DR. KARL HAUSHOFER

Generalmajor a. D., o. Professor an der Universität,
München O 27, Kolberger Straße 18, Fernsprecher 480 444

Unterständiger Mitarbeiter von Geheimrat Prof. Dr. K. Wiedenfeld, Leipzig, Prof. Dr. H. Lautensach, Gießen,
Dr. G. Herrmann, Leipzig, und Dr. Albrecht Haushofer, Berlin

SCHRIFTFÜHRUNG:

Kurt Vowinckel, Heidelberg, Wolfsbrunnenweg 36
Fernsprecher: Heidelberg 3742

Manuskript- und Buchzusendungen werden an die Schriftleitung erbeten.

XIII. JAHRGANG / HEFT 7 / JULI 1936

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

- H. A. R. Philby: Tibet: Bollwerk oder Durchzugsweg I* 427
Pung Fai Tao: Die sogen. „Autonomiebewegung“ in Nordchina 436
G. Fochler-Hauke: Geopolitische und wehrpolitische Eindrücke aus der Mandschurei II 442

BERICHTE

- A. Haushofer: Berichterstattung aus dem atlantischen Raum* 457
K. Haushofer: Bericht über den indopazifischen Raum 461

GRUNDFRAGEN

- F. Springer: Rundfunk und Geopolitik I* 468
B. Rauecker: Die geopolitische Bedingtheit der Sozialpolitik III 474
W. Scheibe: Formkräfte der Landschaft IV 478

DER DEUTSCHE RAUM:

- B. Heinemann: Grenzland Ostpommern* 485

SCHRIFTTUM:

- K. Haushofer: Ein geopolitisches Werkzeug* 491
K. Haushofer: Schrifttumsbericht aus dem indopazifischen Raum 491

Preis: Vierteljahr M. 5.50 / Einzel M. 2.— / Jahrgang mit Inhaltsv. M. 22.—

Österreich und das Ausland (ohne die Schweiz): Vierteljahr RM 4.20, bei Zahlung in fremder Währung.
Gebunden (2 Bände) RM 28.— / Register für den Jahrgang RM —.90 / Inhalts-
verzeichnis kostenlos / Einbanddecke für den Halbjahresband RM 2.—

Postcheckkonten: Kurt Vowinckel Verlag G.m.b.H. / LUDWIGSHAFEN 124 61 / WIEN 559 18 / PRAG: Kreditanstalt der Deutschen, 62730

AN SCHRIFTEN DER MITARBEITER

Dr. Gustav Fochler-Hauke (AfG), München, Ainmillerstr. 37^{IV} — Dr. Albrecht Haushofer (AfG), Leiter
des geopolitischen Seminars an der Hochschule für Politik, Berlin SW 48, Wilhelmstr. 23 — Dr. Karl
Haushofer (AfG), Gen.-Major a. D., o. Professor an der Universität, Präsident der Deutschen Akademie,
München O 27, Kolberger Str. 18 — Dr. Bruno Heinemann, Erster Syndikus der Industrie- und Handels-
kammer Ostpommern-Stolp — H. A. R. Philby, Glenross, Belsize Rd., London NW 6 — Professor
Dr. Bruno Rauecker, Frankfurt/Main-Ginnheim, Fuchshohl 22 — Unterfeldmeister Dr. Wolfgang
Scheibe (AfG), Berlin-Halensee, Auguste-Viktoria-Str. 4 — Dr. Franz Springer, Berlin-Charlotten-
burg 9, Leistikowstr. 2 — Pung Fai Tao, Berlin-Charlottenburg 4, Leibnizstr. 62

Die Bezeichnung (AfG) hinter dem Namen bezeichnet die Mitgliedschaft des Verfassers in der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik.

KURT VOWINCKEL VERLAG / GMBH / HEIDELBERG / WOLFSBRUNNENWEG 36

In den weiten Spannungsraum zwischen Tibet und der Mandschurei führt der Aufsatzteil unseres Hefes. Seine Berichte stammen aus persönlicher Landeskenntnis. Dies wird aus der Fülle von klug beobachteten Einzelheiten besonders deutlich in dem Aufsatz von H. A. R. Philby. Er ist ein Beispiel für Beobachtungsgabe und Blick kolonialerfahrener Engländer; zugleich zeigt er eine sichere Vertrautheit mit dem „großen Spiel“, dessen Züge den ganzen weiten Raum Ostasiens füllen. Wir glauben, daß die wenig bekannten Einzelheiten herasiatischer Politik und Geopolitik, die wir mit diesem Beitrag im Juli- und Augustheft bieten, unseren Lesern willkommen sein werden.

Der stark japanisch beeinflussten Meinung der Weltöffentlichkeit stellen wir in den Ausführungen des jungen Kuo-Mintang-Vertreters Pung Tai Tao das Bild entgegen, das man über die Entwicklung in Nordchina in führenden chinesischen Kreisen hat. Schon die nächste Zeit wird zeigen, wie weit es gegenüber dem japanischen Gegenspiel Wirklichkeit besitzt.

Über die Grundlagen der Arbeit von Fochler-Hauke zur Geopolitik und Wehrpolitik der Mandschurei sprachen wir bereits in der Vorbemerkung zum Juniheft. Der Aufsatz schließt mit diesem Heft ab.

Mit Absicht haben wir in letzter Zeit die Behandlung der Grundfragen verstärkt. Neben die Fortführung der beiden Arbeiten von Rauecker, — die mit diesem Heft abschließt und erweitert als Heft 12 der geopolitischen Schriftenfolge erscheint — und des Beitrages von Scheibe, der im Augustheft abschließt, tritt aus besonders berufener Feder der erste Teil einer Untersuchung über Rundfunk und Geopolitik von Fr. Springer.

Im Abschnitt: Der Deutsche Raum endlich, erscheint der im vorigen Heft bereits angekündigte Beitrag unseres Mitarbeiters W. Heinemann über Grenzland Ostpommern.

Die Späne mußten wir in diesem Heft wegen Mangels an Raum ausfallen lassen; sie sind für das Augustheft wieder vorgesehen. Dafür konnten wir dem Schrifttum einige Seiten einräumen.

Die Schriftleitung

Aus dem Inhalt des letzten Hefes:

- W. Ebert: Geopolitische Betrachtung am Skagerrak-Lag.
- J. Fernau: Raumwirtschaftliche Züge in der Außenhandelspolitik Großbritanniens.
- H. von Levenar: Volk und Raum der Bretonen.
- H. Fochler-Hauke: Geopolitische und wehrpolitische Eindrücke aus der Mandschurei I.
- L. Haushofer: Berichterstattung aus der atlantischen Welt.
- L. Haushofer: Bericht über den indopazifischen Raum.
- H. Rabl: Nah-Ost-Nachtrag.
- B. Scheibe: Formkräfte der Landschaft III.
- H. Rauecker: Die geopolitische Bedingtheit der Sozialpolitik II.
- H. Meser: Zur Problematik des Geschichtsunterrichts.

H. A. R. PHILBY:

Tibet: Bollwerk oder Durchzugsweg? —

Großbritannien rüstet auf. Die Frage, ob, wann und wo dieses sein neues Rüstzeug zur Verwendung kommt, läßt sich vorläufig noch nicht beantworten. Die realpolitischen Erfordernisse führen die sonderbarsten Leute zusammen und Großbritannien befindet sich in einer ausnehmend schwierigen Lage. Als Weltmacht (die Weltmacht, wie Professor Obst sagt) steht das britische Weltreich an einer ganzen Reihe von Punkten in enger Berührung mit einer beträchtlichen Anzahl anderer Mächte. Die britische Politik wird von einer Menge von Tatsachen bestimmt, von denen keine einzelne den Ausschlag gibt. Erwägungen, die sich, vom einen politischen Kraftfelde aus gesehen, empfehlen, werden von Belangen, die ein anderes nahelegt, ausgeschaltet. Daher die Bezeichnungen: „Britische Sphinx“ oder unfreundlicher: „treuloses Albion“.

Im folgenden soll auf einen der verhältnismäßig unbekanntesten Tatbestände eingegangen werden, die zum Rüstwerk der Verteidigung des britischen Weltreiches gehören. Von allen Grenzen des Reiches sind jedenfalls die im Nordosten Indiens, welche das tibetanische Gebirgsbollwerk bildet, als die am wenigsten gefährdeten anzusehen. Das tibetanische Hochland ist das höchstgelegene und ausgedehnteste der Erde und bildet vom Riesenknoten der Gebirge des Pamir bis zu den Schluchten Indochinas eine Sperre von einzigartiger Höhe und Geschlossenheit. Aber selbst hier kann von Sicherheit keine Rede sein. Es zieht sich von Konstantinopel über Mossul, Baku, Teheran, Kabul und Kaschgar eine lange Linie von Punkten hin, an denen sich die Belange Englands und Rußlands überschneiden.

Schon einmal ist diese Linie bis Lhasa und ins indochinesische Flußgebiet hinein verlängert worden. Wenige Jahre vor dem Weltkrieg sind dann diese Reibungen mit größter Mühe und überaus verhängnisvollen Folgen notdürftig ausgeglichen worden, wurden aber nach dem Weltkrieg und der russischen Revolution nur desto fühlbarer. Die Meerengen, Mossul, Baku, Ammanullah — sind alles Namen, die den wiederaufgelebten Wettkampf kennzeichnen.

Der russische Koloß ist in den letzten paar Jahren in Mittelasien so weit vorgedrungen, daß getrost behauptet werden kann, die tibetanische Frage werde in absehbarer Zeit abermals trennend zwischen die beiden großen eurasischen Mächte treten. So mündet denn das vergangene halbe Jahrhundert tibetanischer Historie wieder in die Zeitgeschichte ein.

I.

In den letzten fünfzig Jahren hatten sich die Beziehungen Tibets zum Ausland dreieckig gestaltet, eine politische Tatsache, die sich mit den wesentlichen Gliederungen des Hochlands im geographischen Sinne deckt. Wie nämlich die Republik

China aus dem eigentlichen China und den von ihr abhängigen Gebieten besteht die dem Einfluß Chinas mehr oder weniger offenstehen, so zerfällt auch das tibetische Hochland in das eigentliche Tibet und zwei Randgebiete, die von Tibet schon geraume Zeit nur mehr dem Namen nach beherrscht wurden.

Das eigentliche Tibet wird im Norden, Westen und Süden von den Gebirgsketten der Kwenlün und Hamalaja, im Osten aber, weit weniger scharf bestimmt, von dem indochinesischen Flußgebiet eingeschlossen, das von den oberen Strecken des Salwin, Mekong und Yangtse gebildet wird. Die Hauptstadt Lhasa liegt an der Stelle, wo sich die beiden Hauptverkehrsstraßen des Landes schneiden; die eine von ihnen führt nach Osten und Westen, Strecken des Oberlaufs des Indus, des Satladsch und Brahmaputra entlang. Der Indus fließt, in westlicher Richtung, von den wertvollen Goldfeldern von Jalung und Gartok aus bis zur westlichen Endstation der Handelsstraße in Leh in Kleintibet. Der Satladsch bringt die Hindupilger ostwärts zu ihren heiligen Stätten an den Ufern der Manassarowar-Seen und wird dann vom Brahmaputra fortgesetzt, der in der Gegend der Satladschquellen entspringt und im größeren Teil seines Laufes ostwärts fließt, bis er dann, der Bucht von Bengalen zu, scharf nach Süden ausbiegt. Die andere über Lhasa führende Handelsstraße verläuft von Südwest nach Nordost. Sie nimmt ihren Ausgang von den weiten Ebenen Bengalens und steigt das Tschumbital hinan, das einen schmalen Vorsprung tibetischen, zwischen Sikkim und Bhutan eingeschobenen Gebiets bildet. Sie führt sodann an Gyantze, einem bedeutenden Marktplatz, der für das Hochland typischen Erzeugnisse (Gold, Häute, Moschus und Rhabarber) vorbeibringt und setzt sich dann über den Jamdok-See und den Do-La-Paß nach Lhasa fort. Nördlich dieser Stadt läuft sodann die Straße nach Nagdschuka und Jyekundo, und von dort aus haben Händler und Pilger die Wahl unter mehreren Straßen, wodurch das Dorf in Osttibet seine beherrschende Lage erhalten hat.

Ein Beobachter in Jyekundo würde in der Tat einen weit besseren Einblick in das Hochlandsleben und Treiben im ganzen erhalten als etwa in Lhasa, Gyantze, Gartok oder irgendeinem anderen besser bekannten Verkehrsmittelpunkt. Das Dorf besteht eigentlich nur aus einer Anzahl von schmutzigen Hütten, zu denen jedoch ein großes Kloster gehört. Aber der alljährliche Jahrmarkt dort bietet den Käufern Metallwaren aus Kansu, Gewebe aus Rußland, Tee aus Szetschwan, Zucker aus Yunnan und Früchte aus Indien. Andererseits liefert die nächste Umgegend Wollstoffe von einer Beschaffenheit, die es mit jeder anderen asiatischen aufnehmen kann; sie wird von tangutischen Händlern der Landschaft Kukunor nach Sining in Kansu gebracht, von wo sie, freilich stark mit Sand und Seilwerk usw. vermengt, mit Karawanen an die Bahn geschafft wird, die sie nach Tientsin weiterbefördert.

Jyekundo liegt somit an der Stelle, wo das eigentliche Tibet mit den beiden Randlandschaften des Hochlandes zusammentrifft. Im Norden und Osten liegt das Kukunor-Gebiet, ein großes Seenbecken, das den Namen der größten jener Wasserflächen trägt und von Tibetanern, Mongolen, Chinesen und Muslimen bewohnt ist, obwohl die Tibetaner dort in der Mehrzahl sind und unter Führung ihrer Stammeshäuptlinge die Mongolen allmählich aus dem Lande verdrängen, liegt doch die Staatsleitung in den Händen der Muslime von Kansu. Sie sind eine mannhaft, fleischessende Rasse und passen sich, im Gegensatz zu den Südcinesen, ohne weiteres den Verhältnissen in Tibet an. Da sie im Handel mit tibetanischer Wolle an



erster Stelle stehen, ist das in diesen Weideländern bestehende Abgaben- und Steuerwesen von größter Bedeutung für sie, weshalb sie auch nie gezögert haben, mit der Waffe in der Hand sich jeden Übergriff seitens Szetschwans im Südosten oder Lhasas im Südwesten zu widersetzen.

Es mag ungereimt erscheinen, jenes Gebiet von Kukunor als tibetisches Randgebiet anzusehen, da doch die weltliche Gewalt Lhasas nicht bis in dieses Seenbecken

reicht. Der Grund für diese herkömmliche Ansicht ist jedoch klar: Da der größte der Seen des Beckens 10 000 Fuß (über 3000 m), der zweitgrößte über 13 000 Fuß (über 4250 m) über dem Meeresspiegel liegt, muß das Gebiet als Teil des tibetatischen Hochlands angesprochen werden. Seine feierliche Einverleibung in das Gebiet des eigentlichen China unter dem Namen Tschinghai ändert an dieser Tatsache nichts, zumal die tatsächliche Verwaltung der Provinz eine (von Kansu ausgehende) örtliche und nicht eine (von Nanking ausgehende) zentrale ist. Diese erdkundlichen Erwägungen werden außerdem durch Gründe aus dem Gebiet der Glaubensüberzeugungen ergänzt. Das Kukunorgebiet gehört zu der gewaltigen Treppe, die von den mongolischen Ebenen und Wüsten ins Innere des tibetatischen Hochlands hinaufführt. Buddhistische Pilger ziehen von allen Teilen der Mongolei nach dem großen Kloster von Kumbum, das unmittelbar jenseits der Grenze zwischen Sining und Kukunor im Herzen der Landschaft Amdo gelegen ist, Tibet den großen Reformator Tsongkapa beschert hat und bis auf den heutigen Tag ein Mittelpunkt eifrigster Religiosität geblieben ist. Hier werden die Pilger in Gruppen eingeteilt, die dann unter Schutzbegleitung über die hochgelegenen Weideländer der räuberischen Goloknomaden bis an die Grenze des eigentlichen Tibet ziehen. Dort trennen sie sich wieder und reisen, diesmal ohne Schutzbegleitung, nach den heiligen Stätten in Lhasa und Schigatse. Dieses ständige Fluten der Pilger von Norden nach Süden und wieder zurück ist für das eigentliche Tibet von großer wirtschaftlicher Bedeutung (lamaistische Schriften sind in der Mongolei sehr gesucht). Auch trägt es zur Einung der mittelasiatischen Völkerstämme bei.

Lhasa und die lamaistische Kirche müssen daher als bedeutsam für das Schicksal der Landschaft Kukunor angesehen werden. Die Belange Chinas dort tragen keinem positiven Charakter: Das Land ist für den chinesischen Bauern ganz und gar ungeeignet, und die Interessen Chinas werden durch die von den muslimischen Kaufleuten von Kansu ausgeübte Verwaltungstätigkeit hinreichend sichergestellt. Es wäre ebenso abwegig, zu behaupten, Kukunor sei weder erd- noch völkerkundlich mit Tibet verbunden als zu sagen, die weltliche Macht Lhasas reiche bis dorthin.

Eine ganz und gar andere Lage der Dinge finden wir aber im anderen Randgebiet des tibetatischen Hochlands. Von Jyekundo zieht in südöstlicher Richtung eine Straße nach Tatsienlu in der chinesischen Provinz Szetschwan. Sie bezeichnet zugleich die Nordgrenze einer Reihe halbautonomer Staaten, die sich über das indochinesische Flußgebiet hinziehen und unter dem Sammelnamen Kam bekannt sind. Kam wird von den Schluchten des Salwin, Mekong und Yangtse durchfurcht, welche Flüsse in parallelem Lauf dem Süden zustreben, bis sie den Gebirgsrücken von Yunnan erreichen. Hier gehen sie in verschiedenen Richtungen auseinander; der Salwin und Mekong behalten im allgemeinen die Richtung nach Süden bei und erreichen das Meer in Birma bzw. Cochinchina, während der Yangtse scharf nach Osten auf das Chinesische Meer zu abgedrängt wird. Die Grenzen Kams sind flüssig

Einerseits erhebt Lhasa den Anspruch, daß die Grenzen des autonomen Tibet nach Osten hin weit genug reichen, um Tatsienlu noch in sein Herrschaftsgebiet fallen zu lassen; andererseits beanspruchen die chinesischen Behörden in Szetschwan die unmittelbare Rechtsprechung über eine große Anzahl von selbständigen Staaten; sie beherrschten auch bis vor etwa zwanzig Jahren tatsächlich das fragliche Gebiet bis zum Brahmaputra. Die derzeitige Sachlage dort wird uns später eingehender beschäftigen; doch können schon hier einige allgemeine Erwägungen Platz finden. Völkerkundlich ist Tatsienlu die Grenzstadt. Westlich von ihr ist der chinesische Anteil der Bevölkerung auf die Besatzungen der zentralgelegenen Ortschaften und auf gelegentlich und in geringer Zahl anzutreffende Handelsleute beschränkt. Die tatsächliche Herrschaftsgrenze liegt andererseits 200 Jahre nach Tschien Lungs großem Zug nach Lhasa und Katmandu ungefähr längs des 97. Längengrads. Sie trifft südlich von Menkung auf den Salwin, südlich von Gartok auf den Mekong und südlich von Batang auf den Yangtse. So kam es, daß von den bedeutenden Mittelpunkten von Kam Tatsienlu und Batang zu Szetschwan, Tschamdo und Gartok zu Tibet gerechnet wurden.

Kam ist eines der anziehendsten und bevölkertsten Gebiete Tibets. Es ist nicht, wie Nordtibet, ein von Winden durchbraustes, sondern ein schluchtenreiches Land. Die Flußtäler eignen sich zur Feldbestellung und werden auch tatsächlich unter den Pflug genommen. Es wachsen dort Weizen und Mais; Rhabarber und allerlei Gemüsearten werden nach China ausgeführt. Dieses liefert dafür an Tibet bedeutende Mengen Tee, der in Kuchenform verkauft und mit ranziger Butter gekocht wird. Im Hinblick auf die fabelhaften Mengen, die der Durchschnittstibetaner von diesem widerwärtigen Getränk vertilgt, ist eine Reihe von Versuchen unternommen worden, indischen Tee dort einzuführen; aber die Tibetaner halten von den besten Sorten indischen Tees nicht viel mehr als von den minderwertigsten chinesischen; noch beherrscht also der chinesische Tee den Markt.

Kam ist naturgemäß der Umschlagplatz dieses Handels, und hinter so manchen den Kampf um dieses wertvolle Land betreffenden Verhältnissen würde der Tee zu suchen sein. Die wohlhabenden Torstaaten, die an der Straße von Tatsienlu nach Jyekundo liegen, haben den Tragtierfrachtverkehr so gut wie ausschließlich an sich gebracht, da die sonst benützten chinesischen Tiere dem strengen Klima des Hochlandes nicht gewachsen sind. Es kann einem Zweifel kaum unterliegen, daß Kam bei der künftigen Ausgestaltung Tibets die ausschlaggebende Rolle zu spielen bestimmt ist, da nur hier der Spielraum, den der Kampf ums Dasein gewährt, groß genug ist, um Aussicht auf günstige Entwicklung zu gewähren und dadurch menschliche Tatkraft anzulocken. Nordkam ist vielversprechender als Südkam, da nach Süden zu die Schluchten der Flußläufe immer unwegsamer werden; hier ein Beispiel: Die direkte Straße von Tatsienlu nach Lhasa führt über Tschamdo und Batang schnurgerade nach Westen; aber die Schluchten bereiten dem Reisenden derartige Hindernisse, daß bei weitem die billigste Straße doch die umwegige nördliche über Jyekundo ist, die das Kukurongebiet streift.

Dies sind die wesentlichen erdkundlichen Tatbestände, die für Tibets Beziehungen

zur Umwelt bestimmend sind. Im Westen und Süden steht das Hochland durch die Flüsse Indus und Tschumbi in Verbindung mit den volkreichen Flußbecken Indiens. Im Norden ist es auf dem Weg über die Kukunortreppe Einflüssen der Mongolei und Rußlands ausgesetzt; im Osten bieten die anmutigen Talgründe von Kam einen Zugang in das (und von dem) Gebiet der dichtbevölkerten chinesischen Flußbecken.

So bildet denn Tibet eine gewaltige Bergfeste, die die drei größten Reiche der heutigen Welt voneinander scheidet. Was sie aber getrennt hält, das führt sie andererseits zusammen: Großbritannien, China und Rußland sind schon einige Male Lhasas wegen aneinandergeraten, und die Geschichte wiederholt sich.

II.

Die ersten Begegnungen der britischen Indienregierung und Tibets waren keine erfreulichen. Die Tibetaner waren im hohen Grade argwöhnisch geworden gegen die Unternehmungen verschiedener Mitglieder der Indienregierung, insbesondere gegen die Tätigkeiten eines gewissen Tschandra Das, eines geborenen Bengalen, der mehrere Reisen in das verbotene Land gewagt hatte. Die Lamakirche lehnte sich gegen das Eindringen von fremden Einflüssen auf, die die Geltung der einheimischen Religion untergraben und dadurch die geistige Grundlegung ihres zeitlichen Wohlstands und ihrer weltlichen Macht in Frage stellen mußten; auch fürchtete sie die Absichten der Fremden auf ihre Goldfelder, wobei sie jedenfalls an die Reisen des großen Prschewalski dachte, der seinem Zar versprochen hatte, ihm in Tibet ein zweites Kalifornien zu erschließen.

Zu Anfang der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts bemühte sich die indische Regierung um die Klärung von Mißverständnissen, die nicht nur Tibet vom Handel mit Indien ausschlossen, sondern zugleich Störungen an der indischen Grenze nach sich zu ziehen drohten. Man kam mit dem chinesischen Oberherrn Tibets überein, einen Beamten der indischen Regierung nach Lhasa zu schicken, der sich mit den einheimischen Behörden ins Benehmen setzen sollte; aber während sich Macaulay in Dardschiling zur Reise nach der Hauptstadt von Tibet anschickte, warf die Besetzung von Birma durch England eine Anzahl neuer Probleme zwischen der chinesischen und englischen Regierung auf. Im Ausgleich für gewisse Zugeständnisse Chinas im Bereich seiner fragwürdigen Oberherrschaft über birmanische Gebietsteile gab England die Entsendung Macaulays nach Lhasa auf: der Widerstand Tibets hatte gesiegt.

Das Aufgeben der Reise Macaulays wurde in Tibet begreiflicherweise als Schwäche ausgelegt. Eine Woge der Fremdenfeindlichkeit ging über das Land hin. Katholische von Szetschwan aus in Osttibet arbeitende Missionare wurden aus dem Batangdistrikt ausgewiesen. Auch rückte eine tibetanische Streitmacht gegen Sikkim vor und besetzte Lingtu, ein Unternehmen, wozu Tibet nicht nur durch die schwächliche Haltung Englands bei Behandlung der Frage der Macaulayschen Sendung, sondern auch durch den Radscha von Sikkim ermuntert

wurde, der sich kurz zuvor auf tibetanischem Boden häuslich niedergelassen hatte. Die Expedition errichtete ein Fort in der Nähe der Grenzstadt Gantong und ließ mündliche Gegenvorstellungen der indischen Regierung unbeachtet. Es wurde nun eine kleine Streitmacht unter Führung des Obersten Graham gegen Lingtu ausgesandt, dem es ohne erhebliche Schwierigkeiten gelang, die Tibetaner zu vertreiben, die das Tschumbital hinauf auswichen.

Wieder aber blieb der anfängliche Erfolg ungenützt: Die Truppen wurden zurückgerufen, und der chinesische Statthalter begab sich nach Indien, um die Lage zu besprechen. Es kam 1890 zu einem Vertrag, in dem China die britische Schutzherrschaft über Sikkim anerkannte; die Grenze sollte die Titsawasserscheide bilden. Drei Jahre später wurde ein Handelsabkommen getroffen, wonach in Yatung ein Markt eingerichtet werden sollte; doch keiner dieser Verträge erwies sich als sonderlich wertvoll. China hatte damals allerdings dem Namen nach die Oberherrschaft über Tibet, aber seine Macht war nur schattenhaft; nach dem Krieg mit Japan bestand sie tatsächlich nicht weiter. Die Tibetaner weigerten sich, diese ohne ihr Mitwissen zustande gekommenen Verträge anzuerkennen, und als 1899 Lord Curzon, damals Vizekönig von Indien, endlich die Erlaubnis erhielt, unmittelbar mit dem Lama zu verhandeln, wurden ihm seine Briefe uneröffnet zurückgesandt.

Etwa um die Jahrhundertwende machte sich nun in Lhasa ein neuer Einfluß geltend. Rußlands anscheinend unwiderstehliches Vorrücken auf den eurasischen Steppen hatte es mit dem Buddhismus in Fühlung gebracht; wie ihm seine Einfälle nach Westturkestan einen Schlüssel zur Behandlung der muslimischen Völkerschaften der nordwestlichen Grenze Indiens in die Hand gespielt hatten, so verschaffte ihm nun die Durchdringung des Gebietes um den Baikalsee eine Stellung gegenüber den Glaubensgenossen der burjätischen Mongolen. Die Burjäten gehörten der lamaistischen Kirche an, die eine ungeheure Strecke Zentralasiens, nämlich das Gebiet zwischen den Urwäldern Sibiriens und der Schwelle des Gangesbeckens beherrschte. Sie hielten es, wie die Bewohner Nepals und Bhutans, in der Religion in erster Linie mit dem Dalai Lama in Lhasa, in zweiter mit dem Panschen Lama von Taschilumpo bei Schigatse und mit Dschebtsun Damba Khotokhto von Urga in der äußeren Mongolei. Der Wohnort des letzteren, den Mongolen unter dem Namen Bogdo Gegen (Heiliger Herr) bekannt, fiel in den Machtbereich der russischen Behörden in Khiachta, die die ihnen gebotene Gelegenheit nicht unbenützt vorübergehen ließen. Auch wußten sie Vorteile aus dem Umstand zu ziehen, daß Schwärme von Pilgern unablässig durch die ungeheuren Strecken zwischen der „Russischen Mongolei“ und den heiligen Stätten Südtibets zogen.

Das hauptsächlichste Anzeichen dieser stetigen Durchdringung Tibets durch Rußland bildete die von Aguan Dordschi, einem behäbigen, fröhlichen und begabten, in Europa unter dem russifizierten Namen Dordschieff bekanntgewordenen Burjäten entfaltete Tätigkeit. Ursprünglich Hofmeister des Dalai Lama, erfreute er sich eines bedeutenden Einflusses in Lhasa, wo er den Namen Tsenyi-Kum-po führte, was im Tibetischen etwa auf Doktor der Metaphysik hinausläuft. Er bediente sich einer alten tibetanischen Legende, nach der ein im Norden von Kaschmir gelegenes Königreich namens Norddschambala erstehen und die Herrschaft des Buddhismus wieder herstellen sollte. Dordschieff bestand darauf, daß dies Norddschambala

Rußland wäre. Er wurde dreimal mit Reisen nach Rußland betraut und bei den beiden letzten vom Zar empfangen. Er brachte Waffen und Munition nach Tibet zurück, und russische Staatsangehörige erhielten dafür die Erlaubnis, dort nach Gold zu schürfen; dies geschah zu einer Zeit, wo die tibetanischen Behörden sich weigerten, mit der Regierung von Indien irgendwelche Beziehungen anzuknüpfen.

Diese zögerte zwar immer noch, sich in einem fast unbekannten Land auf weitere Abenteuer einzulassen, konnte aber ihre lebhafteste Sorge über die entstandene Sachlage nicht verbergen. Man glaubte zwar nicht, daß Rußland demnächst den Versuch machen würde, ein Heer durch die Mongolei und über das Hochland von Tibet nach Indien einrücken zu lassen; in dem Maß aber als Rußland unter den Stämmen der Nordwestgrenze Indiens an Ansehen gewann, wurde es für unabweislich notwendig erachtet, die kriegerischen Nepalesen und Bhutanesen für derartige Irrtümer unempfänglich zu machen. Wenn Rußland in Lhasa den Vorrang behauptete, so hätte dies eine Minderung der Geltung Englands im Gebirgsland von Nepal bedeutet, aus dem Britisch-Indien seine besten eingeborenen Truppen bezog. „Es würde sich“, erklärte Sir Charles Bell, „die indische Regierung dann genötigt sehen müssen, eine britisch-indische Besatzung von einigen tausend Mann in die Malaria-distrikte Nordostindiens zu legen.“

Die Lage spitzte sich außerdem durch den Umstand zu, daß Rußland und China nach dem Krieg des letzteren mit Japan einem ungeschriebenen Bündnis zusteuerten, so daß es schwere Bedenken in Indien erregte, als die chinesische Presse im Laufe des Jahres 1902 die Nachricht brachte, China habe als Entgelt für Rußlands Unterstützung gegen Japan in Petersburg wissen lassen, daß das Anwachsen des russischen Einflusses in Tibet seitens der chinesischen Behörden ruhig mit angesehen werden würde; diese Presseäußerungen waren wahrscheinlich bedeutend übertrieben; aber die bloße Tatsache ihres Erscheinens verursachte in Indien lebhafteste Beunruhigung. Im Januar des folgenden Jahres regte Lord Curzon an, eine von Truppen begleitete Mission nach Lhasa zu schicken, die mit dem Dalai Lama unmittelbar verhandeln sollte. Rußland beantwortete diesen Vorschlag mit der Erklärung, es stehe mit Tibet in keinen Unterhandlungen über einen Vertrag.

Die Mission kam trotzdem unter dem Kommando des Obersten Younghusband zustande. Nachdem sie fünf unfruchtbare Monate lang im Sommer und Herbst 1903 in Kampa Dzong im Tschumbital zugebracht hatte, wurde sie in eine bewaffnete Expedition umgewandelt und drang zunächst gegen Gyantse, dann gegen Lhasa selbst vor. Dort wurde ein Abkommen getroffen, wonach in Gyantse und Gartok (in Westtibet, auf der Straße nach Leh) Märkte eingerichtet werden sollten. Die Tibetaner erklärten sich bereit, den Warenaustausch zwischen Tibet und Indien durch keine weiteren Abgaben zu belasten und eine Entschädigung von einer halben Million Pfund in fünfundzwanzig jährlichen Raten abzuführen. Das Tschumbital, hieß es zum Schluß, sollte so lange von England besetzt gehalten bleiben, bis die Zahlung erfolgt wäre.

Nun entstand eine höchst verwickelte diplomatische Lage. Der Dalai Lama hatte das Eintreffen der britischen Truppen in Lhasa nicht abgewartet, sondern war nach dem Norden gezogen und verbrachte die folgenden Monate auf Reisen von Ort zu

Ort in der Mongolei. Großbritannien widersetzte sich seiner Rückkehr nach Lhasa aufs äußerste. Seine Haltung hatte stets erhebliche Schwierigkeiten zur Folge gehabt, und sein späterer Aufenthalt in Urga und Kumbum, wo Rußland allmächtig war, schien eine Änderung seiner Gesinnung gegen die indische Regierung nicht zu begünstigen.

Seine Verbannung aber war für die verminderte Geltung Rußlands in ganz Zentralasien von einschneidender Wirkung. Sowohl Urga wie Kumbum waren einflußreiche Mittelpunkte des lamaistischen Glaubens, und der Anblick, den der Pontifex Maximus mit seinen Wanderungen außerhalb seiner Heimat und innerhalb der Gerichtsbarkeit untergeordneter Machthaber gewährte, bildete eine ständige Quelle des Vorwurfs gegen diejenigen, welche ihm bisher ihren Schutz hatten angedeihen lassen. Ein Vorschlag Rußlands, ihn unter Begleitung von burjatischen Mongolen unter dem Vorwand zurückzubringen, daß der Dalai Lama im eigenen Lande für sein Leben zu fürchten habe, wurde von der britischen Regierung aufs bestimmteste abgelehnt.

Nach drei Jahren der Ungewißheit und reger Verhandlungstätigkeit wurde dann die Angelegenheit im Zusammenhang mit einem allgemeinen Abkommen zwischen England und Rußland erledigt, das die Grundlage zu der verhängnisvollen „entente cordiale“ späterer Tage bilden sollte. Die Vertragschließenden anerkannten die Oberherrschaft Chinas über Tibet; Rußland anerkannte die Ausnahmestellung Englands auf dem tibetanischen Hochland. Beide Teile verpflichteten sich, die Gebiets-hoheit Tibets unangetastet zu lassen und sich der Einmischung in die Verwaltung des Landes zu enthalten. Keiner der beiden Teile sollte diplomatische Vertretungen im Lande unterhalten. Auf wirtschaftlichem Gebiete einigten sich England und Rußland darüber, sich in Tibet um keine Konzessionen zu bewerben und auf die Staatseinkünfte des Landes keine Ansprüche zu erheben. Das Gefühl der Erleichterung, mit dem dieses Abkommen in Indien aufgenommen wurde, war unverkennbar. Der Dalai Lama war jetzt aus seiner tatsächlichen Gefangenschaft in Kumbum befreit. Es wurde ihm nahegelegt, sich zunächst nach Peking und später nach Lhasa zu begeben. Kurz nach dem Abschluß des anglotibetanischen Abkommens des Jahres 1904 hatte die britische Regierung den Betrag der geforderten Entschädigungssumme von einer halben Million auf 166 000 Pfund ermäßigt und Aussicht auf Räumung des Tschumbitals nach Ablauf von drei Jahren eröffnet. Diese Zusage wurde ein Jahr nach Unterzeichnung des englisch-russischen Abkommens gehalten. Die britischen Truppen räumten das Tschumbital, und dieser Schritt brachte ein Kapitel der tibetanischen Geschichte zum Abschluß.

Fortsetzung im Augustheft.

PUNG FAI TAO:**Die sogenannte „Autonomiebewegung“ in Nordchina
und die Frage einer direkten Verhandlung zwischen China und Japan**

Am 18. März 1936 hat eine Besprechung über die chinesisch-japanischen Beziehungen zwischen dem chinesischen Außenminister Tschang Tschün und dem in China neu eingetroffenen und inzwischen zum Außenminister ernannten japanischen Botschafter Arita stattgefunden, in der die Standpunkte der eigenen Nationen, hauptsächlich zu der nordchinesischen Frage, ausführlich dargelegt wurden, um dadurch eine Basis für die zukünftigen gemeinsamen Verhandlungen zu schaffen. Die amtlichen chinesischen Mitteilungen berichteten, daß, obwohl die Unterredung in einigen Punkten Gegensätze in den Ansichten hat zutage treten lassen, sie doch in gewisser Hinsicht sehr wertvoll gewesen ist, da sie das bessere Verständnis zwischen den beiden Nationen zweifellos gefördert habe. In dieser Besprechung sind unter anderem Vorschläge für allgemeine Richtlinien der beiderseitigen Politik betreffs aller Fragen der gegenseitigen Beziehungen beider Länder gemacht worden. Obwohl keine Vereinbarungen getroffen und keine Entschlüsse über die zukünftigen Verhandlungsmethoden gefaßt wurden, könnte diese Unterredung doch einen ersten Anfang direkter diplomatischer Verhandlungen zwischen China und Japan bilden.

Nachdem Japan seit dem 18. September 1931 die drei ostchinesischen Provinzen, die Mandschurei, besetzt hält, hat überhaupt keine direkte Verhandlung zwischen China und Japan stattgefunden. Die Abkommen vom Mai 1932 und vom Mai 1933 gelten nur als eine Abmachung für die Beilegung der Kriegshandlungen in Schanghai und in Tanggu. Die Abkommen von Schanghai und Tanggu haben nur lokalen Charakter und infolgedessen keine Bedeutung für künftige Verhandlungen. Noch viel weniger können diese beiden Verträge die politischen und wirtschaftlichen Fragen der beiden Länder lösen. Das Abkommen von Tanggu, auf das sich Japan schon mehrfach berufen hat, kann auch nicht als maßgebendes Dokument für die politische Entwicklung in den nordchinesischen Provinzen Geltung haben.

Daß China direkte Verhandlungen mit Japan bisher vermied, ist darauf zurückzuführen, daß China sich dem Partner gegenüber allein nicht stark genug fühlte und hoffte, daß es durch den Völkerbund mehr erreichen würde. Natürlich gab es Politiker, die, wie Wellington Koo, der jetzige chinesische Botschafter in Paris, eine sofortige direkte Verhandlung im Jahre 1931 mit Japan zu fördern suchten, was aber bei der chinesischen Bevölkerung keinen großen Widerhall fand. So war die einzige Hoffnung Chinas ein Eingreifen von seiten des Völkerbundes. Nachdem der Lyttonbericht veröffentlicht worden war, erkannte der Völkerbund China offiziell als angegriffenen Staat an. Darauf antwortete Japan mit seinem Austritt. Der Völkerbund jedoch hat trotz der Richtigstellung der Lage gegen Japan nichts weiter-

unternommen. Es war auch keine Rede von irgendeiner Sanktion. Nach dieser großen Enttäuschung war das chinesische Volk gezwungen, in Geduld zu verharren, und nur zu versuchen, Japan passiven Widerstand zu leisten, solange es nicht einen entscheidenden Kampf führen wollte oder konnte.

Ein großes Hindernis für die chinesisch-japanischen Unterhandlungen ist und bleibt es, daß China sich niemals mit der Besetzung von Landesteilen durch Japan abfinden wird, und Japan andererseits kaum gewillt sein wird, die besetzten Gebiete freiwillig wieder zu räumen.

Alle diese Fragen zwischen China und Japan blieben unverhandelt bis zum 22. Januar 1935, als der japanische Außenminister die Politik des Nichteroberns und des Nichtdrohens auf dem japanischen Reichstag verkündete und am 14. Februar 1935 die Erklärung Chiang Kai Scheks veröffentlicht wurde, in der es heißt, daß eine Zusammenarbeit zwischen China und Japan nicht nur in bezug auf den Fernen Osten, sondern auch für die ganze Welt sich als notwendig erweist. Am 20. desselben Monats erklärte der damalige chinesische Außenminister Wang Ching We, daß China unter den Bedingungen der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Unterstützung die Freundschaft gegenüber jedem Lande pflegen und vertiefen werde, um den Frieden zu sichern. Durch diese beiderseitigen Erklärungen trat eine Wendung in der chinesisch-japanischen Politik ein. Die Bereitwilligkeit der chinesischen Regierung zu einer Zusammenarbeit mit Japan stieß aber naturgemäß auf großen Widerstand bei der chinesischen Bevölkerung. Doch hat die Regierung in einer solchen Situation nicht anders handeln können. Bald sah man in China auch allgemein ein, daß nur auf diese Weise ein Kampf vermieden und dadurch Zeit gewonnen werden konnte. Und es ist jedem klar, daß die Zeit für China arbeitet.

Tatsache ist auch, daß die chinesische Regierung für den Aufbau des Reiches keinen Moment unausgenützt läßt. Unter den Fortschritten auf allen Gebieten ist die von der Zentralregierung im November 1935 durchgeführte Währungsreform, die Nationalisierung der Silberbestände, besonders hervorzuheben, die in England und Amerika großen Anklang und Zustimmung fand, dagegen in Japan größten Unwillen hervorrief. Nicht ohne Grund wird behauptet, daß diese Reform zur aktiven japanischen Expansionspolitik in Nordchina führte, derzufolge die japanische Presse in großer Aufmachung eine Autonomieerklärung der fünf nordchinesischen Provinzen für den 20. November 1935 ankündigte, die aber nicht Wirklichkeit geworden ist. Zu diesem Problem äußerte sich General Doihara, der in der englischen und amerikanischen Presse gewöhnlich als „Lawrence des Fernen Ostens“ bezeichnet wird, wie folgt: „Für alles, was in China geschieht, wird Japan verantwortlich gemacht. Das ist nicht richtig. Zweifellos wünscht die Bevölkerung Nordchinas selbst ihre Unabhängigkeit von der Zentralregierung. Die Bewegung nahm ohne den Druck Japans ihre weitere Entwicklung. Hätte das Volk nicht selbst

unabhängig sein wollen, so hätte Japan auch nichts daran ändern können.“ Zu selben Zeit wurde aber eine ständige Verstärkung der Streitkräfte in Nordchina gemeldet. Und es hieß, daß die Kwantung-Armee im Notfalle innerhalb einer Woche ohnehin etwa 50 000 Mann nach Nordchina werfen könnte und die japanischen Heerführer zu dem Entschluß gelangt seien, ihre nordchinesischen Truppen durch Heimatkontingente zu verstärken. Der japanische Oberst Seiichi Kita erklärte am 12. Dezember in Tientsin: „Daß, wenn Nanking die Selbstverwaltungsbewegung unterdrücke und gar Truppen nach dem Norden verschiebe, so werde Japan zu einer entschiedenen Haltung gezwungen sein.“

Die Autonomiebewegung in Nordchina ist in Wirklichkeit nicht aus der Bevölkerung heraus entstanden; es sind auch keine Generäle, wie Nachrichten aus Tokio besagten, aus den nordchinesischen Provinzen zu einer Besprechung nach Peiping gekommen. Hierüber berichtete der bekannte chinesische Gelehrte Prof. Dr. Hu Shi aus Peiping in der Zeitschrift „Selbständige Kritik“, daß „in einer 45 Minuten langen Unterredung von verantwortlichen Personen in Peiping am 19. November kein Wort darüber gefallen sei, daß die Bevölkerung eine Autonomie verlange sondern daß diese nur an jedem Tage mindestens dreimal von einer anderen Seite zu einer Autonomieerklärung gedrängt werde“.

Als Marschall Chiang Kai Schek schnelle und wirkungsvolle Gegenmaßnahmen traf, seine Truppen in Mittelchina zusammenzog und seine Entschlossenheit und Opferbereitschaft auf dem Parteitag in Nanking, der gerade zu dieser Zeit stattfand, zum Ausdruck brachte, als daraufhin die japanische Regierung der Kwantung-Armee jegliches Einmischen in Nordchina untersagte, konnte das Schauspiel der Autonomiebewegung, die ohne japanische Hilfe ihre Existenz natürlich nicht aufrechterhalten konnte, nicht zur Aufführung gelangen. Nach einer dreistündigen Unterredung mit dem damaligen japanischen Botschafter Ariyoshi sandte Chiang Kai Schek den Kriegsminister Y. C. Ho zur sofortigen Bereinigung der Situation nach Peiping, womit die sogenannte Autonomiebewegung ihrem Ende entgegenging. Jedoch wurde von Jen Yu Keng, der eine Japanerin zur Frau hat, in der sogenannten entmilitarisierten Zone, in der nach dem Abkommen von Tanggu (März 1933) keine Truppen Chinas und Japans — bis jetzt sind auch wirklich keine chinesischen Truppen dort — stationiert sein sollten, eine autonome Regierung geschaffen. Die chinesische Regierung nahm als Gegenmaßnahme die Bildung des „Politischen Rates für Hopei und Tschachar“ vor. Dieser Politische Rat dient einer Verwaltungsreform, ebenso wie die anderen Arten politischer Einrichtungen auf anderen Gebieten und kann nicht als autonome Einrichtung angesprochen werden. In den beiden genannten Provinzen hat die Nanking-Regierung die militärische und juristische Gewalt behalten. Ferner hat sie die Salzsteuer-, Seezoll- und Postverwaltung und das Recht für Personalfragen in Händen. Obwohl der japanische Einfluß in diesem Gebiet deutlich merkbar ist und auch einzelne Japaner zu Beratern dieser

Rates ernannt worden sind, scheint damit der Wunsch der in Nordchina stationierten japanischen Armee nicht ganz erfüllt zu sein. Die Entstehung des Politischen Rates hat die Lage in Nordchina durchaus nicht entspannt. Mitte Dezember des vorigen Jahres besetzten die Truppen Jen Yu Kengs die Städte Tanggu und Taku, und bis heute liegt Tanggu in deren Händen. Am 5. Januar 1936 besetzte General Li aus der Mandschurei sechs Bezirke nördlich von Tschachar.

Von chinesischer Seite wird gewünscht, daß diese mit japanischer Hilfe entstandene Autonomieregierung Jen Yu Kengs aufgehoben wird. Doch wird Jen Yu Keng in seinen Bestrebungen immer noch weiter unterstützt, was daraus deutlich erkennbar ist, daß er sein Machtbereich ständig vergrößert hat. Er hat darin eine Verwaltung gebildet, eine Bank gegründet und die Landespolizei in fünf militärische Divisionen umgewandelt. So ist mit einer Aufhebung der Autonomie in absehbarer Zeit noch gar nicht zu rechnen. Fast an jedem Tage finden neue Besprechungen und Verhandlungen zwischen den maßgebenden chinesischen und japanischen Beamten in Peiping und Tientsin statt, und fast auch an jedem Tage ereignen sich neue Zwischenfälle und Gebietsbesetzungen.

Dadurch daß China und Japan einen Botschafterwechsel vorgenommen haben und die Bereitschaftserklärungen des chinesischen und japanischen Außenministers abgegeben worden sind, scheint die Tür für gemeinsame Verhandlungen weiter offenzustehen. Die Aktivität der japanischen Armee in Nordchina ist augenblicklich in ein ruhigeres Stadium hinübergewechselt, wobei der letzte japanische Militärputsch in Tokio nicht ohne Einfluß geblieben sein dürfte. Die Kabinettbildung von Hirota hat einen gewissen Optimismus für die chinesisch-japanische Frage entstehen lassen, da Hirota den Wunsch hegte, durch diplomatische Verhandlungen die Beilegung der chinesisch-japanischen Gegensätze zu versuchen.

China hat schon seit langem danach gestrebt, mit voller Aufrichtigkeit und Hoffnung mit Japan zu verhandeln. Es hat auch nicht versucht, das japanische Wirtschaftsinteresse zu vernichten. China wird natürlich nicht zustimmen, wie vielleicht von japanischer Seite gewünscht wird, sich ganz und gar unter den Einfluß Japans zu stellen und seine wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen mit den westlichen Ländern, besonders mit England und Amerika, abzubrechen. Man erinnert sich dabei des mit Schärfe zum Ausdruck gebrachten Standpunktes von Japan in der Frage der Unterstützung Chinas durch fremde Staaten vom 17. April 1934, vortragen vom Sprecher des Auswärtigen Amtes in Tokio, wonach jede Hilfe für China abgelehnt wurde, es sei denn, sie komme aus Japan. Daher hat Japan auch die Vorschläge des englischen Finanzberaters Sir F. Leit-Ross abgelehnt, in Gemeinschaft mit Japan China zu Hilfe zu kommen. China begrüßt — und muß begrüßen — jede Hilfe, die ihm vom Westen zu seinem Aufbau geleistet wird.

Als Grundlagen bei seinen Verhandlungen gelten Japan, wie vor kurzem der japanische Botschafter Arita erklärte, die drei Punkte, die Hirota in seiner großen

Rede auf dem Reichstag in Tokio am 21. Januar 1936 zum Ausdruck gebracht hat. Auf die erste Forderung, daß „China alle unfreundlichen Handlungen gegen Japan einstellen und sich zu einer aktiven und tatsächlichen Zusammenarbeit mit Japan bereiterklären solle“, antwortete der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, daß diese Auffassung sich in Übereinstimmung mit der Absicht Chinas befinde und wenn Verhandlungen in dieser Richtung geführt werden, mit der Möglichkeit einer Besserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern zu rechnen ist. Es muß zugegeben werden, daß in China eine starke antijapanische Atmosphäre herrscht, aber es muß ebenfalls zugegeben werden, daß diese Antipathie immer nur durch das militärische Vorgehen Japans hervorgerufen worden ist. Die chinesische Regierung ist nicht imstande und kann auch nicht imstande sein, ihr Volk dennoch zu einem freundlichen Verhalten zu zwingen, wenn die japanische Armee im eigenen Lande ständig vorwärtsschreitet.

Der zweite Punkt, „die Anerkennung der Mandschurei durch die chinesische Republik“, bezeichnet Arita als die grundlegende japanische Forderung, die bisher letztes Ziel der japanischen Politik gewesen ist. Dieser Punkt kann in China unmöglich Zustimmung finden. Solange diese Forderung besteht, wird eine Verhandlung zwischen beiden Mächten keinen großen Erfolg erzielen.

Der dritte Punkt: „gemeinsame Kampffront gegen die russisch-kommunistischen Einflüsse“. Japan hat in der letzten Zeit ständig die Parole ausgegeben, daß es für China gegen die kommunistische Gefahr kämpfe, was zu gewissen Zeiten die Weltmeinung von seinem Vorgehen in China abgelenkt hat. Es ist eine nicht zu leugnende Tatsache, daß Japan sein Hauptaugenmerk auf Nanking und nicht auf Moskau richtet. „Die Abwehr Chinas“, so erklärte der chinesische Botschafter in Berlin Dr. Cheng Tien Fang, „gegen den Kommunismus und die Verhandlungen mit Japan sind zwei getrennte Angelegenheiten, zwischen denen überhaupt kein Zusammenhang besteht. Wir hoffen, daß die Differenzen zwischen China und Japan bald eine gerechte Lösung finden werden, aber das darf keineswegs mit den Maßnahmen gegen den Kommunismus in Verbindung gebracht werden.“

Die ständige Verstärkung der japanischen Garnisonen in Nordchina während der letzten Zeit, deren Ziffer von vertragsgemäß 806 Soldaten jetzt auf mehr als 7600 erhöht worden ist, hat große Bestürzung bei der chinesischen Bevölkerung hervorgerufen, wodurch den zukünftigen Verhandlungen ein schwerer Stein in den Weg gelegt worden ist. Auf Grund des Boxeraufstand-Vertrages vom Jahre 1901, auf den sich Japan für seine Truppenverstärkungen stützt — mit der Behauptung, seine Staatsangehörigen zu schützen —, ist es einigen Nationen erlaubt, wenige Soldaten in Peiping zum Schutz ihrer Gesandtschaften zu stationieren. Es enthält kein Wort davon, daß eine Nation mehrere Tausend Soldaten dort bereithalten kann, wie Japan es tut. Außerdem ist in der Zeitspanne von 1901 bis jetzt den fremden diplomatischen Vertretungen niemals irgendeine Gefahr erwachsen

die eine Verstärkung ihrer Truppen notwendig gemacht hätte. Der Protest der chinesischen Regierung gegen dieses Verhalten Japans hat keinen Erfolg gezeigt. Man muß darum der englischen Presse Glauben schenken, wenn sie behauptet, daß diese japanische Maßnahme eine aktive Aktion seiner Expansionspolitik in Ostasien bedeutet.

Von nicht geringerer Bedeutsamkeit für die japanische Aktivität China gegenüber ist sein wirtschaftlicher Druck auf China, der allerdings in sehr unwürdiger Weise, und zwar im Schmuggel von Waren japanischer Herkunft nach China zum Ausdruck gekommen ist. Nachdem viele Japaner und Koreaner zuerst durch Schmuggel von Silber sich große Reichtümer erworben hatten, begannen sie japanische Waren nach Nordchina und auch nach Kanton und Fukien zu schmuggeln. Ihnen gegenüber sind die chinesischen Zollbeamten, vor allem in Nordchina, machtlos, da ein energisches Eingreifen ständig in einem Konflikt mit dem japanischen Militär enden würde. Gesellschaften für den Schmuggel wurden gegründet, die Schmuggler bewaffnet. Wie das chinesische Zollamt mitteilt, hat die chinesische Regierung in der Zeit vom 1. August 1935 bis 1. Mai 1936 30 Millionen chinesische Dollar und davon im April dieses Jahres allein gegen 8 Millionen Verlust durch den Schmuggel erlitten. Nach dieser Berechnung würde der Verlust in einem ganzen Jahre 100 Millionen chinesische Dollar betragen, was ein Drittel der gesamten Zolleinnahmen bedeutet. Seit September vorigen Jahres hat die chinesische Regierung bei der japanischen Regierung sechsmal gegen diesen Warenschmuggel durch Japaner und Koreaner protestiert, was aber bisher keine große Beachtung gefunden hat. Und es hat auch nicht den Anschein, daß die japanische Regierung in absehbarer Zeit entscheidende Schritte gegen diesen Warenschmuggel tun wird.

Wird dem Warenschmuggel in kürzester Zeit nicht ein Einhalt geboten, so wird der Schaden der chinesischen Staatskasse ins Unermeßliche wachsen, wodurch die Grundlagen der chinesischen Finanzen gestört und mehrere Nationen in Europa und Amerika in Mitleidenschaft gezogen würden.

Die militärische Verstärkung und der Warenschmuggel in Nordchina haben in China wieder eine starke antijapanische Atmosphäre geschaffen, die die Politik der chinesischen Regierung gegenüber Japan entscheidend beeinflußt hat und in der Zukunft noch viel mehr beeinflussen wird. Ein deutliches Zeichen dafür ist, daß Chiang Kai Schek die zweite Vollsitzung des „Politischen Rates“ zum 10. Juli dieses Jahres einberufen hat, auf der die Grundlinien für die Politik gegenüber Japan beschlossen werden sollen.

Allem Anschein nach kann das chinesisch-japanische Problem keinesfalls optimistisch betrachtet werden. Es wird leicht, wie jetzt die Dinge liegen, zu einer Explosion führen, die nicht nur China, sondern auch Japan selbst und vielen anderen Nationen größtes Unheil bringen wird, wenn Japan seine in Nordchina

geführte Politik nicht einstellt. In dieser Befürchtung bemühen sich sowohl viele chinesische als auch japanische Staatsmänner, auf dem Verhandlungswege zu einem vernünftigen Ausgleich zwischen beiden Ländern zu gelangen. Hierbei wird ausschlaggebend sein, ob diese Staatsmänner die Kraft und die Stärke besitzen, die zum Kriege drängenden Triebe zu zügeln und eine Explosion, die sicher in einem furchtbaren Chaos enden würde, schon im Keime zu ersticken. Hierbei wird natürlich auch die Entwicklung der weltpolitischen Lage von einer gewissen Bedeutung sein.

GUSTAV FOCHLER-HAUKE:

Geopolitische und wehrgeographische Eindrücke aus der Mandschurei II

Um ein Ausspielen der verschiedenen Völker in der Mandschurei zwecks leichter politischer Herrschaft in die Wege zu leiten, werden nicht nur die Interessen der Mongolen in der neuen viergeteilten Chingan-Provinz gegenüber den Chinesen in wirtschaftlicher Hinsicht geschützt und in der gesonderten Verwaltung vertreten, sondern im Osten und Süden des Staates wird mit großer Umsicht und Tatkraft die Stärkung des Koreanertums in die Wege geleitet, um gewissermaßen wenigstens auf zwei Seiten die chinesische Masse zu umfassen. Die neue Provinz Chientao ist mit rund einer Dreiviertelmillion Einwohnern ganz überwiegend koreanisch, und in den Provinzen Pinkiang, Fengtien und Kirin wird die Ansiedlung von Koreanern rasch vorwärts getrieben. Da die Ansiedlung der Koreaner vorwiegend auf den naschen Böden der breiten Talsohlen erfolgt, also streifenförmig in den chinesisch besiedelten Gebieten, so werden hier — ähnlich wie bei den zwar räumlich mehr abgegrenzten, aber doch inselartig in chinesischem Volksboden liegenden japanischen Ansiedlungen — demnach künstlich wirr verzahnte Minderheitsgebiete und Einschlüsse anderen Volkstums geschaffen. Es ist klar, daß hier bei der gegenseitigen starken Abneigung zwischen Chinesen, Koreanern und Japanern untereinander Unruheherde geschaffen werden, die sich später zu großen Gefahrenzonen entwickeln können, wenn nicht eine wirklich gerechte Behandlung aller Volksteile gesichert werden kann und will bzw. wenn einmal das Chinesentum die politische Oberhand wieder erringen und in Auseinandersetzungen sich der Rache bedienen sollte. Die Masse der Chinesen hofft man auch dadurch uneinheitlicher zu machen, indem man den zahlenmäßig allerdings geringen mohammedanischen Chinesen entgegenkommt und das Schulwesen ausbaut, sowie in den mehreren Hunderttausend verchineseten Mandschus, die noch in Tracht und gesellschaftlichen Zügen einige Mandschuerinnerungen aufweisen, das Eigenständigkeitsgefühl wieder zu stärken versucht. Ebenso nimmt man sich auch besonders der noch etwa 300000 Seelen starken Dauren im Norden und Nordwesten an, um sie durch eigene Schulen und Förderung vor dem Aufgehen im Chinesentum zu bewahren. Im gleichen Sinne ver-

sucht man die östlich des Großen Chingan wohnenden Solonen zu beeinflussen, die eine starke Neigung zur Verchinesung haben, im Gegensatz zu den westlich des obigen Gebirgssystems wohnenden, die sich eher den Mongolen angleichen. Bei den Burjäten, Orotschonen und Golden hat man eine Verchinesung derzeit nicht zu befürchten bzw. hofft sie leichter davor zu bewahren. Im übrigen machen Solonen, Orotschonen, Burjäten und Golden zusammen kaum mehr als 20000 aus. Es ist hier einmal der Fall vorhanden, daß ein starkes Volk aus selbstischem Interesse andere, schwächere Volkssplitter stützt und vor dem Untergange bewahren will.

Wie ist nun die Hauptmasse der Bevölkerung der Mandschurei, also das Chinesentum, dem neuen Staate gegenüber eingestellt? Als Mandschukuo von Tokio aus über Hsinking gebildet wurde, da verhielt sich der größte Teil der Bevölkerung abwartend und nicht unbedingt ablehnend, erhoffte man sich doch ein Ende der Inflation, der ewigen Wirren und der Generalstyrannei, die vor allem unter Tschanghsüliang wieder sich überall breitgemacht hatte. Die chinesischen Bauernkolonisten sind keineswegs in ihrer konservativen Haltung von vornherein gegen Pu Yi bzw. den heutigen Kaiser Kang Te eingestellt, da sie ja vielfach — was bezeichnenderweise besonders für das dem Stammlande am nächsten gelegene, aber z. T. altbesiedelte Dschehol gilt — von den Nationalgedanken des Jungchinesentums recht unberührt geblieben waren; unzweifelhaft ist dagegen in allen Schichten das enge Zusammengehörigkeitsgefühl mit der chinesischen Kulturgemeinschaft vorhanden, dem gegenüber staatliches und nationales Bewußtsein ganz in den Hintergrund treten. Das Verbundenheitsgefühl mit der chinesischen Kulturgemeinschaft läßt die Kluft gegenüber allen Fremden, also auch gegenüber den Japanern, außerordentlich scharf in Erscheinung treten, und weder in bauerlichen Kreisen, noch in den sogenannten höheren Gesellschaftsschichten besteht irgendwelcher geistiger oder geselliger Umgang zwischen Chinesen und Japanern bzw. Koreanern. Das bei den ausgewanderten Bauern und Händlern stark ausgebildete wirtschaftliche Streben und die Fülle der zu bewältigenden schweren Arbeit ließen wenig Besinnung über politische Notwendigkeiten aufkommen. Entsprechend dem starken, dem Chinesentum eigenen Familien- und Sippenzusammengehörigkeitsgefühl bestehen besonders zwischen den während der letzten Jahrzehnte Eingewanderten und der alten Heimat noch immer enge Bande; dagegen ist das Verbundenheitsgefühl im Lande selbst, in den Kreisen, ja oft in den einzelnen Gemeinden kaum ausgebildet — abgesehen von den wirtschaftlichen Gilden —, da ja die Kolonisten aus den verschiedensten Teilen Nordostchinas stammen. Familie und Feld, Erwerb und Nahrungssorge und das Eingebettetsein in das chinesische Kulturgefüge bestimmen den Gesichtskreis. Alle diese Gegebenheiten lassen es verständlich erscheinen, daß seinerzeit die japanischen Truppen auf solch geringen Widerstand in der Bevölkerung stießen. Die Bauern betrachteten die chinesischen Söldner genau so als Feinde wie die japanischen Soldaten, da jede kriegerische Handlung, ebenso wie die damit verbundenen Plün-

derungen, eine lästige Störung der Feldarbeit und des Erwerbslebens für diese Menschen bedeutet. Nur dann, wenn seinerzeit die Bedrückung durch das korrupte Regierungssystem und das Brandschatzen zu stark wurden, stellten sich die um ihre bäuerliche Lebensmöglichkeit Betrogenen jenseits von ehrlicher Arbeit und Gesetz und wurden selbst Banditen. Die Söldner wiederum wurden nur zu oft von den Offizieren um ihren Lohn betrogen, als daß sie sich ernstlich eingesetzt hätten, um so weniger, als die Machthaber, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nichts Eiligeres zu tun hatten, als sich und ihre zusammengestohlenen Güter in Sicherheit zu bringen. Die chinesischen Kaufleute, die aus Erwerbsgier sich immer auf die Seite des Stärkeren stellten, ohne sich um nationale Belange zu kümmern, werden nun durch den starken japanischen Wettbewerb hart bestraft; ähnlich verhält es sich mit den Intelligenzkreisen, die zu feige gewesen sind, nationalen Großsprechereien auch persönliche Einsatzbereitschaft folgen zu lassen, und die nun trotz ihrer Bücklinge vor den neuen Machthabern immer mehr in den Ämtern von Japanern verdrängt werden. Von allen chinesischen Ständen könnte am ehesten noch das Bauerntum zum halbwegs loyalen Staatsbürgern erzogen werden, wenn nicht die Japaner, im Gegensatz zur ersten Zeit, sich überall in den Vordergrund drängen würden. Wenig klug ist auch das Hervorkehren der japanischen Sprache, die vielfach schon im Verkehrswesen allein angewendet, nicht verstanden und gehaßt wird.

Die koreanische Bevölkerung ist weder den Japanern noch den Chinesen gut gesinnt; viele der koreanischen Kolonisten stammen gerade aus solchen Kreisen, die aus Unzufriedenheit über die japanische Herrschaft aus Korea ausgewandert sind und unter denen kommunistische Agenten geneigte Anhänger finden. Dadurch, daß die Hauptmasse der koreanischen Bevölkerung im Südosten, nahe an der Sowjetgrenze, lebt und unzweifelhaft Verbindungen mit den mehr als dreihunderttausend Koreanern der russischen Maritimprovinz bestehen, ist im Falle einer Krise hier eine besondere Gefahrenzone vorhanden. Diese Tatsache hat großes Gewicht auch dadurch, daß die wichtigen strategischen Linien Raschin—Tumen—Hsinking und Tumen—Mutankiang zu einem beachtlichen Teil durch koreanisches Siedlungsgebiet in Mandschukuo führen.

In der Beherrschung der Mandschurei hatte Japan in Verfolgung seiner Weltmachtpläne nach dem Kriege das vorläufig wichtigste Ziel gesehen, um sich auf dem Festlande ein einheitliches Operationsfeld zu schaffen; aber es hatte schon damals längst darüber hinaus seine künftigen wirtschaftlichen und politischen Vormarschlinien entworfen. Seit dem Weltkriege haben sich in Japan und im japanischen Volke, das einst von den Kolonialmächten gedemütigt worden war, nationale und übevölkische Rassenideen völlig durchgerungen, deren Forderung „Asien dem Asiaten“ nicht mehr nur fettgedruckte Überschriften in Tageszeitungen, sondern ein wichtiger Inhalt japanischer Gesinnung und Gestaltung geworden ist. Den weißen Kolonialmächten wird vorgeworfen, daß sie in ihrer Eroberungspolitik stets

DR. GUSTAV FOCHLER-HAUKE:
Geopolitische und wehrgeographische
Betrachtung der Mandschurei.

Völker und Volksgruppenskizze
der Mandschurei

(nach Karten des ehem. Wirtschaftsbüros
 der, Ostchines. Bahn'Crussj u. neueren Statistika-
 ren.)

☐☐☐ Chinesen. 85 % der Gesamtbevölkerung

☐☐☐ Mongolen

Nicht eingezeichnet: Japaner. Vor allem in Dairen, Hsin king,
 Mukden, Harbin, ferner in kleinen und grossen Gruppen heute fast
 in allen mittl. u. grösseren Orten der Mandschurei. Insges. rd. 450 000.

☐☐☐ Koreaner. Bereits etwa 1 Mill.
 hauptsächlich SO-Mandschurei

☐☐☐ Dauren. 250-300 000, stark
 chinesisch angeglichen.

☐☐☐ Mandschu. Rund 300 000
 fast ganz verchines.

☐☐☐ Solonen. Etwa 6-8 000

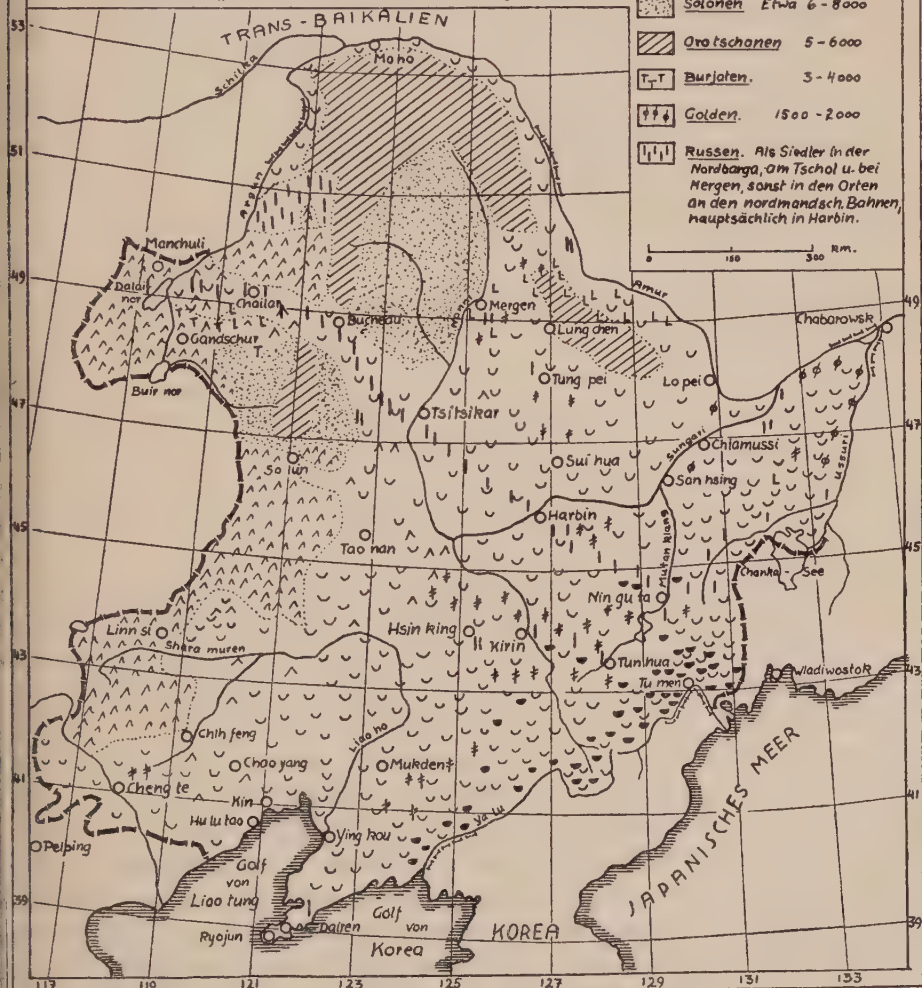
☐☐☐ Oratschonen. 5-6 000

☐☐☐ Burjaten. 3-4 000

☐☐☐ Golden. 1500-2 000

☐☐☐ Russen. Als Siedler in der
 Nordbarga, am Tschol u. bei
 Mergen, sonst in den Orten
 an den nordmandsch. Bahnen,
 hauptsächlich in Harbin.

0 100 200 300 Km.



nur auf die Ausbeutung und Knechtung der anderen Rassen aus gewesen seien und daß diese verwerfliche Kolonialpolitik im stärksten Gegensatz stehe zu der auf sittlichen Grundlagen und ohne jedes Rassenvorurteil aufgebauten japanischen kolonialen Arbeit. „Es ist Japans himmlische Aufgabe, die von den weißen Mächten unterdrückten, sogenannten ‚farbigen‘ Rassen zu befreien!“, so erklärte kürzlich in einem Aufruf der Befehlshaber der japanischen Garnisonen in Nordchina, General Tada. „Für die Ziele Großjapans darf uns kein Opfer zu groß sein!“ liest man in den Zeitungen des Reiches der aufgehenden Sonne. Mit der Losung „Asien dem Asiaten“ hat auch Japan schon bei allen jenen Völkern begeisterten Widerhall gefunden, die sich noch vor der Umkehrung des Leitwortes in ein „Asien den Japanern“ sicher fühlen. Als seinerzeit die japanische Presse entrüstet die Anleiheverhandlungen des englischen Finanzberaters Sir Leith Ross mit Nanking verurteilte, da erklärte sie auch, daß Japan es nicht dulden könne, wenn östlich von Singapur in seine Lebensrechte eingegriffen werde. Es läßt sich heute nicht mehr übersehen, daß Japans Kampf um Weltmacht auf dem Hintergrund eines erdumspannenden Rassenkampfes vor sich geht. Japan weiß, daß die anderen Großmächte entschieden ein weiteres Anwachsen seiner Machtstellung verhindern wollen; seine Ziele machten deshalb ein Austreten aus dem Völkerbund und ein Verlassen der Washingtoner Flottenkonferenz unerläßlich. Nach reiflicher Überlegung und mit soldatischer Kühnheit machte es sich von allen Bindungen frei, eine „splendid isolation“ nicht scheuend, um seinen Weg unbeirrt zu gehen. In dieser Entschlossenheit prägt sich der Geist des Volkes aus, wie ihn sein Seeheld Admiral Togo nach den Siegen von 1904/05 verkörperte, als er ausrief: „Militärische Macht liegt nicht allein in den Kriegsschiffen und Waffen selbst, sondern in der seelischen Kraft, die sie bedient!“ Und er schloß damals mit den Worten: „Die Götter, die die Siegespalme dener reichen, die durch ihre Bereitschaft in Friedenszeiten schon sieghaft sind, ehe sie kämpfen, versagen sie denen, die, zufrieden mit einem Siege, im Frieden auf ihren Lorbeeren ausruhen. Ein alter Spruch sagt: Nach dem Siege bindet den Helm fester!“ Und das japanische Volk hat zweifellos seit dem Siege gegen Rußland seinen Helm fester gebunden, seine seelische Bereitschaft und seine ungeheure Arbeit im Frieden haben bislang kein Ausruhen auf den Lorbeeren erkennen lassen. Japan betrachtet für die nächste Zukunft als einzigen gefährlichen Gegner die Sowjetunion, denn die Kriegsbereitschaft der Vereinigten Staaten sieht man trotz rednerischer Kraftanstrengungen einzelner Senatoren als gering an. Man weiß auch, daß die Amerikaner zwar eine technisch vielleicht überlegene, in der Bemannung aber unterlegene Flotte besitzen, da in diesem Kontinentstaat ein beherrschender Seegeist, eine Seeverwurzelung sich nicht entwickelt hat. Als kriegsbehindernd für die USA. erkennt man auch die immer größer und brennender werdenden sozialen und rassischen Gegensätze, und selbst an ein etwaiges angelsächsisches Zusammenwirken gegen Japan glaubt man angesichts englisch-amerikanischer Interessengegensätze

nicht recht; darüber hinaus weiß man sich in seinem Inselkernreich vom Meere her nur bedingt erfolgreich angreifbar. Japan ist sich bewußt, daß allerdings ein britisch-amerikanisches Zusammengehen in einer kriegerischen Verwicklung durch die Lahmlegung des japanischen Überseehandels zu schweren Erschütterungen führen könnte, aber es glaubt ein solches pazifisches, japanisch-angelsächsisches Ringen, wenn es unvermeidlich sein sollte, als derzeit noch in der Ferne liegend.

In den letzten Jahren haben verschiedene Gründe das Weitergreifen der japanischen Pläne, wie sie 1921 in den „21 Forderungen an China“ und später in dem umstrittenen Tanaka-Memorandum schon vorgezeichnet sind, veranlaßt. Unter diesen Gründen ist einmal die selbst japanischen Erwartungen gegenüber unvermutet rasche Durchsetzung der japanischen Macht in Mandschukuo zu nennen; man weiß, daß dieses Operationsfeld gegenwärtig nach innen gesicherter Besitz ist. Aber man hat auch bereits erkannt, daß einst zu große Hoffnungen in den wirtschaftlichen Reichtum der Mandschurei bzw. in dessen unvermittelte Erschließung gesetzt worden sind. Die fieberhaften geologischen Untersuchungen haben zwar den großen Kohlenreichtum bestätigt, die Erzvorkommen aber als nicht genügend und zerstreut gefunden und vorläufig noch hoffnungslose Ölbohrungen gebracht. Ferner hat man eingesehen, daß, besonders seit der „Sojabohnenkrise“, die Kaufkraft der Bevölkerung Mandschukuo so geringfügig ist und auf lange bleiben wird, die Mandschurei als Absatzmarkt für japanische Waren kein ausschlaggebender Faktor sein kann. Ebenso ist man sich an den zuständigen Stellen klar geworden, daß es vorläufig, solange nicht wesensgemäßere Siedlungsgebiete offen stehen, unmöglich ist, einen nennenswerten Teil des jährlich zwischen 800 000 und einer Million liegenden Bevölkerungsüberschusses durch Auswanderung unterzubringen, sondern daß diese Massen nur auf dem Wege immer stärkerer Industrialisierung zu ernähren sind, bis einmal die ersehnte große Ausdehnung nach dem Süden vollzogen werden kann. Japan braucht also die chinesischen Rohstoffe und den chinesischen Markt; so gesehen, ist die Beherrschung Chinas für Japan eine Lebensfrage. Seit einem Jahre hat nun Japan mit größerem Nachdruck seine Macht nach Nordchina hineingetragen, das nicht nur räumlich an Mandschukuo anschließt, sondern auch die reichsten Bodenschätze birgt. Die sogenannte „Unabhängigkeitsbewegung“ in Nordchina ist, trotz japanischer Ablehnung, mittelbar von den Japanern ins Leben gerufen worden: die Kreise, die man für sich gewann, sind allerdings bis heute klein geblieben, aber es sind die maßgebenden Organe unter ihnen. Trotz der Losungen: „Los vom korrupten Nanking“, „Unterdrückung der Roten“, „Aufbau der fünf Nordprovinzen durch Sicherheit und Zusammenarbeit“ ist die Masse der Bevölkerung bis heute den Autonomiebestrebungen gegenüber feindlich geblieben, ohne allerdings die Entwicklung endgültig hindern zu können. Hopei und Chahar sind bereits so gut wie unabhängig von Nanking, haben schon um japanische „Berater“ gebeten und „Freundschaftsgesandte“ mit Mandschukuo ausgetauscht. Japan ist aber noch nicht

zufrieden und sieht die „nordchinesische Frage“ erst als „gelöst“ an, wenn alle fünf großen Nordprovinzen: Hopei (mit Peking und Tientsin), Chahar, Suiyuan, Schansi und Schantung gänzlich „unabhängig“, d. h. von Japan abhängig sein werden. Ein Beweis dafür, daß man gewillt ist, seine Pläne mit dem nötigen Nachdruck zu verfolgen, war die kürzlich stattgefundene Verstärkung der japanischen Garnisonen in Nordchina. Schansi birgt die wichtigsten Kohlenlager Chinas und die reiche Eisenvorkommen, und in Schantung ist umfangreiche Baumwollkultur sowie der Ausbau des Hafens von Tsingtau zum Ausfallstor Nordchinas geplant. Bei einem Gelingen der nordchinesischen Pläne — an dem bei Nichteinmischung Rußlands und der Weltmächte kaum zu zweifeln ist — würde nach Stabilisierung der Verhältnisse und Festigung der japanischen Macht eine monarchistische Herrschaftsform in Nordchina eingesetzt werden, wahrscheinlich in Art einer Personalunion zwischen Nordchina und Mandschukuo unter Kaiser Kang Te.

Neben der Lösung der Nordchinafrage ist das wichtigste Ziel die „Verselbständigung“ der innermongolischen Gebiete für die japanischen Festlandspläne. Als Schrittmacher Japans hat hier seit Jahren Fürst Teh gearbeitet, der, wie ein Großteil der innermongolischen Fürsten, auch gute Beziehungen zum Hofe von Hsinking pflegt. Er hat auch bereits im Vorjahr den mongolisch besiedelten Teil der Provinz Suiyuan als von Nanking unabhängig erklärt und sodann Anfang Januar 1936 in dieser Provinz den neuen Staat „Mengkuo“ ausgerufen, dessen „Hauptstadt“ Peilingmiao allerdings ein elendes Steppennest ist und von dem man vorläufig noch nicht weiß, wie weit sich sein tatsächlicher Machtbereich erstreckt. Japan läßt Fürst Teh, der eine Vereinigung aller Mongolen erstrebt, alle notwendige Hilfe angedeihen, in der Erwartung, ein solches mongolisches Reich ebenso zu beherrschen wie Mandschukuo. Die Unabhängigkeitsbewegung in der chinesischen Innenmongolei ist schon mehrere Jahre alt und ihre Ursprünge reichen in die Zeit des Sturzes der Mandschudynastie in China zurück, da der mongolische Adel sich nur an das Kaiserhaus gebunden sah und die demokratische Staatsform ablehnt. In der mongolischen Bevölkerung ist in den letzten Jahrzehnten der Haß gegen die Chinesen dauernd gewachsen, da letztere immer stärker die mongolischen Ländereien als Händler und Bauern durchdringen und den Nomaden die Lebensmöglichkeit nehmen. Nanking versuchte durch Gründung eines „Büros für tibetische und mongolische Angelegenheiten“ sowie (1934) durch Duldung eines „Innermongolischen Politischen Rates“ unter dem Vorsitz von Teh die mongolische Loslösungsgefahr abzdämmen, ohne jedoch Erfolg zu haben. Fürst Teh — und das bedeutet gleichzeitig Japan — will zuerst einmal die mongolisch besiedelten Teile der Innenmongolei, also von Chahar, Suiyuan, Ninghsia, Dschehol und der Provinz Chingan (letztere beiden sind heute Staatsgebiet von Mandschukuo) zusammenfassen und stützt sich auf Japan in der Hoffnung, einmal sich auch der japanischen Vormacht entledigen zu können. Japan hofft durch einen solchen vorläufigen „Kleinmongolischen Staat“ Nordchina vom

der Sowjetunion und ihren Einflüssen abzuriegeln, durch Schafzucht hier einen Teil seines Wollbedarfes zu decken und im geeigneten Augenblick die Außenmongolei anzugliedern, um derart Transbaikalien in gefährlicher Flanke zu umfassen und abzudrosseln.

Moskau hat sich unterdessen immer besser in der Außenmongolei eingerichtet, die 1921 nach einer erfolgreichen Revolution sich von China unabhängig gemacht hatte, sodann aber rasch unter Sowjeteinfluß gelangte. Die anfangs herrschenden chinafeindlichen Adligen und Lamas wurden zurückgedrängt und ihre Besitztümer verstaatlicht; auch hier setzte sich die geschickte Sowjetpropaganda mit ihren Schlagworten in kurzer Zeit, wie bei so vielen anderen halbzivilisierten asiatischen Völkern, durch. Im Jahre 1928 wurde der Großgrundbesitz tatsächlich beschlagnahmt und die Enteignung von Adel und Klöstern durchgeführt; aller Auflehnung wurde man in kurzer Zeit Herr. Es wurden nun unter den ärmeren Halbnomaden, um sie besser beeinflussen zu können, landwirtschaftliche Organisationen gegründet; man verteilte das Vieh des Großgrundbesitzes und richtete Gemeinschaftswirtschaften ein, die 1931 bereits ein Drittel der 7—800 000 Einwohner der Außenmongolei umfaßten. Später mußten allerdings diese „Sozialisierungsvorgänge“ zum Teil wieder rückgängig gemacht werden, da sie in immer breiteren Kreisen auf Widerstand gestoßen waren und schwere Schäden hervorgerufen hatten. Aber trotz allem setzte sich der Sowjeteinfluß immer weiter durch, besonders seit man die Außenmongolei hermetisch gegen die innermongolischen Gebiete und Mandschukuo abgeschlossen hat. Man gründete nun staatliche Handelsgesellschaften, Banken, Wollwäschereien, Lederfabriken, um auf diese Weise auch wirtschaftlich einen Zwang auf die Bevölkerung ausüben und sie „sozialisieren“ zu können. Die nomadische Weidewirtschaft will man allmählich in sozialistischen Gemeinschaftsackerbau und in staatliche Viehwirtschaft überführen, aus dem tauschähnlichen einen staatlich überwachten Gildenhandel entwickeln und an Stelle der einstigen Adels- und Priesterherrschaft eine richtige Sowjetdiktatur aufbauen. Da in Schulen das bolschewistische Gedankengut am besten eingepflanzt werden kann, wurde der Ausbau des Schulwesens stark betrieben, so daß es 1934 bereits 60 Grund- und mehrere Mittelschulen sowie einige Dutzend Kinos und kommunistische und antireligiöse Vereinigungen gab.

Japan stützt also in diesem Kampfe um den Einfluß über das Mongolentum Fürsten, Privateigentum, Mönchs- und Klostermacht und wünscht in der Außenmongolei eine „Offene Tür“, um dort seine Werbung vortreiben zu können. Moskau aber arbeitet an der restlosen Vernichtung der Adels- und Priesterherrschaft in der Außenmongolei, sozialisiert, enteignet und verstaatlicht, um seine Stellung zu befestigen. Zwei sich staatlich, kulturell und wirtschaftlich als Todfeinde gegenüberstehende Weltmächte benutzen heute die mongolischen Stämme, die einst Asien und Europa in Schrecken hielten, als Werkzeuge ihrer großen festländischen Vorherrschaftsziele.

Japan entfaltet aber auch eine starke Tätigkeit im Süden, wo es vor allem einmal, sobald es die Umstände günstig erscheinen lassen sollten, die Provinz Fukien von China loszutrennen beabsichtigt, um Alleinherrscher über die wichtige Formosastraße zu sein. Und wenn zwischen den Südwestlern — d. h. zwischen Kwangtung und Kwangsi, deren politischen Leiter sich als die alleinigen Ideenträger Sun-Yat Sens betrachten — und Nanking eine Verständigung zustande zu kommen scheint, dann schaltet sich jedesmal Japan ein, um eine solche zu verhindern. Im letzten Jahre haben auch wichtige japanische Generalstabsoffiziere wiederholt diese Südpervenien bereist. Hätte einmal Japan hier Fuß gefaßt, dann könnte es das heutige Kernreich um Nanking in Mittelchina von Norden und von Süden her gleichzeitig in die Zange nehmen.

Wie steht es nun heute mit der japanischen Machtstellung überhaupt und wie wird oder dürfte sie sich entwickeln? Schon heute umfaßt der japanische Machtbereich einen gewaltigen Meeresgürtel mit Groß- und Kleininseln und Inselwolken, der von Sachalin im Norden, wo Japan große Fischerei- und Ölinteressen zu verteidigen hat, bis nach Formosa und über den ehemaligen nördlichen deutschen Südseebesitz bis an den Äquator reicht. In die konkave West- und Nordwestseite dieses Meer-Machtraumes hat nun Japan in den letzten Jahrzehnten über Korea bis zum Amur und zu den innermongolischen Steppen und Wüstensteppen einen gewaltigen Landraum eingebaut. Die wehrgeographische Gesamtlage des Außenbesitzes ist für Japan als sehr günstig zu bezeichnen, von amerikanisch-britischen Inselstützpunkten abgesehen, liegt kein fremder Machtbereich dazwischen, und die Entfernungen vom Reichsherzen sind, an denen Englands oder der Vereinigten Staaten (Streubesitz) und der Sowjetunion gemessen, nur mittelgroße. Von den Seemächten können nur Formosa und der Südseebesitz ernstlich bedroht werden. Die japanischen Inseln sowie das Japanische Meer und die sonstigen den Festlandbesitz bespülenden Gewässer können durch die außerordentlich günstigen japanischen Flottenzusammenziehungs- und Verteilungsmöglichkeiten und durch die großen U-Bootflottillen verhältnismäßig leicht geschützt werden. Als wirkliche Gefahr für das Kernreich selbst sieht man nur fernöstliche Sowjetluftflotte an, deren Bombengeschwader heute in der Lage sind, einen Nonstopflug nach Japan und zurück durchzuführen, was ihre Aktionsreichweite anbetrifft. Man weiß in Japan nur zu gut, wie schwer bei solchen Angriffen die gewaltigen Menschenballungen um die Industriemittelpunkte Osaka—Kobe—Kyoto (6 Millionen) und Tokyo—Yokohama (7 Millionen) gefährdet sind und ist an der fieberhaften Verbesserung der Luftabwehr und des Luftschutzes tätig.

Schutz der Hauptinseln und möglichst rasche Zerstörung der russischen Fernostverbindungen und Stützpunkte (Wladiwostok, Irkutsk, Chabarowsk) sind die wichtigsten japanischen Richtpunkte für den Fall eines Krieges. Große Hafenbauten haben in den letzten Jahren Japans strategische Lage bedeutend gebessert. Truppen, die man nach Ryojun (Pt. Arthur) verschifft, können günstig nach der Süd-

mandschurei gebracht werden. Über den neu ausgebauten nordkoreanischen Hafen Raschin — der ebenso gefährlich nahe an Wladiwostok liegt wie umgekehrt jenes an ihm — ist mit den bereits fertiggestellten bzw. in Kürze als fertiggestellt anzusehenden mandschurischen Bahnen die gesamte Nordost- und Ostmandschurei überaus günstig zu erreichen: über Tumen—Hsinking—Solun führt die kürzeste Bahn nach Chalun—Arschan, also bis an die Grenze der Außenmongolei heran, und von Hulutao — das im Golf von Liaotung soeben aus strategischen Erwägungen heraus größere Anlagen erhält — sind die nordchinesischen Provinzen ebenso günstig zu erreichen, wie auf der hier angeschlossenen, schon bis Chifeng verlängerten Dscheholbahn die Südwestflanke der Außenmongolei. Neue Verbindungen werden noch zwischen unterem Sungari und Ussuri angelegt und sind bedrohlich gegen Chabarowsk—Wladiwostok gerichtet, nachdem schon seit mehr als einem Jahr ein anderer Schienenstrang bis an den Amur gegenüber von Blagowjeschtschensk führt. Im großen und ganzen ist der japanische Aufmarsch auf dem Festlande im ersten Hauptabschnitt beendet.

Die japanische innerpolitische Entwicklung hat sich nach dem Februaraufstand insoweit geklärt, als das Heer unzweifelhaft als endgültiger Sieger über die Parlementsirtschaft hervorgegangen ist und seine nationale Politik mit verstärktem Nachdruck einsetzen wird. Auch das Erziehungswesen wird wieder stärker als in den letzten Jahren im nationalen Sinne ausgebaut und ein gewisser gegen die Wirtschafts- und Industriekapitäne gerichteter Staatssozialismus soll die großen sozialen Spannungen ausgleichen helfen. Die geistige Krise ist jedoch zweifellos noch nicht beendet, der Weg zu endgültiger Neuformung noch nicht gefunden; zuviel hat man von Fremdem übernommen, um den am Kaiser als „göttlichen Sproß“ ausgerichteten Ahnendienst, den trotz Buddhismus und Christentum sich bislang siegreich behauptenden Shintogeist, in neuer Formgebung auch tatsächlich zu wahren, liegt doch in ihm als artgemäßer Religion die eigentliche japanische Nationalidee, die Opferbereitschaft für den Kaiser und damit für das Reich. Industrialisierung, Großstadtelend, Herausarbeitung früher nie gekannter großer sozialer Unterschiede, der Siegeszug von Jazz, fremdem Kino- und Revuekitsch, die Not in den Slums von Tokyo, Osaka usw., in denen nach amtlicher Statistik Millionen unterernährt sind, das alles hat dazu beigetragen, den Shintogeist anzunagen, das geistige Gleichgewicht gefährlich zu untergraben. Am stärksten hat sich unverdorben japanische Geisteshaltung noch im Bauerntum erhalten, obgleich dies am stärksten unter den schweren Lasten der Industrialisierungs- und Expansionspolitik leidet. Aber trotz Anwachsens der ländlichen und städtischen Armut und der riesigen Steuerlasten infolge des Wettrüstens wird doch ein jeder, der einigermaßen die japanische Wesensart begriffen hat, sagen müssen, daß auch heute, trotz schlimmster äußerlicher Verwestlichung, Japan sich genug an Arteigenem erhalten hat, um die zweifellos schwierige Zukunft auch geistig zu überstehen, und daß alle Japaner im Ernstfalle mit ge-

wohnter Todesverachtung streiten und sterben werden. Mit dem gewaltigen Vordringen des Inselvolkes auf dem Festlande gerät jedoch Japan in die zwiespältige Lage des heutigen britischen festländisch-ozeanischen Mischreiches und in eine geopolitisch-strategische Zerrungslage, in der sich unter dem Druck der gewaltigen Festlandsgrenzen die Kraft des kühnen Inselvolkes zerreiben könnte.

Es ist eine bezeichnende Tatsache, daß der Völkerbund und die Welt im allgemeinen der großen asiatischen Ausdehnungspolitik der nun in der Genfer Liga beheimateten Sowjetunion viel weniger Aufmerksamkeit schenken und über ihre Erfolge viel weniger entrüstet sind, als über den japanischen Vormarsch. Die Abdriftung Sinkiangs (Chines. Turkestans) von China in das Sowjetschlepptau wurde nur wenig beachtet; wie mit der Außenmongolei hat Moskau bereits auch mit Sinkiang geheime Militärabkommen getroffen, dort die militärische Ausbildung und den strategischen Ausbau übernommen. Wie die Außenmongolei von Moskau als strategisches, propagandistisches und politisches Vorfeld gegenüber China gedacht und benutzt wird, so kommt Sinkiang im Westen eine ähnliche Rolle mit dem Gedanken einer weiteren Vorfühlung gegen britischen Besitz zu. Auch in der Sowjetunion weiß man, daß die rasend betriebene Industrialisierung einmal, mag es vielleicht erst nach Jahrzehnten und vor Befriedigung des Inlandmarktes notwendig sein, große ausländische Märkte brauchen wird; Indien und China beherbergen zusammen fast die halbe Menschheit — und die Sowjetunion arbeitet sich an ihre Tore heran. Auch in Japan gibt man zu, daß ein Krieg gegen Rußland heute ungleich gefährlicher sein würde, als es jener vor dreißig Jahren gewesen ist. Damals war der russische Ferne Osten in seiner Versorgung abhängig vom viele tausend Kilometer entfernten Westen, mit dem ihm nur eine eingleisige Bahn verband. Heute jedoch ist diese Bahn zweigleisig; da sie aber auf weiten Strecken gefährlich nahe an Mandschuko entlangläuft, hat man unter Nichtachtung von Geld und Menschenleben den Bau einer zweiten, der sogenannten Amurbahn begonnen, die nahezu fertiggestellt sein soll; diese etwa 1800 km lange Linie zweigt bei der Station Taischot von der transsibirischen Bahn westlich des Baikalsees ab, gabelt sich bei Chindai in einen nördlichen Arm, der bei Nikolajewsk gegenüber dem Nordende von Sachalin die Küste erreicht, und in einen südlichen, der nach Komsomolsk führt, das sich aus einem elenden Fischerdorf zu einer Stadt von 80 000 Einwohnern entwickelt hat. Drei Stichbahnen stellen die Verbindung zur alten Amurbahn (Karimskaja—Wladiwostok) her. Mit der Fertigstellung dieses Bahnsystems ist der russische Ferne Osten gegenüber japanischen Angriffen ungleich widerstandsfähiger geworden, als er es noch vor wenigen Jahren war, da infolge klimatischer und Reliefverhältnisse diese Linien auch durch japanische Luftangriffe wenig gestört werden können. Auch die wichtigen Bahnen Orenburg—Taschkent und Novosibirsk—Ilisk werden doppelgleisig ausgebaut, während von letzterer aus gleichzeitig wichtige Zweigbahnen nach der Äußeren Mongolei (Semipalatinsk—Uliussutai) sowie nach der

Dsungarei und Sinkiang (Sergiopol—Saissansk und Sergiopol—Tschugutschak, Ilisk—Kuldscha) angelegt werden, die eine Länge von 2000 bzw. 700, 400 und 450 km aufweisen. Von ganz besonderer Bedeutung ist ferner die Linie Werchnjeudinsk—Ulan-Bator-Choto, deren rund 900 km lange Strecke ebenfalls im Bau begriffen ist. Die Sowjetunion setzt also den mandschurischen Aufmarschbahnen nicht weniger wichtige, ja in der erstmaligen Durchdringung zentralasiatischer Gebiete mit dem Schienenstrang noch bedeutendere Linienführungen entgegen, deren strategische Wichtigkeit nicht näher erläutert zu werden braucht, setzen sie doch auch nach etwaiger Zerstörung der Linie Karimskaya—Wladiwostok die Russen in die Lage, mit Erfolg von den neuen Westbahnen her gegen japanische Kräfte vorzustoßen.

Abgesehen von Bahnbauten haben aber die Russen auch sonst ihre Stützpunkte im Fernen Osten ausgebaut, in Tschita und an der Irkutka sowie an anderen Stellen Kraftwerke, Munitions- und Uniformfabriken, Mühlenanlagen und neue Bergwerke angelegt, deren Erzeugnisse den Nachschub vom Westen gegenüber früher außerordentlich entlasten werden. An der Mandschurei-Sowjetgrenze wurden ferner in zusammenhängender Kette Sperrforts angelegt und an allen wichtigen Stellen stehen Flugzeuge, Tanks und Artillerie ausreichend zur Verfügung, was auch seit kurzem für Ulan-Bator und andere Orte in der Außenmongolei gilt. Die Zahl der Unterseeboote an der Fernostküste soll jener der japanischen nicht mehr nachstehen. Den motorisierten Truppen und der Kavallerie, denen man in der Mongolei besondere Bedeutung zumißt, wurde besondere Aufmerksamkeit gewidmet und sie sind auf einen hohen Stand gebracht worden. Zwischen 250 000 und 300 000 Mann unterstehen heute dem Fernostgeneral Blücher, also etwa so viel, als das gesamte japanische stehende Heer beträgt.

Die Unterhaltung eines solchen Riesenheeres macht natürlich in dem noch immer relativ menschenarmen Fernen Osten große Schwierigkeiten, die man aber bis jetzt überwinden konnte. Die Soldaten sind ausgewählt und werden systematisch im kommunistischen Sinne erzogen sowie von besonders erprobten jungen Offizieren aus der Moskauer Kriegsakademie überwacht. Immer wieder wird ihnen eingepreßt, daß es gelte, auch das kleinste Fleckchen des roten „Arbeiterstaates“ gegen den „gelben Imperialismus und Kapitalismus“ zu verteidigen, und in den Zeitungen und Vorträgen wird dauernd von „Hungerlöhnen“, von „sklavenhafter Kuli- und Frauenarbeit“, vom „Luxusleben der gelben Industrie- und Bankbarone“ berichtet, um auch in der Zivilbevölkerung die Abneigung gegen die Japaner zu verstärken. Man hat auch besonders der ländlichen Bevölkerung im Fernen Osten größere Freiheiten gewährt als in den Westgebieten, einerseits um sie für das System zu gewinnen, andererseits weil ansonsten die Versorgung des Riesenheeres bei extrem-bolschewistischen Methoden wohl kaum möglich sein würde. Wenn die Japaner im Falle eines Krieges mit der Union in ihr innere Unruhen erwarten, so ist das vielleicht mehr Wunsch als Wahrscheinlichkeit, da mit jedem Jahr die Zahl jener, die

ein Vorkriegsrußland gekannt haben, geringer wird und die Generation, die nur durch das bolschewistische System geschult worden ist, immer mehr den Ausschlag gibt. Reservistenansiedlungen in Transbaikalien stärken dauernd die russische Machtstellung.

Es ist natürlich nicht möglich, anzugeben, wer einmal die endgültige Auseinandersetzung beginnen und wann diese ausbrechen wird. Das Aufgeben der Stellung in der Nordmandschurei bedeutet zwar für die Sowjetunion einen Prestigeverlust, aber keine einschneidende Schwächung oder Zurückstellung wirtschaftlicher und politischer Fernziele. Das Wagnis einer kriegerischen Auseinandersetzung mit der Mandschurei wäre in keinem Verhältnis gestanden zu dem in Riesenausmaßen und mit großer Geschwindigkeit vor sich gehenden wirtschaftlichen und strategischen Ausbau Transbaikaliens und der Maritimprovinz. Ein vorzeitiger Krieg mit Japan hätte zum Chaos und zum vollständigen Verlust des Fernostbesitzes führen können. Ganz anders verhält es sich mit der Außenmongolei, durch deren Beherrschung jederzeit Japan in der Mandschurei und in Nordchina empfindlich beeinflusst werden kann und Mandschukuo auf drei Seiten umklammert ist. Der Fehlschlag der vorjährigen Mandschurisch-Außenmongolischen-Konferenz in Manchuli, auf der die Vertreter der Außenmongolei eindeutig die japanisch-mandschurischen Wünsche ablehnten, hat zu einer starken Anspannung der politischen Lage geführt. Seither haben sich nicht nur die blutigen Zwischenfälle an der 700 km langen mandschurisch-außenmongolischen Grenze, sondern auch im Ussurigebiet bedenklich gehäuft und die Nervosität ist mit der Anzahl der gegenseitigen fruchtlosen Proteste dauernd gestiegen. Das Auswärtige Amt in Hsinking hat erklärt, daß es die Außenmongolei als geheimnisvolles und gefährliches Gebiet ansehe und die ungelösten Fragen nach eigenem Ermessen regeln werde. Aus dieser mit Zündstoff geladenen Grenzstimmung kann natürlich einmal das Feuer überraschend und ohne Kriegserklärung losbrechen.

In japanischen Kreisen scheint man sich noch nicht klar darüber zu sein, ob es besser sei, zuerst die Stellung in Nordchina auszubauen oder in die Spannungslage ein für allemal entscheidend einzugreifen. Neben kleinen Kreisen, die einen Ausgleich mit der Sowjetunion wünschen, herrschen andere vor, die Transbaikalien in einen „weißrussischen“ Pufferstaat umwandeln möchten und zu diesem Zwecke „weißrussische“ Generale wie den Halbburjaten Ataman Semjonoff bereit halten. Die der Kwantungarmee unterstellten Emigrantenorganisationen will man ebenso als landeskundige Vortrupps einsetzen, wie sie dem Auslande gegenüber politisch verwerten.

Bei einer Auseinandersetzung würde zweifellos Japan überraschend und wohl mit Erfolg die russische Fernostküste absperren und dann den Versuch machen, vom Meere und mit Hilfe der neuen ostmandschurischen Bahnen vom Lande aus Wladivostok anzugreifen und zu erobern. Mit Kanonenbootflottillen, Luftangriffen und raschen Truppenmassierungen entlang der Bahn nach Taheiho würde es ferner

trachten, Blagowjeschtschensk und Chabarowsk einzunehmen und die alte Amurbahn lahmzulegen. Durch den Bau der transbaikalischen Nordbahn käme allerdings diesen Unternehmungen nicht mehr der entscheidende Erfolg zu. Die Hauptstoßkraft müßte Japan in Westen entfalten und von seiner Operationsbasis in den Steppen der Innenmongolei und der Barga nach Tschita und Irkutsk zu vordringen, um derart alle Verbindungen östlich des Baikalsees abzuriegeln und Transbaikalien aufzurollen. Befestigungsanlagen im Großen Chingan bieten eine gewisse Rückenbedeckung; große Teile dieses Gebirgszuges und der Barga sind bereits zu besonderen Militärdistrikten erklärt worden, in denen Ausländer nur nach besonderer Genehmigung und nur in bestimmten Gebieten reisen dürfen. Im eigentlichen Amurgrenzraum dürften die Kampfhandlungen wegen der dichten, noch wenig bekannten Waldgebiete (Ilchur-Alin und Kleiner Chingan) nur geringes Ausmaß annehmen und nur langsam vor sich gehen; nach mandschurischen Erfahrungen zu schließen, dürften sich in den Waldgebieten die Japaner im Nachteil befinden. Die mandschurischen Truppen (also hauptsächlich Chinesen) kämen für Angriffskampfhandlungen trotz japanischer Führung kaum in Betracht, da sie einerseits immer noch geringen Kampfwert aufweisen, andererseits — häufige Fahnenflucht — nicht als unbedingt verläßlich gelten und höchstens zur Aufrechthaltung der Ruhe im Innern verwendet werden könnten. Zweifellos würde in der Mandschurei das Freischärler-tum im Falle einer kriegerischen Verwicklung Japans wieder stark aufleben; Zerstörung von Bahngleisen und Überfälle auf Truppentransportzüge würden den japanischen Vormarsch schwer schädigen. Von den russischen Emigranten, die ja zahlenmäßig in Truppenverbänden nur eine geringe Rolle spielen könnten, würde ein Teil gegen die Sowjetunion kämpfen, in der trügerischen Hoffnung, ein „weißes“ Fernostgebiet zu schaffen und sich dann auch einmal der Japaner zu entledigen, ein anderer Teil würde sich offen gegen Japan stellen, ohne mit den Sowjets zu sympathisieren, und wieder andere würden, wie in früheren Jahren, „Partisanenkämpfe“ auf eigene Faust und zu eigenem Vorteil organisieren. Hätten die Emigranten einst eine starke Führung besessen, so wäre es ihnen möglich gewesen, in der Nachkriegszeit in der unbestimmten politischen Lage ein Stück der Mandschurei, etwa in der Barga, sich zu sichern und eine neue Heimat zu gründen. Aber wie fast alle Emigranten sind auch sie hoffnungslos zersplittert und wirklichkeitsblinde Phantasten gewesen und geblieben.

Die Sowjetunion hat zweifellos ihre große Stärke in ihrer gut ausgebildeten Luftwaffe, die sie rücksichtslos einsetzen würde, sowie in der weitgehend motorisierten Armee und gut ausgebildeten Kavallerie. In allen diesen Zweigen gilt sie allgemein als den Japanern weit überlegen. Die Sowjets sind sich auch bewußt, daß sie zwar wertvolle Stützpunkte verlieren, aber durch Japan militärisch nicht in ihrem eigentlichen Kernraum geschlagen werden könnten. Sie hoffen dagegen, durch überraschenden Einsatz ihrer Bombengeschwader schon in den ersten Tagen die

japanischen „Nervenzentren“ auf Hondo zu lähmen und weiterhin durch die Luftwaffe und Unterseeboote den japanischen Nachschub empfindlich zu stören. Durch die Einsatzmöglichkeit starker motorisierter Truppenteile und von Kavallerie hoffen die Rotarmisten auch eine etwaige Blockierung der transbaikalischen Bahnverbindungen ertragen zu können. Die gewaltige Frontausdehnung würde sich für die Japaner als von größerer Ungunst erweisen als für die Russen. Auch im Winter wären die mehr an Kälte gewohnten Russen im Vorteil, was auch hinsichtlich des Zugverkehrs gilt; im letzten Winter, als in der Nordmandschurei eine besonders starke Kälte (40—50° C unter Null) herrschte, war der Verkehr lange Zeit vollkommen in Unordnung gebracht, da die Japaner die russischen Maschinisten entlassen hatten und selbst die eingetretenen technischen Schwierigkeiten nicht bewältigen konnten. Trotz der betriebenen Abhärtung erleiden die japanischen Truppen auch jetzt noch im Winter außerordentlich viele Erfrierungen und Verdauungskrankheiten.

Die Sowjetoperationen dürften darin bestehen, die östlich Tschita gelegenen Gebiete einschließlich Wladiwostok defensiv zu sichern, die Japaner mit motorisierten Truppen und unter starkem Kavallerieeinsatz aus der Barga und der Innenmongolei zurückzudrängen, um die Entscheidung nach Möglichkeit in die zentrale Mandschurei oder bzw. und nach Nordchina zu verlegen. Als große Hindernisse sind für sie der Chingan und die Gebirge Dschehols zu betrachten. Ein wichtiges Kampfmittel der Sowjets würde die revolutionäre Propaganda unter den unzufriedenen Chinesen, Koreanern und auch unter den Mandschureimongolen sein; sie verstehen es ja glänzend, aus den Angehörigen der verschiedenen Völker zuverlässige Agenten auszubilden, so daß sie selbst als die eigentlichen Drahtzieher im Hintergrund bleiben können. Die Japaner sind in der Praxis weit schlechtere Psychologen, vertrauen niemanden und werden deshalb auch selbst mit schärfstem Mißtrauen bedacht. Die Sowjets haben immer noch, mögen auch die kommunistischen Hauptheere in China geschlagen sein, ihre Agenten und Stellungen überall, und wenn Japan weiterhin die Verständigung mit China mit derart unmöglichen Mitteln betreibt wie heute, dann wird es den Russen nicht schwerfallen, im Falle eines Krieges breite chinesische Massen für sich zu gewinnen. Je mehr die Sowjets an Zeit gewinnen, desto weniger haben sie einen Krieg mit Japan zu fürchten, um so mehr, wenn sie sich an ihrer Westgrenze durch das französische Bündnis entlastet sehen. Sieg und Niederlage der Sowjetunion könnten allerdings große Bedeutung für eine innerpolitische Umgestaltung des Sowjetsystems erlangen.

China ist infolge seiner inneren Schwierigkeiten, in seinem Kampfe um Neubau von Heer, Wirtschaft, Verwaltung und Sozialgefüge, um Synthese zwischen westlichen technisch-naturwissenschaftlichen Errungenschaften und gereinigtem, gehärteten chinesischen Wesen, als unsicherer Faktor, als unberechenbare Kraft im ostasiatischen Spannungsraum zu werten. Auch eine zeitweilige japanische Herrschaft wird die Chinesen nicht entmutigen; sie sind überzeugt, daß alle Bahnen und alle

Straßen, die von den Japanern gebaut werden mögen, letztlich nicht diesen, sondern dem Chinesentum zugute kommen werden, haben sie doch bislang jede Fremdherrschaft überdauert und sind doch auch die Eroberungen der Mandschus und Mongolen schließlich den Chinesen zugefallen. Sicher würde China einen russisch-japanischen Krieg nach bester Möglichkeit zu seinen Gunsten ausnutzen.

Für die weißen Mächte, die in Ostasien längst nicht mehr bestimmend in die Geschicke eingreifen können, würde eine Behauptung und Ausdehnung der japanischen Vormachtstellung in Ostasien sich als eine weitere wirtschaftliche Bedrohung und als eine solche der Siedlungsraumvorräte im Pazifik auswirken. Nicht anders aber wäre ein Sieg der Sowjetunion zu werten, solange das russische Riesenreich von abendlandfeindlichen Mächten beherrscht wird, die daran sind, für ihre dunklen Zwecke die Grundlagen aller Völker zu unterwühlen.

ALBRECHT HAUSHOFER:

Berichterstattung aus der atlantischen Welt

Noch immer stehen die Folgewirkungen des italienischen Erfolges in Abessinien im Vordergrund der Weltpolitik. Sie sind rund um den Erdball zu spüren; allerdings werden gerade in Europa zuweilen nur die räumlich benachbarten Vorgänge rechtzeitig erkannt. Wir beginnen daher diesen Bericht mit einer kurzen Betrachtung der Entwicklungen, die sich in Amerika, und zwar sowohl in Nord- wie in Südamerika abzeichnen.

Die südamerikanischen Staaten haben bei der Begründung des Völkerbundes den Genfer Versuch begrüßt, nicht zuletzt, weil sie dadurch einen gewissen Schutz gegen die damalige Interventionspolitik der Vereinigten Staaten zu finden glaubten. Der Weltkrieg hatte den europäischen Einfluß in Süd- und Mittelamerika stark zurückgedrängt, der Dollarimperialismus stand in voller Blüte. Mit Ausnahme von Argentinien hatte keiner der süd- und mittelamerikanischen Staaten sich vor zum Teil recht unangenehmen nordamerikanischen Eingriffen frei zu halten verstanden. Diese Eingriffe nahmen im Bereich des Mexikanischen Golfes und des Karibischen Meeres zuweilen Formen unverhüllter Gewalt an. In den Andenstaaten und in Brasilien kam es nur zu derben Eingriffen wirtschaftspolitischer Art: beides aber weckte Widerstand und ließ die süd- und mittelamerikanischen Staaten nach Möglichkeiten der Sammlung und des Ausgleichs gegen die nordamerikanische Macht Ausschau halten. In diesem Zusammenhang begrüßte man die wirtschaftspolitische Rückkehr Englands und später auch Deutschlands; in diesem Sinn begrüßte man den Völkerbund als einen Schutz der Schwachen. Dies um so mehr, nachdem der ursprüngliche Anreger des Völkerbundes, die Vereinigten Staaten, sich von Wilson getrennt hatte und in Genf nicht mittat. Daß die

Bühne von Genf einer Reihe von Diplomaten dieser Länder eine gewisse Geltung vor der großen Öffentlichkeit verschaffte, auf die sonst kaum ein begründeter Anspruch bestanden hätte, darf als ein kleines Stück Menschlichkeit in diesem Fall ebensowenig übersehen werden wie im Fall einiger der kleineren europäischen Länder. Aber hinter der Freude am Auftreten und Beleuchtetwerden stand vielfach ein sehr berechtigtes Interesse der betreffenden Länder.

Die Enttäuschungen Südamerikas am Völkerbund setzten frühzeitig ein. Sie begannen mit der Erfahrung Argentinien und Brasiliens, daß ihnen der volle Großmachtdrang nicht ohne weiteres zuerkannt wurde. Sie fanden ihre Krönung in den Erfahrungen, die Südamerika anläßlich des Chaco-Krieges mit dem Völkerbund gemacht hat. Diese Erfahrungen sind in Europa schon wieder vergessen worden über Ereignissen, die für Europa näher liegen. In Südamerika sind sie noch höchst lebendig. So wirkt das Versagen des Völkerbundes im abessinischen Fall in Südamerika nur als eine Bestätigung.

Aber man ist auch praktisch betroffen. Die Sanktionspolitik hat einige der südamerikanischen Staaten, die einen starken Handel mit Italien und außerdem einen gewissen italienischen Bevölkerungsanteil haben, sowohl in wirtschaftlicher wie in innenpolitischer Hinsicht gestört. Man hat gewisse Opfer um des Prinzips willen gebracht; man sieht, daß sie umsonst waren, und ist nun entschlossen gewisse Konsequenzen zu ziehen. Damit ist nun nicht gesagt, daß die südamerikanischen Staaten aus dem Völkerbund austreten werden; sie werden ihn lediglich nicht mehr ernst nehmen und werden für ihren eigenen Bereich nach Mitteln der Verständigung und Schlichtung von Streitigkeiten suchen, die einem panamerikanischen Sonderbund recht ähnlich sehen könnten.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen zu dieser Entwicklung wird in Europa allzuoft übersehen: die starke Enttäuschung, welche die Folgen ihrer Expansionspolitik bei den Vereinigten Staaten hinterlassen haben, und der daraus folgende Verzicht auf eine Fortsetzung auf der Interventionspolitik selbst im Karibischen Bereich. Man hat in Südamerika lange nicht glauben wollen, daß es den Vereinigten Staaten mit ihrem Verzicht auf aktive Intervention in Mittelamerika und Westindien Ernst sei. Die Beobachtung, daß man in Cuba und Nicaragua beliebige Revolution machen, sogar amerikanische Bürger an ihrem Eigentum schädigen kann, ohne daß daraufhin amerikanische Marine landet, überzeugt allmählich auch mißtrauische Gemüter davon, daß die Regierung in Washington ihre Verzichtspolitik ehrlich meint. Mindestens solange Roosevelt am Ruder bleibt. Da man aber mit Sicherheit eine Wiederwahl von Roosevelt im kommenden Herbst erwartet, steht eine sichere Periode von weiteren vier Jahren der Nichteinmischung in Aussicht. Man hat also keinen Anlaß, Schutz vor dem großen Nachbarn im Norden zu suchen, und kann sich's leisten, dem europäischen Völkerbund den Rücken zu kehren. Dieser Teil der Krise des Völkerbundes braucht nach außen kaum sicht

bar zu werden: trotzdem ist er da und sollte bei allen europäischen Kombinationen nicht übersehen werden.

Ähnliches wie für Südamerika gilt im übrigen auch für die britischen Dominien — was nicht geeignet ist, die Schwierigkeiten der britischen Regierung zu vermindern. Australien, Neuseeland und Kanada haben die Sanktionspolitik nur mit halbem Herzen mitgemacht; Südafrika ist im Gegenteil tief darüber bestürzt, daß sie als erfolglos aufgegeben wird. Die Enttäuschung über Genf ist in allen überseeischen Teilen des Empire eine allgemeine.

Nordamerika aber zieht sich in die Isolierung seiner Innenpolitik zurück. Im November ist Präsidentenwahl. Die Republikaner haben sich auf Gouverneur Landon von Kansas, einen „Mid-Westerner“, der wenigstens eine beschränkte Chance im Kampf um die Präsidentschaft hat, geeinigt. Die altkonservativen Kräfte des Ostens haben sich nicht einmal im Rahmen der republikanischen Parteiorganisation mehr durchsetzen können. In der demokratischen Partei haben sie von jeher wenig Einfluß gehabt. Dort haben einige Mißvergnügte unter Führung des früheren Gouverneurs von New York, Al Smith, zusammen mit einigen — gleichfalls aus Gründen konservativer Einstellung — unzufriedenen Vertretern des „Alten Südens“ den Versuch eines Kampfes gegen Roosevelts Wiederbetrauung gemacht. Sie sind zunächst vollkommen gescheitert. Es ist noch ein gutes Vierteljahr bis zur Entscheidung der Wahl: Dennoch läßt sich schon heute mit einiger Wahrscheinlichkeit voraussagen, daß Roosevelt wiedergewählt werden wird — wenn auch nicht mit den überwältigenden Mehrheiten von 1932. Für die weitere Entwicklung der Vereinigten Staaten wird viel davon abhängen, welchen Gebrauch Roosevelt von seiner zweiten Amtsperiode machen wird. Erfahrungsgemäß pflegen gerade die bedeutenderen Präsidenten der Vereinigten Staaten in dieser zweiten Periode von Hemmungen frei zu werden, die ihnen durch die Notwendigkeit, ihre Wiederwahl zu sichern, in der ersten auferlegt sind. Eine dritte Wahl in unmittelbarer Folge ist gegen alle Tradition; sie ist niemals auch nur versucht worden.

Außenpolitisch handelt es sich für die Vereinigten Staaten um die Konsolidierung ihrer freundlichen Haltung zu den mittel- und südamerikanischen Nachbarn, um Fortsetzung oder Innehalten auf dem Rückzug aus Ostasien — die Abkehr von Europa ist längst und auf lange Frist verbindlich vollzogen worden. Für die innere Struktur handelt es sich um das Aufrechterhalten jenes Maßes an Sozialreform, das von Roosevelt bereits durchgesetzt werden konnte; vielleicht um seine Erweiterung. Dazu kommt die Auseinandersetzung um die Grenzen von Bundes- und Staatenrecht, die um so schwerer sein wird, je länger man sie hinausschiebt.

Innere Auseinandersetzungen stehen auch in einer Reihe von westeuropäischen Staaten im Vordergrund. Weder in Spanien noch in Frankreich lassen sich die Entwicklungen auf längere Sicht voraussagen. Der Konflikt zwischen den gemäßigt-

ten und den radikalen Gruppen der Linken ist in beiden Ländern erst am Anfang; in Spanien wird er nach wie vor durch Regionalprobleme kompliziert. Frankreich hat vierzehn Tage mit akuten Lähmungserscheinungen seines gesamten Wirtschaftsgefüges hinter sich; das Gefährliche daran ist, daß Ähnliches jederzeit wiederkehren kann, und daß es eine allzu freundliche Auffassung wäre, wenn man annehmen wollte, daß die Regierung Blum die volle Macht in Händen hielte. Es wäre zu viel verlangt, wenn man unter solchen Umständen eine großzügige Außenpolitik erwarten wollte.

England hat mittlerweile den Teiltrückzug an der Völkerbundsfront begonnen, der nach der Rede Neville Chamberlains zu erwarten war. Eine wirksame Entspannung mit Italien wird dadurch nicht erzielt. Die britische Flotte wird zunächst nicht aus dem Mittelmeer zurückgezogen; und der gemeldete Ausbau von Pantelleria als italienisches Gegen-Malta ist nicht dazu angetan, die Gegensätze zu mildern. England scheint sich darüber klargeworden zu sein, daß es nun seine eigene Auffassung von Vertragstreue proklamieren muß: Hilfe wird nur mehr geleistet, wo unmittelbare britische Interessen zu verteidigen sind, d. h. in Europa nur im Bereich der alten Locarnogrenzen und im Bereich des Seewegs durch das Mittelmeer. Neben den westlichen Sicherheitspakten, die ja auch von Deutschland her gewünscht werden, soll eine Mittelmeer-Entente entstehen, die alle Staaten des Mittelmeers zur Verteidigung gegen Italien zusammenschließen soll. Das ist der Hintergrund auch der Dardanellenkonferenz von Montreux, auf der neben dem britisch-italienischen Gegensatz auch der althergebrachte britisch-russische wieder in modernen Formen, aber doch auf einem genau bekannten historischen Hintergrund sichtbar wird.

Daß die Politik der Sowjets an mehr als einer Stelle bemüht ist, im Trüben zu fischen, zeigt sich ähnlich wie in Montreux in den letzten mit Rumänien geführten Verhandlungen, in denen Rußland das Durchmarschrecht zur Unterstützung der Tschechoslowakei zu gewinnen hofft. Die ganze Verdecktheit des wirklichen Machtkampfes spiegelt sich darin, daß man zugleich gar nicht genug Nichtangriffspakte in seine diplomatischen Scheuern holen kann...

Hält man neben diese gesteigerte Aktivität der Sowjets im südöstlichen Mitteleuropa, die man immer im Zusammenhang mit der Tätigkeit der westeuropäischen und auch der überseeischen Kommunisten sehen muß, die Kurzsichtigkeit der Politik einiger der mitteleuropäischen Kleinnächte (aber auch der Kurie — vom Hause Lothringen-Bourbon, genannt Habsburg, ganz zu schweigen), so kann man sich ernster Sorgen um die Zukunft nicht nur dieser Staaten, sondern mit ihnen leider ganz Europas, nicht erwehren.

Der Konflikt in Palästina geht weiter. Es ist nicht abzusehen, wie er bald zu einem Ende kommen könnte. England muß froh sein, wenn es gelingt, die Auseinandersetzungen in Palästina zu begrenzen. Die stimmungsmäßigen Rückwir-

kungen in der ganzen arabischen Welt sind unabsehbar. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß die Möglichkeiten der Beruhigung, deren sich der Emir von Transjordanien bisher mit Geschick bedient hat, nicht mehr ausreichen — was geschieht, wenn er gezwungen wird, die Unterstützung der arabischen Aufständischen in Palästina durch seine eigenen Leute zu dulden? Was geschieht, wenn sich arabische Hilfsbereitschaft (verbunden mit Plünderungslust) auf die Grenzstämme Saudi-Arabiens ausdehnt? Wie werden die indischen Mohammedaner auf eine solche Belastung ihrer Gefühle erwidern? Was soll aus den Verhandlungen mit der neuen Wafdregierung Ägyptens dabei werden?

Das alles sind Fragen, die auch einem Kolonialminister von der Tüchtigkeit Ormsby-Gores ernsthafte Sorge bereiten können.

* * *

Inzwischen ist die Tagung des Völkerbunds zu Ende gegangen — kläglich in dem, was sie brachte, noch kläglich in dem, was sie verhiß. Zugleich aber hat man in Montreux realpolitische Folgerungen gezogen, aus denen zugleich die Möglichkeiten künftiger Konflikte herausleuchten. Die Frage des Durchfahrtsrechtes russischer Kriegsschiffe machte Fronten sichtbar, die den Fronten der Gegenwart seltsam widersprechen, Tokio und London Seite an Seite — bemerkenswertes Bild angesichts dessen, was in Ostasien und in Mitteleuropa vor sich geht.

Die französische Außenpolitik ist auch unter Delbos nicht ideenreicher geworden. Die britische ist damit beschäftigt, Bilanz zu ziehen. Kein sehr angenehmes Geschäft. Ist die Rechnung erst klaggestellt, so wird es wohl kaum ohne persönliche Opfer in der alternden Schicht der britischen Staatsführung abgehen. Die kommenden Führer aber rüsten auf; und wenn England wirklich rüstet, dann ist ihm von der Rohstoff- und Finanzseite her keine Großmacht außer den Vereinigten Staaten gewachsen. Langsamer geht es mit den Menschen; auch das wird sich ordnen; Verhandlungen über das Mittelmeer (wie über den Fernen Osten oder Europa) aber wird England erst führen, wenn es sich wieder als eine nahezu unangreifbare Macht fühlt. Dazu gehören vielleicht Tausende von Flugzeugen; aber diese Flugzeuge werden jetzt gebaut...

KARL HAUSHOFER:

Bericht über den indopazifischen Raum

„Woran erkennt man den besten Staat? Woran man die beste Frau kennt! — Daran, mein Freund, daß man von beiden nicht spricht!“ — Nach diesem Schillerwort glaubte inmitten des weiten indopazifischen Kampffeldes, durch große See-Entfernungen nach allen Seiten geschützt, die reiche Doppelinsel Neu-

seeland in Abschließung, mit der höchsten Lebenshaltung und den höchsten Löhnen der Erde dahinleben zu können. Fremde Not und fremder Volksdruck waren und sind der glücklichen Insel gleichgültig, auf der in einem gesegneten Klima auf 269 057 Quadratkilometer ganze 1½ Millionen Menschen, davon mehr als 51% in Städten leben. Die Durchschnittsvolksdichte ist 5, auf der Nordinsel 7,5, auf der Südinsel 3,4.

Nun wird dieses Südseeidyll rauh durch die Stimme eines verantwortungsbewußten ehemaligen Generalgouverneurs, Lord Bledisloe, aus seiner Trägestauung aufgeschreckt („Times“, 23. 5. 1936, S. 10) — und antwortet natürlich mit Schelte, obwohl die Inzucht bereits „in Verschlechterung der Tierwelt und menschlicher Enttäuschung“ deutlich genug zutage tritt.

Am Ende eines Zwiegesprächs über die Entwicklungsrückständigkeit der Insel als Folge ihrer Abschließung entfährt aber dem Generalgouverneur ein Satz, der die scheinbare Lokalfrage auf weltbedeutende Höhe hebt, sie auch in Zusammenhang mit den Problemen der deutschen Kolonialforderung, der italienischen und japanischen Ausdehnung bringt und ihr geopolitische Tragweite gibt. „Endlich aber möchte ich doch solche guten — (200prozentigen) — Neuseelandpatrioten, wie Herrn Teschemaker-Shute, sehr ernst fragen, wie es möglich zu machen ist, die vorherrschende und wachsende Kritik zu entkräften, die sich in andern, neidischen und überfüllten Ländern erhebt, daß die britische Rasse dogs in the manger (Hunde im Futternapf) seien, die weder das weite, kärglich bevölkerte eigene Raumerbe ausnützten, noch den andern erlauben, das zu tun — wenn kein ernster, weitsichtiger Versuch gemacht wird, die leeren Räume in des Reiches anziehungskräftigsten und leicht zu entwickelnden Geländen zu füllen.“

Das ist in der Tat der Kern der Auseinandersetzung. Zwei andere Strohhalme deuten möglicherweise ebenfalls an, wohin künftige Strömungen im Pazifik treiben: die erfolgreiche Ablehnung durch die japanische Marine des Gedankens, die Südseeherrschaft mit dem Generalgouvernement von Formosa zu vereinigen [was eine ausgesprochen defensive Maßregel gewesen wäre], und das Abschlagen des Sturms auf das Arbeitsfeld des Überseeministeriums. Seine Leistung war offenbar im Laufe der von Hirota beabsichtigten Kolonialverwaltungsreformen angefochten worden, die auf Förderung der „Südwärtpolitik“ hinauslaufen sollten (Asahi).

Nach Aufhebung des Überseeministeriums sollten die Generalgouverneure von Korea, Formosa und der Südsee unmittelbar unter dem Ministerpräsidenten stehen, dem ein Kolonialbüro einzurichten wäre, so daß vier allzu selbständige Prokonsulate auf einmal unter dessen Hut verschwänden und eine Einheitlichkeit der Kolonialpolitik gewährleistet bliebe (die offenbar gegenwärtig zu wünschen übrig läßt) (Nippon Dempo). Also vermehrte Straffung!

Umgekehrt erklärt William Phillips, Roosevelts Unterstaatssekretär, dem der

Ferne Osten besonders untersteht, „er habe kein Interesse, die fernöstlichen Völker auf ihrem Wege zu gerechten Lösungen ihrer Probleme durch Hindernisse zu hemmen“ („Transpacific“, 30. 4. 1936, S. 3).

Aus diesem und ähnlichem werden diese Völker natürlich ihre Folgen ziehen. In der gleichen Nummer des „Transpacific“ steht ein langes und breites auf S. 4 über „Germany's Claim to Colonies“. Darin wird allerdings nüchtern für die japanischen Südseemandate gesagt, Japan würde auf eine Forderung danach erwidern müssen: „Kommt und holt sie“ — wozu nach beiderseitiger Einsicht die Mittel fehlen. Dann aber folgt eine nicht mißzuverstehende Abstufung der Großräuber von Versailles nach bei der Beraubung davongetragenen Quadratmeilen, Quadratkilometern und Menschenmillionen, wobei die Westmächte und ihr Gefolge schlecht abschneiden, Japan gut. Inzwischen wächst Japans Volksdruck etwas langsamer, aber zwingend, im letzten Jahrfünft um 4,8 Millionen, mit einem Jahresdurchschnitt von 960 829, mit einer von 24% auf 32,7 gesteigerten Großstadtbevölkerung von 22 666 307 Köpfen: des Auspuffs bedürftiger als je zuvor.

Den Verstädterungszug in Japan — („The cityward movement in Japan“) — untersucht in der höchst beachtenswerten Zeitschrift: „Cultural Nippon“ (März 1936; Bd. IV, Nr. 1) Michiji Ishikawa. Er geht mit Recht von der alten ländlichen Entwicklung aus, die in ihrer Gruppenverantwortlichkeit etwas Großartiges, aber nur in der Abgeschlossenheit Alt-Japans Verankertes war, und ist sich über die schwankenden Begriffe im Stadt-Land-Gegensatz mit ihrer breiten Übergangszone zwischen landverwurzeltem und verstädtertem Leben klar. Die Beweggründe des Zuges zur Stadt erinnern im Japan von heute lebhaft an die des „Zuges nach Westen“ im zweiten Deutschen Reich. Japan zeigt nach den soziologisch wie völkerpsychologisch sehr feinen und im wesentlichen richtigen Schlüssen Ishikawas heute noch einen bei uns mit dem Weltkrieg abgebrochenen Zustand der Volksseelenstimmung (Mentalität) wie der bevölkerungspolitischen Bewegungsvucht (Dynamik) gegenüber der Stadt, im besonderen der Großstadt. Aber seine Arbeit ist für Nichtjapaner schwer verwertbar, weil ihr eine städtegeographische Unterlage und einige Vergleichskarten des Verstädterungstempos in Japan fehlen, die dem Verfasser gewiß bei seinen Folgerungen zugrunde lagen.

Denn es ist gerade in Japan schwer, eine genaue Aussage über den Verstädterungsgrad zu machen, über den die Angaben zwischen 32,7% (1926) und einer schwankenden Höchstzahl zwischen 47 und 57% (Anfang 1930) liegen, also weit über den beiden andern großstädtischen Altkulturländern China mit etwa 20% der Indien mit etwa 11% Verstädterung und nahe an dem sonst weit untersiedelten Neuseeland mit 51%. Dabei feiert aber Japan — nach den Hoffnungen des Landes zugleich mit der Olympiade — 1940 das zweitausendsechshundertjährige Reich unter derselben Dynastie; Neuseeland zwei Jahre später erst das dreihundertjährige Jubiläum seiner Entdeckung durch Tasman und 1940 erst das

hundertjährige der Erklärung zur Kolonie und des Betrugs der Maori um ihr Land; eine Kürze der Dauer, die nicht eine ungesunde Entwicklung der Verstädterung, der Landflucht und einen fröhlichen Imperialismus hinderte, der u. a. mit 84 000 Mann in Europa eingriff. Darum haben wir die interessante bevölkerungspolitische Spannung an den Anfang dieses Berichts gestellt.

Aber der Auftakt ist nur die Einleitung zu viel größeren Volksdruck- und Raumproblemen, die sich uns entgegentürmen, sobald wir die eigentlichen Inselstaaten des indopazifischen Bereichs landeinwärts verlassen. Voraussetzung für ihre vergleichende Beherrschung wären freilich für alle beteiligten Randräume Untersuchungen, wie die von Dr. Friedrich Freise, Rio de Janeiro, über „Brasiliens Bevölkerungskapazität“ (Petermanns Mittlg.; Justus Perthes, 5. Heft, 1936, S. 143 bis 147). Sie ist neben Dr. E. Weidners: „Die Urstämme des Nordostdekan.“ Eine Studie über die Zusammenhänge zwischen Rasse, Raum und Kultur“ des gleichen Hefts ein dankenswerter fördernder Beitrag des berühmten geographischen „Weltmoniteurs“ zu notwendigen Grundlagen der Geopolitik. Denn angesichts der eben erwähnten Volksdruckspannungen werden unsere Leser mit Freude aus Dr. Freises nüchterner, sachlicher Rechnung entnehmen, daß Brasilien einer der größten Raumreserven der Menschheit, an sich noch Nahrungsspielraum für mindestens rund 430 Millionen bietet, auch wenn man u. a. die seit 200 Jahren im Raubbau verwüsteten Quadratkilometer abzieht (mehr als ein Fünftel des ganzen deutschen Reichsbodens!).

Vom indopazifischen Standpunkt aber gibt am meisten die Bemerkung auf S. 144 zu denken: „Eher läge nahe, des Japaners zu gedenken, der schon heute im Lande nur der Ausbeute von 0,27—0,32 ha bedarf — (wo der weiße Siedler 1,2 ha für den Kopf braucht!) — um eine dem Europäer überraschend hohe Lebensführung zu haben; zwar sind erst 0,45 Millionen Japaner im Lande, doch ist zu bedenken, daß der jährliche Zuwachs bei ihnen 6,4% beträgt, gegenüber 2,94% (für 1900—1920 aus der Statistik entnommen) für die brasilische Gesamtbevölkerung“ (bei zurücksinkender Leistungssumme der eingewanderten deutschen Bauerngeschlechter, in 13% der Fälle fortschreitend, 58% konstant, 29% zurückgehend! S. 147).

Das ist die „gelbe Gefahr“, deren Überwindung mit Mehrleistung bei den Gefährdeten beginnen mußte. Anders ist sie nicht zu bannen: nicht in Brasilien und nicht in Neuseeland und allen andern indopazifischen Randgebieten in Kolonialzuständen mit ungepflegten, menschenleeren Räumen.

Mit Recht beginnt deshalb Italien seine Erschließungsarbeit in Äthiopien mit wohldurchdachter Organisation der Räume in fünf Gouvernements und einem Hauptstadtkreis mit 60 Kilometern Radius, teils im alten, nur verrotteten Kulturland bereits geschichtlich erprobte Zentralen wählend, wie Gondar und Harrar, teils neue Emporien.

Vorbild des immerhin möglichen Auf und Nieder in den Schicksalen solcher Strahlungs- und Machtanklammerungsstellen bleibt die größte orts- und raumfremde unter ihnen im heutigen Erdenrund: Shanghai!

Ein Redekampf zwischen den „Oriental Affairs“ und „The People's Tribune“ (Shanghai, Bd. XIII, 16. 5. 1936, S. 216: „The coming war in Asia: Safety first!“) gibt darin wertvolle Aufschlüsse, verrät vor allem, wie sehr man sich an Ort und Stelle darüber klar ist, „daß die geradezu wunderbare Unberührbarkeit eines Teils von Shanghai in den Schreckenstagen von 1932“ ohne besonderen Schutz, etwa einer gewährleisteten Neutralität — sich nicht wiederholen werde.

Dabei wird die Behauptung von Dr. Shinobu — (der 1932 Rechtsberater der japanischen Flotte war!) — beleuchtet, „daß keine Rechtsgrundlage für den Anspruch bestehe, daß die Fremdenniederlassung Neutralität bei einem Zusammenstoß zwischen China und einer auswärtigen Macht genieße“. Am wenigsten dürfte diesen Anspruch gegenüber dem von Moskau gebaßten Angelpunkt des Kapitalismus in China eine von den Komintern geleitete Macht beachten. Wir wollen gewiß die Träume der „People's Tribune“ (S. 218) nicht stören. Aber wir Deutschen haben in unserer mehrtausendjährigen Geschichte nie erlebt, daß uns das umwohnende Ausland zufrieden ließ, wenn wir inneres Durcheinander entfesselten, am wenigsten, wenn wir die dort so beklagte „mühsame Arbeit der Aufrichtung einer brauchbaren destruktiven Kriegsmaschine“ unterließen. Der früher dort so hoch eingeschätzte Schutz des Völkerbundes wird nach den Erfahrungen mit der Mandschurei und Äthiopien nicht mehr so hoch wie ehemals bewertet („China and the League of Nations.“ Ebenda, S. 220 ff.). Welches Unheil man aus den reinsten Beweggründen über ein so dicht bevölkertes Land wie China bringen kann, zeigt das im gleichen Heft enthaltene Lebensbild von Wang-An-Shih.

Der Staatsphilosoph und Reichskanzler (1069—1085) Wang-An-Shih (1021 bis 1086) war eine der großen tragischen Sozialreformergestalten, die bei reinstem Wollen durch seine schon von 1069—1085 hart umstrittene, von 1086 bis 1093 wieder aufgehobene, dann wiederhergestellte und erst 1127 endgültig verlassene Reformen (darunter staatliche Getreidebewirtschaftung, staatlich geregelte Warenpreise, Geldsteuerdruck, Beamteninflation) eine schwere politische Krise über China heraufführte, die mit der ersten allgemeinen Fremdherrschaft über China endete.

Liest man aber zwei Seiten weiter im gleichen 4. Heft von „People's Tribune“ (S. 249) den Offenen Brief von Junius Sinicus an Marschall Pétain und seine Feuerkreuzler (der einige der Phrasengerichte von Rousseau und Robert de Laménais neu auftischt, die an europäischen Tafeln längst abgetragen sind), oder „China and the League of Nations“, oder „Political Factors behind the Franco-Soviet Pact“, so erkennt man, wie sehr bei den ungeheuren Schwankungen der

Volksseelenstimmung das erneuerte Riesenland in Gefahr ist, in hemmungslose Entwicklungen fortgerissen zu werden.

Anders sieht sich seine Lage von der Südregierung in Kanton, vom neuerdings wieder einmal selbständig erklärten Fukien aus, von der vielbedrängten Zentrale in Nanking her, als von dem Babel Shanghai, das sich noch im Ernst einbildet, auf die Dauer außerhalb einer wirklichen Fernostkatastrophe gehalten werden zu können, wenn sie in Gestalt eines chinesisch-japanisch-russischen Zusammenstoßes mit Einmischung der Seemächte einträte. Anders sieht die Gefahr der halb verschluckte, einst staatsgestaltende Norden. Je verstiegener die jungchinesische Ideologie wird, je mehr sie Grundbegriffe der Machtbildung leugnet, um so schwieriger ist es einfach aus geopolitischen Gründen, den Volkskörper in seinem weiten Lebensraum ohne schärfste Mittel zu einheitlicher Wirkung zu bringen. Wie könnte Marschall Chiang-Kai-shek einer so geschlossenen Macht wie Japan Widerstand leisten, wenn ihm die eigene Partei beständig in den Rücken fällt?

Den gleichen Dienst, die an sich schon großen geopolitischen Schwierigkeiten in Indien der Zusammenfassung des weiten Raumes und seiner mehr als 353 Millionen noch obendrein durch ideologische Spannungen zu steigern, leisten dem neuen britischen Vizekönig Lord Linlithgow die indischen Radikalen und die bei seiner Rückkehr von geringen Erfolgen durch den scheidenden Vizekönig Lord Willingdon betonte „drohende Sprache“ der Presse wie der Kongreßpartei („Times“, 23. 5. 1936).

Dabei hat natürlich die Beobachtung des italienischen Vorgehens in Äthiopien ebenfalls herbe indische Kritik herausgefordert. „Es wird wohl kaum einen Inder geben, der nicht tiefbewegt durch das Schicksal Abessinienens wäre“, so beginnt „Amrita Bazar Patrika“ den Aufsatz zu dem von Jawaharlal Nehru angeregten „Abyssinia Day“ (9. 5. 1936), der ein weitgehendes Maß von harter Sprache für Italien und Völkerbund bringt. Kein Wunder, wenn der italienische Generalkonsul dem Kongreßpräsidenten sein Urteil über die „brutale Macht des faschistischen Imperialismus“ übelnahm. Aber in Jawaharlal Nehrus höchst lesenswerter Selbstbiographie, in seinem neu ins Bengali übersetzten Buch: „Whiter India“ (Bharat kon pathe) („Wohin, Indien?“) kommt der wilde Schmerz des anfeuernden und leidenden Vaterlandsfreundes so erschütternd zum Ausdruck, daß eben nicht nur die Fremdgewalt der britischen Rasse, sondern auch andere es zu spüren bekommen, wenn sie sich den Hochzielen der Selbstbestimmung entgegenstellen, wie der Inder sie versteht und anstrebt.

Freilich kommt die „non violence“ im Sinne Gandhis schlecht weg; und der Gandhi von heute muß sich den Gandhi von 1920 vorhalten lassen: „Ich glaube, wenn es nur eine Wahl gibt zwischen Feigheit und Gewalt, müßte ich zur Gewalt raten... lieber würde ich Indien zu den Waffen greifen sehen, um seine Ehre zu verteidigen, als daß es feige ein hilfloses Opfer seiner eigenen Unehre werden

oder bleiben sollte... aber ich glaube, daß Nichtwiderstand der Gewalt unendlich überlegen ist, und Vergeben männlicher als Strafe.“ Der Nachsatz wird eben doch von vielen Briten und Indern mehr als „reservatio“ empfunden: namentlich angesichts des Hilferufs aus Adis Abeba: „Wenn die Freiheit eines farbigen Volks auf dem Spiel steht, wird keine weiße Macht einen Finger rühren.“

Eine Folge davon ist der Gedanke eines Völkerbundes nur der Ostvölker, wie ihn schon im November 1929 der „Indische Frauenverband“ in die Welt gesandt hatte —, aber auch die Kooperation entweder mit Japan oder den, allerdings in ihrer Eigenschaft als Völkerbundsmitglied damit in eine Zwickmühle kommenden Sowjetbünden.

Der allasiatische Frauentag zu Lahore im Januar 1931, dem Vertreterinnen von acht asiatischen Völkern in einem mehr als 2000 Personen umfassenden Kreise anwohnten, war ein weiterer Schritt auf das freilich utopische Ziel der Vereinigten Staaten von Asien zu, dem immerhin der vorderasiatische Bund präluziert. Es wurde in Benares und im Mai 1934 in Colombo weiter verfolgt. Die geistigen Kräfte waren also wach, um auch das Los Äthiopiens zu verwerten, die Propagandagedanken von Sj. Subhas Chandra Bose und Dr. Sen Gupta in Europa aufzunehmen, das Auseinandertriften Chinas und Japans mit Sorge zu verfolgen, wenn möglich zu hindern, auch den ägyptischen Freiheitskampf zu fördern. (Lebensbild König Fuads in der indischen Presse.)

Okakura Kakuzo, „Ideals of the East“, Paul Richards „The spirit of Asia“, J. H. Cousins „The cultural unity of Asia“ (Adyar, Madras) wurden dabei a. als Propagandaschrifttum hohen Ranges verbreitet.

„China — the Amphitheatre of world-powers“ — ein Urbericht an „Amrita Bazar Patrika“ (27. 4. 1936) eines sichtlich gut unterrichteten Kobe-Korrespondenten — gibt ein gutes Bild der Aufmerksamkeit, mit der die südliche Hälfte der Monsunländer die nördliche beobachtet. „China ist ein Land, wo die Riesen der Erde in grimmigem Schweigen ihre Schlacht schlagen: Japan, Rußland, Großbritannien, Frankreich und die USA. Gleichviel, wer den Kampf gewinnt, das Los des No-Man's-Landes zwischen ihnen ist besiegelt.“ Dann folgt eine packende Schilderung der Folgen des Versinkens im Niemandsland und derer, die darum kämpfen, mit scharfem Blick für die Schwächen des Britenreiches, „das aber noch lange nicht ausgespielt habe“. Japan und Rußland „pause and ponder“ (warten und wägen). Auch wird

Einstweilen jedenfalls bauen beide im Fernen Osten ein gewaltiges Wehrverkehrsnetz aus, das bei den Russen, wenn uns die sorgfältige Beobachtung ihrer Fortschritte nicht trügt, seit dem Beginn der erneuten Fernostspannung mehr als 10000 Kilometer wehrnutzbarer Bahlänge mehr betragen dürfte; bei den Japanern, falls es benutzbar bleibt, durch das nordchinesische Netz verstärkt wird, das freilich sehr anfällig gegen Vorkriegsstörungen ist, wie die jüngsten Vorgänge bei Tientsin, ältere in der Gegend von Shanhaikwan beweisen.

Der Kampf zwischen Schiene und Straße, auch Europa wohl vertraut und in Nordamerika Anlaß zu schweren Stürzen der Eisenbahnrente, zieht auch in Indien seine Kreise („Times“, 23. 5. 1936: „Road versus rail in India“). „Wenn die Hauptleistung der Eisenbahnen nur mehr auf Kohle und schwere Erze beschränkt würde, dann müßte — bei uneingeschränktem Wettbewerb der Straße — eine Lage eintreten, wo die indischen Eisenbahnen eine ständige Last der öffentlichen Ausgaben würden.“ So Sir Guthrie Russell, der Chef des indischen Eisenbahnwesens, in Bombay, der als Lockvogel eine wahrhaft nötige Verbesserung der Wagen III. Klasse verhiess, in denen die farbigen Fahrgäste geraume Zeit wie Heringe im Faß oder die Tierproben in der Arche Noah verpackt waren. Auch das indische Bahnnetz ist — bei aller Großzügigkeit seiner ursprünglichen Anlage durch Lord Dalhousie — vom Daseinskampf seiner europäischen und amerikanischen Schwestereinrichtungen gegen die neu belebte Landstraße nicht verschont geblieben. Das ist wehrgeopolitisch um so gefährlicher, als die Schienen vor und neben den Flugstreitkräften die wichtigste Fessel zur Niederhaltung des weiten Raumes waren, und als die Ereignisse 1935/36 zwischen Rotem Meer und Niltal jedem denkenden Briten die Weissagung des sterbenden Palmerston erst recht aufklingen ließ: der Suezkanal werde England in Kontinentalverwicklungen hineinziehen, denen es auf die Dauer mit seiner ozeanischen Eigenart nicht gewachsen sein werde. Äthiopien war der Auftakt dazu. Ägypten, Indien und Palästina sind Folgeerscheinungen; Groß-Arabien folgt, vielleicht ein mit ihm paktierendes Imperium Neo-Romanum.

Dann wird die Prestigefrage von heute schnell eine Frage des Daseins von morgen.

FRANZ SPRINGER:

Rundfunk und Geopolitik I

Schon der erste Versuch, geopolitische Erkenntnisse und rundfunkpolitische Erwägungen und Forderungen vergleichend auszuwerten, ja der Wert einer vergleichenden Darstellung überhaupt, findet sogleich seine Problematik in dem völlig neuen Wesen des technischen und geistigen Phänomens „Rundfunk“. Denn mehr als jede andere technische Erfindung unseres Jahrhunderts ist der Rundfunk zum Überwinder von Raum und Zeit geworden, und der elementare Gegensatz seiner Natur zu einer systematischen Betrachtungsweise über den Einfluß des Raumes auf den Ablauf geschichtlichen Geschehens der Geopolitik, macht sogleich die Pflicht zur begrenzenden Definition erkennbar.

Wollte man in Übersteigerung geopolitischer Gedankengänge der Auffassung sein, daß der innere Sinn der Geopolitik in der voraussetzungslosen Anerkennung einer über den Menschen und seinen Gestaltungswillen hinausgehenden „Raum-

„dynamik“ zu erblicken ist, so würde von dieser trügerischen Absolutierung wissenschaftlicher Teilerkenntnis kein Weg zum Begreifen jener geistig gebundenen Raumgewalt des Rundfunks führen.

Der Rundfunk ist so recht ein Beispiel dafür, daß alle Materie in die Hand des Menschen gelegt ist, damit er sie forme nach seinem Willen und seiner Schöpferkraft, um so erst Würde und Wert seiner geistigen Natur zur Erscheinung zu bringen. Es wohnt der Welt des Sinnlich-Wahrnehmbaren, der Materie in allen ihren Erscheinungsformen kein Gesetz inne, das als gestaltende Kraft über den schöpferischen Willensentscheid des Menschen hinausginge. Der Mensch ist kein Gefangener des Raumes, er wird vielmehr diese Umwelt, diesen „Raum“, dem Drange und der Eigenart seiner rassischen Natur folgend in ganz spezifischen Formen seinen Bedürfnissen anpassen, auswerten und beherrschen. Das Verhältnis von Mensch und Raum regelt sich also grundsätzlich vom Menschen her und hier wiederum vom Menschen als Repräsentanten seiner Rasse, seines Volkes. Der rassische Wert des Volkes bestimmt das Abhängigkeits- oder Herrschaftsverhältnis zum geographischen Lebensraum, ja die Beherrschung des Raumes, d. h. die Schaffung einer reibungslosen Raumnutzung und Raumordnung als natürliche Komponente zur Geschlossenheit des Volkes in seiner rassischen Natur, bedingt jene in das tiefste Wesen des Menschen hinabreichende innere Einheit von Blut und Boden, die wir endlich wieder als unerläßliche Voraussetzung unseres völkischen Lebens erkannt und zur Geltung gebracht haben.

Wie innig sich Mensch und Raum einander verbinden können, drückt unser Wort „Heimat“ aus. In ihm vereinigen sich Blut und Boden in einer unerschöpflichen Begriffsbildung; es ist die in keine andere Sprache übersetzbare Sinn- und Wortprägung des führenden Kulturvolkes der Erde für eines der tiefsten Geheimnisse seiner völkischen Existenz. Deutschland ist unserer Rasse durch jahrtausendelangen Kampf viel mehr als bloßer geographischer Lebensraum geworden. Im Kampfe mit der Natur und durch die Verteidigung seines Bodens verband sich der deutsche Mensch mit seinem Lande zu jener geheimnisvollen Einheit — Deutschland. Es bedurfte zahlloser Kämpfe, bis unserer Zeit das Glück wurde, zu erleben, wie unter Adolf Hitler dem Drängen des gemeinsamen Blutes endlich Erfüllung wurde durch ein geeintes Deutschland. Nun ist Deutschland ein Raum und in ihm ein Volk, geführt von einem selbstgewählten Führer.

Zu dieser zunächst im politischen Machtkampf erreichten Einheit, zur deutschen Volksgemeinschaft im freien Deutschland muß nun jede Erwägung und Planung hingeordnet werden, wenn ihr Wert zugesprochen werden soll. Auch der vom Nationalsozialismus erneuerte und dem obersten Gesetz der Volksgemeinschaft untergeordnete deutsche Rundfunk dient dieser neuen deutschen Einheit von Volk und Raum. Ja der Rundfunk verband sich der Idee des Nationalsozialismus in so vollkommener Weise, daß er zum hervorragenden Träger und Gestalter der

nationalsozialistischen Weltanschauung geworden ist. Diese Bedeutung des Rundfunks für unser gesamtes kulturelles und politisches Leben ist durch den geschichtlich einmaligen Vorgang bedingt, daß einer umfassenden Idee das umfassendste Instrument zu seiner Verkündung zur Verfügung stand. Diese Tatsache legt auch klar, warum der Rundfunk der Systemzeit trotz der unerhörten Modernität seiner Erscheinung nicht nur unausgenutzt bleiben mußte, sondern sogar am Hörerschwund bis zum Jahr 1933 gesehen, an Bedeutung verlieren mußte. Der Systemrundfunk als gefügiges Werkzeug jeder gerade an der Macht befindlichen politischen Partei oder Kräftegruppe, sah Deutschland natürlich verkörpert in seinen Ländern und Parteien, und die Rundfunkorganisation und das Rundfunkprogramm wurden ein Sammelsurium von „Interessenvertretungen“. Das willige Instrument der Technik blieb in seinem eigentlichen Wert unerkannt und mußte, nach gemeinschaftsfeindlichen Zielen eingesetzt, zum maßgeblichen Träger der Zersetzung unseres Volkes werden. Aber auch dieser Rundfunk wandte sich — technisch gesehen — an das gesamte Volk, er nahm in seiner Wirkungsweise gewissermaßen die heute bestehende Einheit vorweg und verkehrte den Segen dieser grandiosen Erfindung in sein Gegenteil. An jeden seiner Hörer trug er heran den Haß und die Zwiespältigkeit des Klassengeistes. Ohne selbst den Mut zu haben, sich einer Richtung zu verschreiben, potenzierte er in fürchterlicher Weise die Verwirrung der Geister; was Parteigeist vom Rundfunk forderte und was durch den Rundfunk an „Berücksichtigung berechtigter Interessen“ geschah, mußte letzten Endes den Zwiespalt im Volk vertiefen und das Instrument Rundfunk, das nur einem Willen und einer zentralen Idee gehorcht, im positiven Sinne unfruchtbar machen. Eine furchtbare Verkettung von Irrtümern, hervorgerufen durch die gemeinschaftsfeindliche Orientierung und Leitung aller Volkskräfte, verkehrte alle Begriffe und machte sogar jeden an sich gesunden Gedanken für die Praxis unmöglich. Der Nationalsozialismus mußte den Griff nach der uneingeschränkten Macht tun, um diesem Spuk ein Ende zu bereiten, und wenn er heute zur politischen Kräfteformel des gesamten Volkes geworden ist, dessen Wille zum Leben und zur Erneuerung des Daseins in ihm seinen geschichtlichen Ausdruck erfahren hat, so ist diese Entwicklung undenkbar ohne die Initiative der politischen Rundfunkführung und den von ihr geleiteten zielbewußten Einsatz des Rundfunks. Der Rundfunk ist ein Beweis dafür, daß ein zunächst rein technisch gesehenes Instrument nur dann zur vollen Wirkung gebracht werden kann, wenn dieses Instrument wertvollste geistige Kräfte und Güter belebend erfüllen, Kräfte und Güter, die auf Grund ihres Wertes einen Anspruch darauf haben, daß die durch die Technik gebändigten Naturkräfte in ihren Dienst gestellt werden. Bei einer fast täglichen Situationsverschiebung in einem wankenden Staatsgefüge, konnte der Rundfunk keine allgemeingültigen Maßstäbe finden und kam darum an den eigentlichen Lebensraum des Volkes nicht heran, erstarrte in Experimenten und

Parteidienst und blieb ohne jede Tiefenwirkung. Dieser seinem Wesen nach keiner Gruppe und keinem Stand verpflichtete Rundfunk ist durch den Nationalsozialismus zum Dienst an der Volksgesamtheit umgebildet worden. Er braucht nicht mehr wie in vergangenen Jahren den verschiedensten Strömungen Raum zu geben, und in infruchtbarer Neutralität verharren, sondern er zeigt heute die verschiedenartigen Erscheinungsformen einer Strömung. Seine Allgegenwärtigkeit sowie die Vielfalt einer Formen und Ausdrucksmöglichkeiten, die Schnelligkeit und räumliche Unbegrenztheit der Übermittlung machen ihn zum wirkungsvollsten Träger der Gemeinschaftsidee des Nationalsozialismus und zum aktiven Mittler zwischen Führung und Volk. Dieser Rundfunk ist ein politischer Rundfunk, aber nicht im Sinne der überwundenen Parteienwelt. Alle Fragestellungen, die sich aus dem Zusammenleben der vielfältigen Elemente unseres Volkes ergeben, werden heute grundsätzlich daraufhin behandelt, ob sie Raum und Standort haben in der Volksgemeinschaft, deren Idee und Führung der Nationalsozialismus ist. So schwindet der Begriff des Unpolitischen und es bleibt zurück die einzige politische Wertigkeit, das Volk und die von seinem Gesamtinteresse ausgehende Wertung der politischen Wesentlichkeit. In diesem Sinne ist der deutsche Rundfunk politisch. Seine Rolle ist die der geistigen Führung der Nation, er spricht in Klarheit aus, was Unzählige bewegt, er ist das Spiegelbild des kulturellen und politischen Lebens, er strahlt in den Raum hinaus die Zeugnisse deutschen Lebens, er ist ein Aufrufer und Wegweiser, dessen Einfluß, Macht und schöpferische Kraft gebunden ist an seinen inneren Auftrag, Repräsentant und Kündler der deutschen Volksgemeinschaft zu sein.

Es ist nun auch klar, daß die universelle Raumwirkung des Rundfunks an den völkischen Raum gebunden bleibt. Die Einheit des völkischen Raumes, die Geschlossenheit des Volkes im Geistigen und Räumlichen ist der Wirkungskoeffizient des Rundfunks. Die politische Idee als Trägerin des Volkswillens ist die höchste Norm jeder Rundfunkarbeit. Diese Rolle des Rundfunks hat im nationalsozialistischen Rundfunkrecht zu der rechtpolitischen Erkenntnis geführt, daß der Rundfunk jeglichen Staates Ausdruck der diesem Staate immanenten politischen Idee ist. Denn die politische Idee formt auch das Kulturleben und damit den Rundfunk als einen bedeutenden Zweig des Kulturlebens. Gerade dort aber, wo die Beziehung der Kultur zur politischen Idee geleugnet wird, vor allem in den liberalen Staaten, besteht diese in Wirklichkeit. Das ganzheitliche Denken des Nationalsozialismus hat die Erkenntnis durchgesetzt, daß die willkürliche Aufspaltung des völkischen Lebens in politische und unpolitische Räume zutiefst eine politische Entscheidung darstellt, gesehen an der einzigen politischen Wertigkeit des Volksganzen. Mag die Beziehung der politischen Idee des Volkes zu einzelnen Kulturinstitutionen, wie Theater, Film, Presse, Musik u. a. weniger deutlich erkennbar sein, so ist die Beziehung zwischen Volk oder Staat und Rundfunk besonders

deutlich. Wieder führt die Begründung hierfür von einer technischen Erscheinung zum Politischen. Die Zahl der einem Staat zur Verfügung stehenden Sender ist durch die wegen der Vermeidung von Überlagerungserscheinungen nur geringe Anzahl von verwendungsfähigen Wellen notwendig beschränkt. Die Wellenverteilung ist zwischen den einzelnen Staaten auf internationalen Konferenzen vereinbart worden. Der Staat muß also einmal für die Verteilung der ihm zugewiesenen Wellen und damit der Rundfunksender Sorge tragen. Diese staatliche Einwirkung scheint zunächst jenseits einer politischen Entscheidung zu stehen und aus der technischen Natur der Sache zu folgen. In Wirklichkeit aber greift der Rundfunk tief in das politische Leben aller Staaten ein, indem er durch die technische Begrenzung der Senderzahl die Möglichkeit einer liberalen freien Konkurrenz, wie sie bei sämtlichen übrigen Kulturinstitutionen gegeben erscheint, ausschaltet. Die überragende Rolle des Rundfunks ferner als Instrument der öffentlichen Meinungsbildung und seine nicht an Landesgrenzen gebundene zwischenstaatliche Wirkung tritt zu dem technischen Zwang der staatlichen Einwirkung noch hinzu und nötigt z. B. im liberalen Staat zu Vorschriften über die „Unparteilichkeit“ des Rundfunks, eine Entscheidung, die wir als im höchsten Grade politisch bezeichnet haben. Diese zunächst in seiner technischen Natur gegebene totale Wirkung des Rundfunks schließt also die Herstellung der liberalen „Harmonie“ durch die freie Konkurrenz im Kulturleben aus und bildet den Grund für die Tatsache, daß der Rundfunk die Beziehung von Staat und Kultur so entscheidend erkenntlich macht und zu einem ergiebigen Problemfall liberaler Kulturpolitik geworden ist. Die von der nationalsozialistischen Rundfunkführung tatkräftig geförderte rundfunkrechtliche Forschung hat die oben dargelegten Zusammenhänge zum Gegenstand eingehender Untersuchung gemacht, die nicht nur den Beweis für die Richtigkeit der deutschen Rundfunkpolitik erbracht haben, sondern darüber hinaus wertvollste Einblicke in die Kulturpolitik der Großmächte geben, denn die Rundfunkentwicklung in den einzelnen Ländern verzeichnet mit geradezu seismographischer Treue die Rolle des Politischen im Staatsleben, bzw. die Entwicklung der Staatsidee.

Dieser im Wesen des Rundfunks bedingte Zwang zur legislativen Manifestierung der Grundsätze staatlicher Kulturpolitik erzeugt in der Rundfunkgesetzgebung aller Länder die gleichen Entwicklungssymptome; mit Recht bezeichnet darum der Präsident der Reichsrundfunkkammer, Dreßler-André, den Rundfunk als „Repräsentation einer Nation vor der gesamten Weltöffentlichkeit“. Wie immer auch der Rundfunk eines Landes geartet sein mag, er ist das Spiegelbild seiner Kultur im Sinne der politischen Staatsidee. Wenn also auch für den deutschen Rundfunk feststeht, daß er die kulturelle Repräsentation des deutschen Lebensraumes in der Welt ist, und unsere Rolle als führendes Kulturvolk der Erde mit sich bringt, daß diesem Rundfunk nicht nur eine selbsttätige zwischen-

staatliche Wirkung innewohnt, sondern daß darüber hinaus ein überaus wichtiger internationaler Programmaustausch Weltringsendungen aller Rundfunksender herbeiführt, so erhellt daraus die nicht hoch genug einzuschätzende Bedeutung des politischen Instrumentes Rundfunk. Die geopolitisch überaus günstige Lage des deutschen Rundfunks in Europa und für unsere Kurzwellensender in der Welt erfordert, daß der Rundfunkentwicklung anderer Länder nicht nur ein vergleichendes, sondern auch, durch unsere Kulturpolitik gegenüber dem Auslande bedingt, auch ein kulturpolitisches Interesse entgegengebracht wird. Soweit geographische Erkenntnisse die Voraussetzung zur rechten Beurteilung anderer Länder bilden können, ist diese Hilfestellung durch die Geopolitik in hervorragender Weise gegeben und auch für die Zukunft gesichert. Die Geopolitik trifft vor allem das Verdienst, die geopolitischen Schachzüge imperialistischer Kolonialpolitik aufgedeckt und systematisiert zu haben, eine Erziehung zum außenpolitischen Denken, die sogleich bei der Beurteilung des Kolonialrundfunks Englands, Frankreichs, Hollands u. a. ihre Früchte trägt. Eine Fundgrube geopolitischer Grundzüge in der Rundfunkpolitik ist vor allem der Abessinienkonflikt gewesen und ist überhaupt die Rolle des italienischen Rundfunks bei allen Auseinandersetzungen im Mittelmeerraum. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß geopolitische Maßstäbe bei der Einordnung des Kolonialrundfunks der Länder überraschende Erfolge zeitigen, ein neuer Beweis dafür, daß der Imperialismus Wege geht, die ihm durch die Raumlage gegeben erscheinen. An den nationalen Rundfunk freilich lassen sich geopolitische Maßstäbe nur bedingt anlegen, was als ein Beweis für die eingangs aufgestellte Behauptung gelten mag, daß die Beherrschung des Raumes das Kennzeichen jeder Hochkultur ist. Der durch Jahrtausende kultivierte Lebensraum der europäischen Völker gestattet den Einsatz geopolitischer Gegebenheiten allenfalls in den bekannten „25%“, wobei hinzukommt, daß die Behandlung rundfunkpolitischer Fragen, als primär kultureller Fragen zur Geopolitik nur jene intime Beziehung hat, wie sie eingangs in der Erörterung der Rolle des Rundfunks als Reflektor deutschen Lebensraumes dargestellt wurde. Diesen zur Symbiose mit dem deutschen Menschen gewordenen Einfluß der Landschaft aber auf die Programmarbeit des Rundfunks zu untersuchen, ist eine überaus lohnende Aufgabe, die wegen ihrer notwendigen Breite und Materialfülle einer gesonderten Betrachtung vorbehalten bleiben soll. Ein wertvoller Beitrag zum weltpolitischen Denken wird es ferner sein, die rechtspolitischen und geopolitischen Bedingtheiten des ausländischen Rundfunks einer wertenden, d. h. von der nationalsozialistischen Weltanschauung als autoritärem politischem Prinzip ausgehenden Sichtung zu unterziehen.

(Fortsetzung im Augustheft.)

BRUNO RAUECKER:

Die geopolitische Bedingtheit der Sozialpolitik III

Während der russische Bolschewismus bei der Verwirklichung seiner Sozialordnung ausgegangen ist von einer abstrakten Staatstheorie, ist die Sozialordnung des italienischen Faschismus aufgebaut auf dem lebendigem Konkretum der Nation. Die Nation ist, wie es in Artikel I der Carta de lavoro heißt, „in dem faschistischen Staat als eine geistige, wirtschaftliche und politische Einheit verwirklicht, ... die höheren Wert besitzt ... als die einzelnen Personen oder Personenkreise, aus denen sie besteht“.

Damit ist die Richtung der faschistischen Sozialordnung in nuce bereits festgelegt: die Richtung auf den Staat. Zweierlei Mittel sind es, deren sich die Sozialpolitik des Faschismus hierbei bedient: der Sozialpolitik im alten Sinne des Wortes der Sozialversicherung, des Arbeiterschutzes, der Wohnungsfürsorge usw. und der Erziehung des italienischen Volkes zum ganzheitlichen Denken.

Die Betonung des nationalen Prinzips, der Bevölkerungspolitik, tritt in der Sozialpolitik alten Stils, vor allem in dem verstärkten Ausbau des Frauen- und Kinderschutzes zutage. Die Mutterschaftsversicherung, die früher nur für Arbeiterinnen der großen Industriebetriebe bestanden hatte, ist nach der Machtübernahme vom Faschismus auf alle Arbeiterinnen sowie auf den größten Teil der Handelsangestellten ausgedehnt worden. Die cassa di maternità sorgt ferner für eine verstärkte Hygiene im Betrieb, für Mutterschaftsberatung usw. Auch in der Arbeitslosenhilfe wird die Orientierung der faschistischen Sozialpolitik an dem Grundsatz vom Primats der Nation deutlich. Ihre Leistungen sind niedrig, ihre Zeitdauer begrenzt. Normalerweise erlischt sie nach 90 Tagen, in besonderen Fällen bei erhöhten Beiträgen nach 120 Tagen. Mussolini hat sich in seiner Neujahrsansprache 1931 ausdrücklich gegen die Arbeitslosenversicherung ausgesprochen, die nur gedacht sei als Maßnahme gegen die äußerste Not und die auch nicht den geringsten Anreiz bieten dürfte zur Arbeitsscheu, „dem größten Schädling der Nation“.

Staatspolitisch bedingt ist auch die Zurückhaltung des faschistischen Regimes gegenüber der Krankenversicherung. Die casse di mutuo soccorso, die freien Krankenkassen der Vorkriegszeit, standen unter sozialistischem Einfluß. Sie wurden deshalb nach der Machtergreifung sofort abgebaut. Ihr Umbau in staatliche Einrichtungen ist noch nicht vollzogen. Er soll im Rahmen der korporativen Neuordnung vor sich gehen, die die Gewähr für eine restlose Entpolitisierung des Kassenwesens bieten soll. Nur die Tuberkuloseversicherung ist heute von Staats wegen bereits durchgeführt worden.

Gründe der Staatsräson sind ferner auch für die Durchführung des Arbeitsnachweises maßgebend. Die öffentlichen Arbeitsnachweise sind angewiesen, vorzugsweise Angehörige der faschistischen Partei und Kriegsteilnehmer in Arbeit zu bringen und erst in zweiter Linie die übrigen Arbeitssuchenden. Nicht die fachliche Brauchbarkeit, sondern die staatspolitischen Verdienste und die allgemeine politische Zuverlässigkeit des Bewerbers entscheiden über die Reihenfolge der Vermittlung.

Das zweite Mittel, dessen sich der Faschismus zur Eingliederung der Massen in die Nation bedient, sind die Korporationen. Nach Artikel II der Carta del lavoro sind sie Träger des nationalen Produktionsprozesses, der ein „einheitliches Ganzes“ bildet und dessen Zwecke unterschiedlos dieselben sind: das Wohlergehen des einzelnen und die Förderung der Staatsmacht. Da die Interessen der Produktion nation-

ale Interessen sind, sind die Korporationen als Träger des Produktionsprozesses vom Gesetz als Staatsorgane anerkannt (Art. II der Carta). Ihre Aufgabe ist die Regulierung der Differenzen zwischen den angeschlossenen Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die Regelung des Lehrlingswesens, der Arbeitsvermittlung und die Organisation der Produktion. Sie sind somit je nach dem Nachdruck, der entweder auf dem produktionspolitischen oder sozialpolitischen Teil ihrer Tätigkeit liegt, jeweils staatskapitalistische bzw. staatssozialistische Einrichtungen. Ihre oberste Spitzenkörperschaft ist der nationale Rat der Korporationen, dessen Vorsitz der Duce führt, wodurch die Einheit der Staats- und Wirtschaftsführung in der Spitze symbolisch wie effektiv zum Ausdruck gebracht ist. Neuerdings hat der Faschismus die Bedeutung, die er den Ständen als Trägern des Staatsgedankens zuwies, noch durch die Vereinigung des Nationalrats der Korporationen mit dem politischen Parlament, einer bisher schon weitgehend ständischen Körperschaft, unterstrichen. Der Ständestaat ist nunmehr in Italien verwirklicht, d. h. Staatsordnung und Sozialordnung sind zur Deckung gebracht worden.

Betrachtet man nun unter dem Gesichtspunkt ihrer geopolitischen Bedingtheit auch die deutsche Sozialordnung der letzten 150 Jahre, so stellt man Folgendes fest:

1. Niemals ist das Individualprinzip in der deutschen Sozialordnung restlos verwirklicht gewesen. Die Sozialpolitik des Reiches und der deutschen Länder war in dieser Zeit stets mitbeeinflusst vom Sozialprinzip.

2. Die sozialpolitischen Einrichtungen haben dem deutschen Wesen bis herauf in unsere Tage jedoch niemals voll entsprochen. Während bei den westlichen Völkern die Sozialordnung mit der nationalen Idee im Laufe der Geschichte beinahe ganz zur Deckung gebracht werden konnte, ist es hierzu in Deutschland unter dem Einfluß besonderer innerer Hemmungen bis zum Umbruch nicht gekommen.

Welcher Art waren diese Hemmungen? Aufklärung, Neuhumanismus, Klassik, Romantik, die geistigen Strömungen in jener Zeitenwende, in der das soziale Problem zum ersten Male aktuell wurde, weil die Industrialisierung die breiten Massen der Industriearbeiter lebenslänglich in Not und Elend warf, haben sich mit den Fragen der materiellen Lebensordnung kaum befaßt. Ihr Drang ins Weite, ihre Unruhe in Gott, ihr Trieb zum Universalen verwies sie ins Jenseitige, ins rein Geistige, es mangelte ihnen die Realvision. So kam es zur Trennung von Volk und Geist. Die Volksordnung, die Sozialordnung, die Gesellschaftsordnung überließ man den Fürsten und ihren Organen, der Beamtenschaft und dem Militär.

Militärische Gründe, Erwägungen der Staatsform, waren es deshalb auch, die zum Erlaß der ersten deutschen Arbeitsschutzgesetze Anlaß gaben: Die Befürchtungen

des Militärbefehlshabers im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, die Rekrutierung könne unter dem Einfluß der gesundheitsschädlichen Fabrikarbeit Schaden leiden. Gründe der Staatsräson waren es weiterhin, die Bismarck zur Einführung der Sozialversicherung veranlaßten. Gründe der Staatsräson waren es schließlich, die zur kaiserlichen Botschaft von 1891 führten, die den späteren Ausbau der deutschen Arbeiterschutzesetzgebung eingeleitet hat. Der Staat und seine Wohlfahrt waren der Ausgangspunkt und das Ziel der gesamten deutschen Sozialpolitik im 19. Jahrhundert. Der Staat, nicht das Volk.

Diese Fixierung der Sozialpolitik auf den Staat ist begründet in zweierlei Ursachen: in der nach 1848 einsetzenden reaktionären Bewegung, in der nachdrücklichen Betonung der dynastischen Idee und in der staatsfeindlichen Haltung der unter marxistischen Einfluß geratenen Massen der deutschen Arbeiterschaft. Das Abstraktum Staat stand dem Abstraktum Klasse gegenüber. Im Kampfe zwischen beiden entwickelte sich eine vom Staate teils veranlaßte, teils erzwungene, von den Marxisten immer wieder in Frage gestellte Sozialordnung. Vom Naturwesen Volk und seinen Bedürfnissen war bei dieser Ordnung nicht die Rede.

Erst der Krieg beseitigte die Spannungen zwischen Staat und Volk. Erst in ihm kam die deutsche Nation zum Erlebnis ihrer Ganzheit. Die Klassenschränken fielen. Nun auch begann man nach neuen arteigenen Formen der Wirkungsgemeinschaft des Volkes in der Sozialordnung zu suchen.

Zum erstenmal fand man sie im Hilfsdienstgesetz vom Jahre 1916. Zum erstenmal wirkten sich hier die alten ständischen Gedanken der Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wieder aus. Im November 1918 kam es dann zur formellen Begründung der Zentralarbeitsgemeinschaft der deutschen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und ihrer Vereinbarung, wonach alle sozial- und wirtschaftspolitischen Probleme in Zukunft von den vertragschließenden Teilengemeinschaftlich erörtert werden sollten. Auf diesem Prinzip der Arbeitsgemeinschaft wurden dann nach Kriegsende die paritätischen Einrichtungen der Sozialpolitik aufgebaut: das Schlichtungswesen, der Arbeitsnachweis, die Arbeitsgerichte, das Tarifrecht. Allein der Form entsprach nicht der Geist. Der Selbstverwaltungsgedanke versagte. Der Staat sah sich gezwungen, die streitenden Parteien in zunehmendem Maße zueinander zu zwingen. Das Fortwuchern des liberalistischen Geistes und der marxistischen Ideen, die Aufrechterhaltung des Klassenkampfgedankens auf der einen, des Herrn-im-Hause-Standpunktes auf der anderen Seite, ließen es zu einer freiwilligen Ein- und Unterordnung der sozialen Parteien unter das Interesse des Staates nicht kommen. Auch fehlte es an einer Erziehung zum ganzheitlichen Schauen der Wirtschafts- und Staatsordnung: es fehlten die Stände.

Erst die Verwirklichung des ganzheitlichen Staates durch die nationale Revolution

hat den Weg frei gemacht zu dieser Erziehung, zu dieser Schau. Die Stände sind in der Bildung begriffen, die Deutsche Arbeitsfront bereitet den Geist vor, der ihr Wirken erfüllen soll. Die Stände sind die Teilganzen, in die von der beruflichen und wirtschaftlichen Seite her die Ganzheitssehnsucht nunmehr einströmen kann, die eines der wesentlichsten Merkmale des deutschen Volksgeistes ist. Damit ist die erste Voraussetzung geschaffen für die Auffüllung der neuen Sozialordnung mit wesentlich deutschem Geist und deutscher Art.

Auch ein zweites Merkmal des deutschen Geistes kann in der ständischen Ordnung zur Geltung kommen: die ewige Bewegtheit, das ununterbrochene Suchen nach dem jeweils Verhältnismäßigen. So wie der deutsche Mensch niemals am Ziel ist, so ist auch die ständische Ordnung nie am Ziel.

So wie nach Luther das Leben des einzelnen „nicht ein Wesen, sondern ein Werden, nicht eine Ruhe, sondern eine Übung“ ist, so ist auch das Leben der Stände nie eine Ruhe, sondern eine Übung. Ihr Werden, ihre Wirkung, ihre Form und ihre Aufgabe sind bestimmt von dem Lebensprozeß des Ganzen, dem sie dienen, des Volkes, das in immer neuer Entfaltung steht, wie Pflanze oder Tier. „Wir sind's noch nicht, wir werden's aber, es ist noch nicht getan und geschehen, es ist aber in Gang und Schwang.“ (Luther.)

Schließlich wird die ständische Ordnung noch einem dritten wesentlichen Zug des deutschen Volksgeistes entsprechen, dem Bedürfnis nach Mitverantwortung und Mitwirkung innerhalb artgleicher Gemeinschaften. Das alte germanische Prinzip der Genossenschaftlichkeit wird wieder zum Leben erwachen und in Wirkung gesetzt werden in beruflichen, wirtschaftlichen, kulturellen Gemeinschaftsgebilden. Dazu ist freilich nötig ein weitgehender Abbau des Staatscentralismus in der Sozialordnung, wie er bereits durch die Leipziger Vereinbarungen vom März v. J. zwischen dem Reichsarbeits- und dem Reichswirtschaftsminister sowie dem Leiter der Arbeitsfront, Dr. Ley, vorbereitet worden ist. Die Gliederung in kleinere, übersichtliche, persönliche Verbände wird eine persönlichere Gestaltung der Sozialversicherung, der Familienfürsorge, der Lohn- und Preispolitik ermöglichen, die heute noch von dem fernen und fremden Staat autoritär geregelt wird.

Freilich ist dem deutschen Wesen auch eigentümlich der Wunsch nach Konstruktionen und Systemen, nach dem Institutionellen, nach autoritärem Befehl. Der Grund hierfür ist zu suchen in seiner metaphysischen Orientierung, in dem Gerichtetsein des deutschen Volksgeistes auf das Ewige, das Statische, das Beständige. Der Grund hierfür ist weiterhin zu suchen in der geopolitischen Lage des Reiches als des mittleren Reiches im europäischen Kontinent. Beides hat von jeher das Verlangen des Deutschen nach Schutz, Sicherheit, nach einem unbedingten, von dem einzelnen unabhängigen feststehenden Halt hervorgerufen, nach dem Staat.

Für die Gestaltung der Sozialordnung besagt dies, daß dem Wesen des deutschen

Volksgeistes eine Mischung von autoritär-abstrakter und organisch-konkreter ständischer Ordnung entspricht. Es wird eine der wichtigsten, für die Gestaltung der deutschen Lebensordnung aus dem Volksbegriff absolut entscheidenden Aufgaben der nächsten Zukunft sein, das „richtige“, d. h. dem deutschen Wesen gemäße Verhältnis zwischen Staatsführung und sozialer Selbstverwaltung herzustellen.

Der Aufbau der Sozialordnung in diesem Sinne wird das wirksamste Mittel auch sein für die innere Festigung der Nation. Hierdurch erst wird der dauernde innere Frieden verbürgt, die Spannung beseitigt zwischen Volksgeist und Industriegesellschaft. Hierdurch erst wird die Geschlossenheit und Würde der Nation auch nach außen garantiert. Der alte Nationalismus der Bismarckschen Epoche war blind gegen die Bedingtheit der nationalen durch die soziale Ordnung, und umgekehrt. Der neue Nationalismus hat die Wechselwirkung zwischen beiden endlich erkannt. Er weiß, daß nur die Durchdringung der Sozialordnung mit wahren Volksgeist das deutsche Volk befähigen wird, in der Neuordnung der Welt die Rolle zu spielen, die ihm vorgezeichnet ist durch seine Lage im Herzen Europas. Er weiß, daß nur im Zusammenklang von Staat und Volk auf dem Wege über die Sozialordnung das deutsche Volk sich entfalten wird zur Nation.

WOLFGANG SCHEIBE:

Die Formkräfte der Landschaft IV

Gesamtgliederung des Aufsatzes:

- | | |
|---|--|
| 1. Gesamtschau. | 5. Die Kräfte der landschaftlichen Raumgliederung. |
| 2. Zur Entwicklung des geopolitischen Bewußtseins. | 6. Landschaft und Volkscharakter. |
| 3. Die Formkräfte des geschichtlichen Lebens. | 7. Der landschaftliche Hintergrund der Kultur. |
| 4. Die Grundzüge der landschaftlich-volklichen Lebenseinheit. | 8. Die erzieherische Bedeutung der Landschaftsverbundenheit. |

VI. Landschaft und Volkscharakter

Jedes Volk hat einen bestimmten einseitigen ihm eigenen Nationalcharakter. Dieser Charakter wandelt und entwickelt seine Form im Laufe der Geschichte und bleibt doch immer seinem ursprünglich angelegten Gesetz getreu. Die Charakteristik eines Volksgeistes, die den Lebenslauf seiner Entwicklung enthält, muß Bezug nehmen auf den Raum, in dem das Volk lebt. Wir haben in den bisherigen Teilen unserer Untersuchung die Beziehungen angedeutet, in denen die Einwirkung von Raum und Landschaft auf das äußere und innere Gepräge des Volkes sich vollzieht.

Wir sprechen von einer Einwirkung oder Beeinflussung, von Förderung, Verstärkung, wir sprechen von Lebensbedingungen und formenden Kräften der Landschaft; denn wir sind uns bewußt: keinesfalls bestimmt der Boden das Leben in der Weise, daß Volk, Nation oder Rasse durch den Raum „gemacht“ werden. Viel-

mehr stellt die Landschaft dem Menschen, der sie bewohnt, Aufgaben, die sein seelisches Leben, seinen wirtschaftlichen Alltag, seine völkische Aufgliederung und die Sicherung seines Gebietes betreffen können. Diese Aufgaben wirken auch auf die innere charakterliche Verfassung des Volkes ein, denn wir können bei ihm ebenso wie am Einzelmenschen feststellen, daß die Kräfte und Eigenschaften durch ihre Betätigung und durch die Bewältigung von Aufgaben wachsen und gebildet werden. So können wir bei einer Charakteristik des deutschen Wesens nicht absehen von den deutschen Raumgegebenheiten und müssen beachten, wie sich die innere rassische Anlage in der Auseinandersetzung mit Raum und Boden verwirklicht.

Spät erhielt unser Volk seine nationale Form, aber weit reicht das deutsche Volkstum in die Geschichte der Jahrhunderte und Jahrtausende zurück. Die Einheit der inneren und äußeren Form des Deutschtums aber ist eine gegliederte Einheit. Es ist gerade das Besondere und bezeichnet den ganzen Reichtum des deutschen Wesens, daß es eine Mannigfaltigkeit von charakteristischen Stammesausprägungen enthält, die alle ihre eigenen Wesenszüge tragen und die doch bei aller Eigenart dem deutschen Volke zugehören. Die Vielzahl der Stämme und ihre betonten Eigenarten sind freilich auch der partikularistische Hemmschuh für die Einigung gewesen. Es hat einen langen Weges und heißer innerer Kämpfe bedurft, bis die Erkenntnis der Gemeinsamkeit und der Wille zur Volksgemeinschaft zum nationalen Zusammenschluß geführt haben. Seit der Stunde aber, in der die partikularistischen Sonderbündelein überwunden sind, müssen wir das bunte, vielgestaltige Bild der deutschen Stämme dankbar als ein Geschenk empfinden, dessen Bedeutung nicht nur der Rückblick in die Geschichte zeigt, sondern das auch bei jeder Neugestaltung seine Berücksichtigung finden muß.

Wie die Einheit unseres deutschen Landes in eine Vielzahl von Landschaften gegliedert ist, so ist die Einheit des Volkes die innerste Verbundenheit seiner Stämme. Die starke Aufgliederung des Landes hat die Vielgestaltigkeit der Stammesausprägungen begünstigt. Der Stamm ist diejenige Volksgruppeneinheit, die den Stempel des Landschaftlichen am stärksten trägt, Stamm und Landschaft gehören zusammen. Wenn wir die Kenntnis des deutschen Volkes zur Grundlage unserer politisch-völkischen Bildung machen, müssen wir das Reich in seinen Landschaften und Stämmen begreifen.

Es ist schon gesagt, daß wir die stammesmäßige Gebundenheit des deutschen Menschen grundsätzlich als einen Wert ansehen, sofern nicht, wie in früherer Zeit, eine Sonderbündelei damit verbunden ist. Sie stellt einen Wert dar, weil in der Ausprägung der Stammesindividualität die Stetigkeit eines ertümlichen Daseins zum Ausdruck kommt; sie bedeutet eine kulturelle Lebenskraft, weil die vielartigen Stämme einen Reichtum arteigener Beiträge zur Gesamtentwicklung geliefert haben und liefern und weil die gegenseitige Spannung der verschiedenen Ausprägungsformen eine eigene Produktivität erzeugt.

Wenn wir erst heute zur politischen Einheit kommen, so sehen wir doch auf eine große kulturelle Leistung Deutschlands im Verlaufe seiner Geschichte zurück, die die Vielgestaltigkeit der Stämme zur Grundlage hat. Wir streben daher danach, uns die Einheit des völkischen Lebens in der Mannigfaltigkeit seiner Stämme zu erhalten. Sie sind nach einem Wort des Führers „die gottgewollten Bausteine des Reiches“, und es macht den organischen Charakter der nationalsozialistischen Weltanschauung aus, daß sie bei allem Streben nach einheitlichem Zusammenschluß und zentraler Organisation doch die innere Verfassung des Volkes in ihrer seelisch-geistigen Vielgestaltigkeit zu erhalten und zu fördern sucht und das geschichtlich Gewordene nicht zerstört. Die in der totalen Durchdringung unseres völkischen Lebens mit der nationalsozialistischen Weltanschauung gebildete Volksgemeinschaft muß die Ausprägung der landschaftlichen Stammeseigentümlichkeiten bewahren.

Wenn wir heute die Landschaften und Stämme erfassen und Mensch und Gemeinschaft, Siedlung und Sitte, Brauchtum und Sprache darstellen und in ihrer geschichtlichen Entwicklung zurückverfolgen, dann tun wir dies unter der einheitlichen Bezogenheit auf das Gesamtvolk. Hier unterscheidet sich die von dem politischen Willen getragene geopolitische Darstellung Deutschlands von einer früheren Volkskunde, die vom landschaftlichen Heimatbewußtsein aus Kunstgegenstände, Kulturwerkzeuge und Heimatdenkmäler suchte und dabei aus dem heimatlichen Lebenskreis nicht heraustrat. Heute fragen wir nach der besonderen Leistung für das Reich, nach dem spezifischen Einsatz in seiner Geschichte und geben damit der Stammesforschung ihren eigentlich politischen Charakter.

Der Zusammenhang zwischen Stamm und Landschaft ist unleugbar sehr stark, man hat sogar versucht, das „Stammestum“ durch die „Landsmannschaft“ zu ersetzen. Man sah, daß sich gegenüber den sogenannten Altstämmen die „Neustämme“ erst in geschichtlicher Zeit aus den Kolonisatoren der Altstämmen in dem neugewonnenen landschaftlichen Ostraum gebildet haben. Doch müssen wir mit Zaunert vor einer Verabsolutierung des landschaftlichen Gesichtspunktes warnen; es gilt in jedem Einzelfall die Frage aufzustellen, ob eine Stammeseigenart sich den ihr gemäßen Lebensraum gesucht hat oder ob der Raum es war, der bestimmte Formen der Siedlungs- und Lebensweise hervorgerufen hat. Wir kommen auch hier zu der Feststellung einer „Wechselwirkung“ und zitieren¹⁾:

„Ohne den Boden, auf dem es sich bildete, ist das deutsche Stammestum nicht zu denken, ja der Anteil der Landschaft an dem Wesen der deutschen Stämme ist so stark, daß man den Begriff des Stammestums durch den der Landsmannschaft, der Landschaft bestimmten Volksgruppe, hat ersetzen wollen. Ein unbefangenes Überschaun der deutschen Stammesgestaltungen aber wird im ganzen immer wieder zu dem Ergebnis führen, daß sich das Wesen aller dieser Teilstämme gebildet hat in einer stetigen Wechselwirkung zwischen Mensch und Landschaft. Gewiß, Bodengestalt und Beschaffenheit bestimmte z. B. die Art des Siedelns und die Arbeit. Aber der Mensch gestaltete auch die Natur, schuf aus Wildland, Urland, Unland sich Heimat; und die so geformte, umgeschaffene Landschaft, die so viel von dem

1) Paul Zaunert: „Die Stämme im neuen Reich“, Jena o. J., S. 31.

Wesen und Willen ihrer Menschen empfang, wirkt zurück auf alle nachfolgenden Geschlechter und formt, richtet ihr Denken und Fühlen.“

Vielgestaltig sind die Charakterzüge der Menschen in den einzelnen Landschaften; ihre Arten des Empfindens, des Denkens, ihr Phantasie reich tum, ihr Temperament, der Rhythmus ihres Lebensablaufes unterscheiden sich ebenso, wie Siedlungsart, Bauweise, Gerät und Arbeit, wie ihre Kunst, ihre Sagen- und Liederwelt. Es gehört die systematische Breite volkskundlicher Forschung dazu, um hier die Zusammenhänge mit der Landschaft zu bezeichnen. Im Mittelpunkt wird immer die Frage nach der geistig-seelisch-kulturellen Verfassung des betreffenden Stammestums stehen. Wie stark wir hier die Verbundenheit von Mensch und Landschaft sehen, zeigt die Tatsache, daß wir die Landschaft immer wieder mit gleichen Begriffen erfassen, mit denen wir charakterliche und seelisch-geistige Zuständlichkeiten begreifen. Wir sprechen von „Stimmungen“ der Landschaft und meinen dieses Wort nicht nur in dem sentimental en Sinn, sondern als einen eigentümlichen Zusammenklang von Empfindungen, in denen Mensch und Landschaft übereinzustimmen scheinen. Und wenn auch diese Zusammenhänge oft nicht bewußt sind und gerade der ländliche Mensch sich nicht von der Natur der Landschaft distanziert, um sie zu genießen, so fühlt er sie doch zu sich gehörig und er will in keiner anderen Landschaft leben, sein Dasein ist bestimmt durch die landschaftliche Gebundenheit. Über allem zweckhaften Denken und aus ihm sich als geistige Form ergebend enthält der Stammescharakter Züge des landschaftlichen Raumes.

Wie stark selbst noch heute in der Zeit der Vergroßstädterung die Gebundenheit des Menschen an Stamm und Landschaft ist, zeigt, wie bei der Charakteristik eines Menschen ganz natürlicherweise auf seine Heimat und auf seine landschaftliche Zugehörigkeit zurückgegriffen wird. „Wo er her ist“ — charakterisiert einen Menschen meist mehr als seine berufliche Zugehörigkeit. Die Züge des landschaftlichen Typus treten stärker hervor als die des beruflichen oder eines anderen, den er ebenfalls darstellt. In der Gestalt eines landschaftlichen Typus tritt der rassische Kern in Erscheinung, er hat den Primat, aber er findet seine Ausdrucksform im Landschaftlichen.

VII. Der landschaftliche Hintergrund der Kultur

Betrachtungen unseres völkischen Lebens in Darstellungen der Stämme und Landschaften gehen häufig an der Kultur vorbei, die man fälschlicherweise als eine „höhere Kultur“ von einer „Volkskultur“ mit bäuerlich-landschaftlichen Zügen abgetrennt hat. Die Volkskundler stellen Sitte und Brauchtum einer Landschaft fest, aber fragen häufig nicht nach den bedeutenden Männern, die aus den Dörfern und Städten der Landschaft hervorgegangen sind und weit über ihre Heimat hinaus Bedeutung haben. Man verstärkt den Riß, wenn man von einer „Hochkultur“ spricht und die große Stadt als deren Basis annehmen will. Wir müssen versuchen, diese

Trennung aufzuheben in der Erkenntnis, daß hinter allen kulturellen Werken das Volkstum mit seinen Kräften der Rasse und der Landschaft steht, auch wenn sie aus den Städten kommen. Denn echte Kultur entsteht auch immer nur in Städten, die in organischer Beziehung zur Landschaft stehen und in denen der landschaftlich-stammesmäßige Charakter seine eigene Sprache redet¹⁾.

Gerade wenn wir uns heute bewußt sind, daß die Kultur kein abstraktes Dasein führt, sondern als Ausdruck rassischer Stilform auf völkischem Boden zu einer geschichtlichen Stunde wächst, dann tritt damit auch der landschaftliche Gesichtspunkt der Kultur in das Blickfeld der Erkenntnis. Wir können diese Überschau über die Formkräfte der Landschaft nicht beenden, ohne einen Blick auf die Frage zu werfen, in welcher Weise in der Kultur das landschaftliche Moment zur Geltung kommt. Als Manifestationen lebendigen Volksgeistes sind die Kulturwerke durch die Schöpferkraft einzelner entstanden, scheinen dann gleichsam ein eigenes Dasein zu führen. Und doch richtet sich die Frage mit Recht auf den Untergrund, aus dem sie sich erhoben. Nur ein Moment, das landschaftliche, soll an dieser Stelle unter seinen drei wichtigsten Gesichtspunkten hervorgehoben werden, in der Frage nach dem Zusammenhang des schöpferischen Geistes mit seiner Landschaft, in der Frage nach der Landschaft als Gegenstand der Kultur und in der Frage der kulturellen Eingliederung der Kulturwerke in die Landschaft.

a) Schöpfungstum und Landschaft

Mit dieser Frage knüpfen wir an den vorigen Abschnitt an, denn auch bei den Werken, die sich in ihrer Wirkung und Größe über den heimatlichen Ursprungskreis erheben, kommt die stammesmäßig landschaftliche Art zum Ausdruck. Nicht nur das Werk des „Heimatdichters“ trägt die Züge des Raumes, aus dem es hervorging, sondern bei jedem Werk stellen wir mit Recht die Frage nach dem Leben des Schöpfers, nach seiner Heimat und nach der Landschaft, in der er die ersten Eindrücke empfing. Die Kraft einer Landschaft, ihre Eigenart kommt in dem Werk zum Ausdruck in Gehalt und Form, in Weltanschauung und Sprache. Bei dem Maler und Dichter ist die Bedeutung dieser Gebundenheit besonders stark, da bei ihm Landschaft und Raum zugleich häufig der Gegenstand seines Werkes werden. Sie ist aber ebenso in der Musik vorhanden und kann in allen ihren Gebieten beobachtet werden.

Es ist immer wieder festgestellt worden, daß die Landschaften auf Einzelgebieten der Kultur eine besondere Produktivität zeigen. Der Stammes- und Landschaftseigenart entspricht eine besondere kulturelle Ausdrucksform. So etwa sind im Niedersachsengebiet eine besonders große Anzahl von Politikern und Historikern beheimatet, während die kulturelle Produktivität der schwäbisch-fränkischen Land-

1) Vergleiche zu dieser Frage schon die Kulturkritik Langbehns in seinem Buch „Rembrandt als Erzieher“.

landschaft stärker im Dichterischen liegt. Der spezifische kulturelle Anteil der Einzel-Landschaften an der deutschen Gesamtkultur müßte einmal dargestellt werden, wobei es immer zu berücksichtigen gilt, daß derartige Beobachtungen nie absolut gelten, sondern immer nur Griffweisen sind, die jedoch zur Erhellung geistiger Lebensformen einen wesentlichen Beitrag zu liefern vermögen.

Aber auch innerhalb eines einzelnen Kulturgebietes läßt sich feststellen, daß die Landschaften mit jeweils bestimmten eigenen Geistesrichtungen hervorgetreten sind. Es haben in den Landschaften Schulen der Malerei und auch der Dichtung bestanden, deren Eigenart nicht nur darauf beruhte, daß unter dem Einfluß eines einzelnen eine geistige Einheit hergestellt wurde, sondern daß von vornherein eine entsprechende geistige Einstellung und eine gerichtete Bereitschaft vorhanden waren. Die Geschichte unserer Malerei gliedert sich in landschaftliche Stilbildungen, wobei der Wechsel im Hervortreten einer Landschaft ebenso zu beobachten ist, wie der stileigene Einsatz. Das Entsprechende ist auf dem Gebiet der Literaturgeschichte vor allem durch Joseph Nadler¹⁾ verfolgt worden, der die Stämme und Landschaften in der Eigenart ihres geistig-schöpferischen Einsatzes auf literarisch-weltanschaulichem Gebiet gekennzeichnet hat. Er untersucht, wie bestimmte Geistesrichtungen aus bestimmten Landschaften hervorgegangen sind, die immer wieder einen eigenen Beitrag zur deutschen Gesamtkultur geliefert haben.

b) Die Landschaft als Gegenstand

Unsere natürliche Umwelt ist die Landschaft. Wer gezwungen ist, Tag für Tag den Blick auf Häuserwände zu richten, über denen nur ein winkliger Ausschnitt des Himmels zu sehen ist, empfindet besonders stark, wie sehr nur die Landschaft eine Lebenswelt ist, in der wir innerlich frei und ausgeglichen sind und ein Gefühl des Selbstseins haben. Die Landschaft steigert und erregt, sie beruhigt und mildert und wirkt auf den Menschen, dem es gegeben ist, sie zu erleben. — Zwei große Gegenstandsbereiche sind es, die das Denken und Empfinden und das kulturelle Schaffen angeregt haben und immerfort anregen werden: Die Erde mit ihren Ländern und Meeren als Teil eines großen Kosmos und der Mensch mit seinen Gedanken und Taten. Auf weltanschauliche Verschiedenheiten führte sich zurück, ob bei einem Philosophen, Maler oder Dichter der Mensch als Problem und Gegenstand seines Schaffens im Mittelpunkt steht oder ob es die Natur ist. In der Geschichte unserer Kultur sind Mensch und Landschaft die Hauptgegenstände kulturellen Schaffens geworden.

Die Landschaft ist erst auf einer bestimmten kulturellen Stufe in das Bewußtsein des abendländischen Menschen getreten und damit erst Gegenstand des Empfindens und Betrachtens und bewußten Erlebens geworden. Erst im späten Mittelalter ersetzten landschaftliche Motive den magischen Goldgrund religiöser Bilder.

1) Joseph Nadler, Literaturgeschichte der deutschen Stämme und Landschaften 1912—28.

Die Stunde, in der Petrarca den Mont Ventoux im Jahre 1335 bestieg — zu keinem anderen Zweck, als um die erhabene Schönheit der Landschaft zu genießen, ist als der Zeitpunkt angesehen worden, von dem an die Natur dem europäischen Menschen zum Erlebnis und zur bewußten Lebenswelt wird, die ihn befreit und steigert, deren Gewalt ihn ergreift und deren Weite und Größe ihn weit und groß macht und in diesem Erleben zum kulturellen Gestalten erregt. Es dauerte noch Generationen, bis die Landschaft auf den Bildern einen eigenen Wert erhielt und ihre schönsten Darstellungsweisen erlebte. Rationalistische und klassizistische Strömungen verkünstelten dann das Landschaftsempfinden, bis es wieder in seiner freien Natürlichkeit in Rousseau hervorbrach, im deutschen Sturm und Drang Erlebniselement eines geistigen Aufbruchs wurde und schließlich der Romantik ihr charakteristisches Gesicht gab. Malerei und Dichtung sind hier immer gleichgelaufen als zwei Ausdrucksformen einer völkischen Weltanschauung, die seit diesen Tagen der ersten deutschen Bewegung die deutsche Landschaft gleichsam mit umschließt.

Es waren Zeiten kultureller Fehlentwicklung, als nach der Romantik die Landschaft als Gegenstand kultureller Gestaltung in Wort und Bild zurücktrat. Es ist der Ausdruck eines neuen gesunden Kulturempfindens, wenn wir heute wieder zur Landschaft als einen der Hauptgegenstände kulturellen Gestaltens zurückgefunden haben und die Einheit von Mensch und Landschaft zum Erlebnis wird und zur Gestaltung führt.

c) Die Eingliederung in die Landschaft

Einen besonderen Gesichtspunkt landschaftlicher Betrachtung erfordert die Baukunst, die ja nicht die Landschaft zum Gegenstande haben kann, sondern vielmehr ihre Werke in die Landschaft hineinstellt und die, wenn sie wahrhafte Baukunst ist, von einem architektonischen Landschaftsempfinden getragen sein muß. Die Baukunst steht im Mittelpunkt der schöpferischen Kulturgestaltung des neuen Reiches und ihre Größe äußert sich heute in dem Vorhandensein dieses landschaftlichen Raumgefühls, des ausdrücklichen Inbeziehungsetzens zwischen Bau und Landschaft.

Jeder Bau ist natürlicherweise gebunden an das Material, das der Boden der umliegenden Landschaft ihm gibt oder zu verfertigen ermöglicht. Charakteristisch bis in Einzelheiten hinein heben sich die Bauten in den einzelnen Landschaften durch ihr heimatliches Baumaterial hervor. Das Material — die „Materialgerechtigkeit“ ist ein bewußtes Prinzip des Bauens — bedingt die Bauform selbst, da jedes Material seiner Bearbeitung bestimmte Gesetze vorschreibt. Ein weiterer zu beachtender Gesichtspunkt ist die Anlage der Bauten, die zwangsmäßig weitgehend durch die Landschaft bedingt ist: langgestreckt zieht sich das Dorf im Tal entlang, der Stadtplan zeigt, wie Fluß und Berg die Umrisse der Stadt und die Richtung ihres Wachstums bestimmen.

Wir können aber die Bezogenheit auf die Landschaft noch weiter führen in die Frage des Baustils selbst hinein. Nordische Art schuf in Griechenland den horizontalen Tempelbau, im Norden den aufstrebenden Dom. Der kultische Bau hat mit die Aufgabe, räumlich Mittelpunkt zu sein und die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Wer es einmal gesehen hat, wie sich in der griechischen gebirgigen Landschaft die strenge Horizontale eines Tempels von den bewegten Berglinien abhebt und wie sich in der weiten niederländischen Landschaft weithin sichtbar der hochragende Dom über der Stadt erhebt, dem ist kein Zweifel mehr, daß dem Bauwillen ein Landschaftsempfinden zugrunde gelegen hat, auch wenn sich dies nicht beweisen läßt und andere Momente für das Auftreten und die Ausbildung bestimmter Stilformen mitsprechen. Zeiten einer rein wirtschaftlichen Zweckbestimmtheit und einer eklektizistischen Stillosigkeit bauten nicht nur ohne echtes Kunst-, sondern auch ohne Landschaftsempfinden. Sie lehnten derartige „Gefühle“ als romantisch und rückständig ab. Ein neuer Stilwille verwirklicht sich in unserm baulichen Schaffen, das bewußt die Eingliederung des Baues in die Landschaft berücksichtigt und sich bemüht, das Bild der natürlichen Landschaft durch den Bau nicht zu zerstören, sondern eine Einheit zwischen Landschaft und Bauwerk herzustellen. Auch das große doch von wirtschaftlicher Zielsetzung bestimmte Werk der Reichsautobahnen folgt in stärkster Weise den Forderungen des Raumes nicht nur von der Seite der Zweckmäßigkeit, sondern auch von seiten der natürlichen landschaftlichen Schönheit.

Nur stichwortartig konnte das weite Gebiet des Zusammenhangs zwischen Kultur und Landschaft angedeutet werden. Es sollte darauf hingewiesen werden, wie Raum und Landschaft nicht nur das wirtschaftliche Leben und das politische Dasein des Volkes beeinflussen, wie nicht nur Wesensart und Empfinden des Menschen von der Landschaft mitgeprägt sind, sondern auch die seelisch-geistige Gestalt der Kultur auf so vielfältige Weise von den formenden und bildenden Kräften der Landschaft durchdrungen ist.

(Schluß folgt.)

Der Deutsche Raum

BRUNO HEINEMANN:

Grenzland Ostpommern

Durch das Versailler Diktat ist aus unserem deutschen Osten ein langer, rund 100 km breiter Streifen von der Ostsee bis nach Oberschlesien herausgeschnitten worden. Die Geschlossenheit unserer Ostmarken ist dadurch zerstört. Schlesien schiebt sich gen Osten vor als 300 km lange Halbinsel, nur 110 km breit, zwischen

Polen und Tschechoslowakei, und Ostpommern, anschließend Ostpreußen erstrecken sich bei ziemlich gleicher Breite 500 km lang, vom Weichselkorridor abgesehen, nördlich Großpolens (polnische Westmark) und Kongreßpolen hin. Dabei kommt ungeheuer erschwerend in Betracht, daß der Nordostpfiler des Reiches durch den polnischen Korridor zerschnitten ist. Ostpommern und das ihm vorgelagerte Ostpreußen ragen nach der starken deutschen Abwanderung aus Westpreußen, jetzt Pommerellen (Pomorze) genannt, wie eine Insel und eine Halbinsel aus der sie umgebenden Flut slawischen Volkstums hervor. Die Stellung und das Schicksal Ostpreußens finden im Reiche überall Beachtung. Weniger Beachtung findet Ostpommern, dessen weiter Raum von besonderer Lage und Eigenart sich dem allgemeinen Interesse mehr entzieht, weil gewöhnlich die alte preußische Provinz Pommern im ganzen gesehen wird. Die Provinz Pommern ist ein historisch bedingtes Gebilde einer durch das Dritte Reich endgültig überwundenen dynastischen Hausmachtspolitik; sie stellt heute lediglich eine verwaltungspolitische Einheit dar. Eine landschaftliche Raumeinheit sowie wirtschaftliche Einheit oder wenigstens wirtschaftliche Gleichlagerung fehlt. Pommern hat die äußere Gestalt eines vor der Ostsee breit hingelagerten, zum Teil stark zerfetzten Schmetterlings.

Der rechte, östliche Flügel Pommerns bildet in der Ausdehnung des Regierungsbezirks Köslin, den man heute allgemein mit Ostpommern bezeichnet, ein Gebiet von geschlossener Raumeinheit und beachtlicher wirtschaftlicher Selbständigkeit, das über diese beiden Merkmale hinaus noch seine besondere Bedeutung in der Grenzlage hat. Dieser Raum stellt ein sich nach Osten verjüngendes Rechteck dar, im Norden begrenzt durch die See in 200 km Länge, im Süden und Osten, bis zu den Höhen von ungefähr 200—250 m ansteigend, durch den uralisch-baltischen Höhenrücken (Pommerschen Landrücken) und seine zahlreichen Binnenseen auf der Linie Dramburg-Falkenburg bis Bütow im Süden, von Bütow nordwärts durch das sogenannte „Blaue Ländchen“ Lauenburgs bis zum Zarnowitzer See östlich Leba im Osten. Die Ausdehnung der Angrenzung an Polen beträgt etwa 200 km. Es sind nicht nur diese 200-km-Grenze am polnischen Korridor, die von der Ostsee bis nach Rummelsburg dem ostpommerschen Raume den Grenzlandcharakter geben. Viel stärker wird in der Auswirkung die Grenzlage dadurch betont, daß das polnische Gebiet im Süden in der Höhe von Posen bis zur Linie Kreuz—Birnbäum—Bentschen vorspringt und dadurch Ostpommern gemeinsam mit dem Nordteil der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen, also dem Schneidemühler Gebiet, die Gestaltung der gewaltigen nordöstlichen Halbinsel des deutschen Reichsgebietes gibt. Kennzeichnend ist, daß die wirtschaftliche Metropole Ostpommerns, nämlich Stolp, ungefähr 5 km weiter östlich liegt als das 75 km von der deutschen Grenze entfernte Posen. Dies alles bedeutet nicht mehr und nicht weniger, daß im Osten Ostpommerns der Verkehr aufhört und im Süden

nach Durchmessung von kurzen Strecken über die Provinzgrenze hinaus ebenfalls gehemmt ist.

Ostpommern ist im Rahmen der gesamten Provinz Pommern ein Gebiet von besonderer Eigenart. Der ostpommersche Raum bildet eine weite, in sich geschlossene Landschaft mit überwiegend agrarischer Bevölkerung in dünner Besiedlung. Es ist gekennzeichnet durch die auf dem Pommerschen Höhenrücken entspringenden Flüsse, die unmittelbar in die See gehen und damit dieses Land von dem Odergebiet deutlich scheiden. Besonders stark hebt sich die unterschiedliche Lage gegenüber Vorpommern und Stettin heraus: Stettin ein starker Punkt des Verkehrs mit dem Vorzug der See- und Oderlage, Ostpommern ein frachtungünstiges und verkehrsarmes Gebiet. Stettin und Vorpommern haben die Gunst naher, aufnahmefähiger Märkte, außerdem neben kurzen Eisenbahntfernungen noch gute See- und Binnenschiffahrtsverbindungen. Bei Ostpommern liegen die Verhältnisse diametral umgekehrt.

Ostpommern bildet, ähnlich wie Ostpreußen gegenüber Kongreßpolen, gegenüber Großpolen, der früheren preußischen Provinz Posen, eine gewaltige Flanke, die, ebenso wie in Ostpreußen, durch die Moränenlandschaft eines Höhenzuges mit ihren langhingezogenen Seen und nicht unbeachtlichen Erhebungen gekennzeichnet ist. Diese Flanke liegt parallel den alten, historisch bedeutsamen Urstromtälern der Netze und Warthe, die seit Jahrhunderten Durchmarschstraßen vom Osten nach dem Westen und umgekehrt gewesen sind. Ostpommern flankiert die Linie Posen—Berlin.

Raum- und verkehrspolitisch ist entscheidend, daß Stolp und Lauenburg östlicher als Posen liegen und daß Ostpommern überwiegend näher an Danzig als an Stettin liegt. Es sei auf folgende Entfernungen hingewiesen:

Berlin—Stolp	370	km
Berlin—Posen	259	„
Stolp—Posen	270	„
Stolp—Danzig	140	„
Stolp—Stettin	236	„
Lauenburg—Danzig	80	„
Lauenburg—Stettin	288	„

Hinsichtlich Ostpommerns handelt es sich um einen für europäische Gegebenheiten verhältnismäßig großen Raum, für deutsche Verhältnisse um eine geradezu bedeutende Raumfläche. Mit 14 111 qkm ist Ostpommern nur wenig kleiner als das an Frankreich abgetretene Elsaß-Lothringen und das frühere Königreich Sachsen und ungefähr ebenso groß wie die ganze Provinz Schleswig-Holstein.

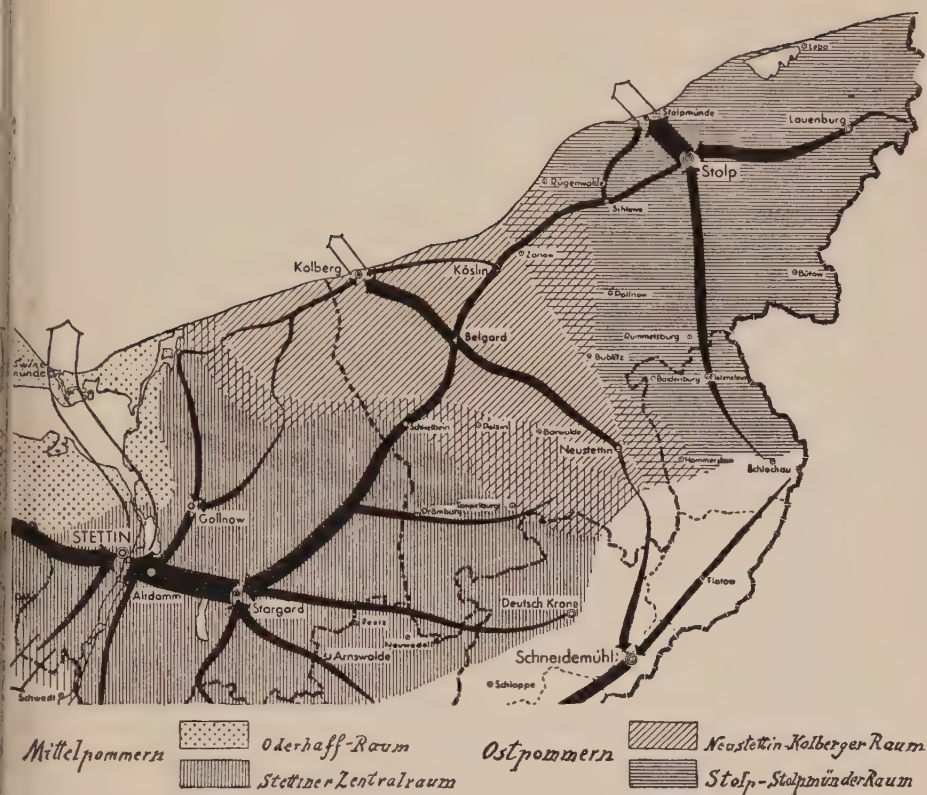
Es ist ein weiter, dünnbevölkerter Raum an der Ostgrenze des Reiches, der zudem eine Brückenstellung nach Ostpreußen hin einnimmt. An der Nordostgrenze Ostpommerns ist gegenüber dem Freistaate Danzig der polnische Korridor



am engsten. Bei Bütow und nordwärts verengt sich der polnische Korridor auf ungefähr 38 km.

Der ostpommersche Raum bildet eine weite, in sich geschlossene Landschaft. Diese Raumeinheit wird durch eine selbständige Wirtschaftseinheit betont, wie die Karte der Verkehrsstruktur Ostpommerns zeigt, die auf Grund der Arbeiten des Geographischen Instituts der Universität Greifswald (Dr. Witt, Greifswald) bearbeitet ist.

Ostpommern ist neben den südlichen Bezirken Ostpreußens das dünnbevölkertste Gebiet des Reiches. In wenigen markanten Zahlen ergibt sich folgender Vergleich: Der Durchschnitt des Reiches auf 1 qkm beträgt ungefähr 140 Menschen, der Durchschnitt in Ostpommern dagegen nur 48,59, um in den unmittelbaren Grenzbezirken sogar auf 40,05 herabzusinken. Jenseits der Grenzen in Pommern, der ehemaligen Provinz Westpreußen, beträgt er nach der letzten Statistik 66, dürfte sich aber infolge der ungewöhnlichen Bautätigkeit und der starken Steuer- und Frachterleichterungen, die die polnische Regierung dem pommernischen Gebiete zuteil werden läßt, inzwischen in beachtlichem Maße erhöht haben. Bedenklich ist die Abwanderung aus Ostpommern. Nach der Statistik hat in der Zeit von 1900 bis 1933 das platte Land des Bezirkes



158000 Seelen verloren, während die Städte des Bezirkes nur in sehr geringem Maße angewachsen sind.

Daß hier Abhilfe not tut, liegt auf der Hand. Durch Meliorations- und sonstige Kulturarbeiten ist in den letzten Jahren bereits manches geschehen. Auch ist der Arbeitsdienst in dem Arbeitsgau IV, der das durch die Gleichheit der wirtschaftlichen Verhältnisse zusammengehörige Gebiet Regierungsbezirk Köslin, Grenzmark (Kreise Schlochau, Flatow, Schneidemühl, Deutsch-Krone und Schönlanke) sowie die dem Regierungsbezirk Frankfurt a. O. zugehörigen Kreise Arnswalde und Friedeberg umfaßt, erfolgreich eingesetzt worden. Zu erstreben ist, daß die Abwanderung des heranwachsenden Geschlechtes aus Ostpommern nach Berlin und nach westdeutschen Großstädten eingedämmt und daß für die zweiten und weiteren Kinder aus dem Bauerntum und auch aus der gewerblichen Bevölkerung der notwendige Nahrungsspielraum geschaffen wird. Dies kann geschehen durch erweiterte Siedlungstätigkeit, durch die Erhaltung bestehender gewerblicher Betriebe und durch eine stärkere Vergewerblichung der Wirt-

schaft in Ostpommern. Für beiden ist eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und die Senkung von Eisenbahntarifen notwendig. Es handelt es sich nicht um eine künstliche Industrialisierung und um wirtschaftliche Experimente, es handelt sich lediglich darum, die Verarbeitung der Uerzeugnisse der Landwirtschaft, des Fischfanges und der Forstwirtschaft im ostpommerschen Raume selbst zu fördern. Das Bestreben, die anfallenden Roherzeugnisse im Rahmen des Möglichen im Bezirke selbst zu verarbeiten und Halbfabrikate und Fertigerzeugnisse statt Rohprodukte zu versenden, ist volkswirtschaftlich durchaus gesund. Darüber hinaus muß die Vergewerblichung zum Ziele haben, auch absatz- oder arbeitsmarktbedingte Betriebe zu fördern bzw. zu errichten. An dieser Entwicklung hat auch die landwirtschaftliche Erzeugung ein starkes Interesse; denn auch ihr Absatz wird durch Frachtferne eingeschränkt. Die Landwirtschaft, insbesondere die Siedlung, braucht zu ihrer weiteren Entwicklung ortsnahe Absatz. Eine Förderung der gewerblichen Wirtschaft in Ostpreußen ist geeignet, in dieser Beziehung helfend zu wirken. Angesichts der durch Raumnot bedrohten Erhaltung und Mehrung unserer Volkskraft ist die Förderung der agrarischen Siedlung durch Schaffung ortsnaher Märkte auf der Grundlage einer stärkeren Vergewerblichung in Ostpommern Aufgabe und Pflicht.

Die starken kulturlichen Bestrebungen Polens im benachbarten Pommerellen (Baltisches Institut in Thorn, Plan einer Hochschule in Gdingen) müssen uns ein Ansporn sein. Die pommersche Landesuniversität Greifswald liegt zu fern — 350 km von Stolp — um grenzorientiert zu sein; Greifswald pflegt nördliche, nach Skandinavien gerichtete Belange. Damit soll nicht gesagt sein, daß etwa eine neue Universität zu erstreben ist, sondern nur das eine, daß Kulturpflege und die Entwicklung eines kulturellen Mittelpunktes in Ostpommern not tut.

Gemeinsames Grenzschicksal und gemeinsame Grenznot geben dem Ostpommern ein starkes Gemeinschaftsgefühl. Wer hat vor Jahrzehnten von Ostpommern gesprochen? Man kannte wohl Vorpommern und Hinterpommern. Es ist eigenartig und durchaus verständlich, daß die alte geographische Bezeichnung „Hinterpommern“, nämlich des Gebietes von der Oder bis zur Ostgrenze, fast völlig geschwunden ist. An ihre Stelle ist ohne amtliche Bestimmung und Anordnung von oben, lediglich aus dem Bewußtsein des Volkes heraus und dem starken Gemeinschaftsgefühl dieses Grenzbewußtseins, der neue Begriff „Ostpommern“ getreten, aber auch nur in der Abgrenzung des eigentlichen Grenzlandes, nämlich des weiträumigen Regierungsbezirks Köslin. Hier haben Grenzbewußtsein und Gemeinschaftsgefühl instinktsicher eine raumpolitische Vorstellung zu einem geographischen Begriff geprägt, der durch die Grenzlage gekennzeichnet ist.

KARL HAUSHOFER:**Ein geopolitisches Werkzeug ersten Ranges
zur Erkenntnis von Chinas Geschichte, Macht- und Wirtschaftsaufbau**

Hervorgehoben aus der Reihe der üblichen Besprechungen muß Albert Herrmanns „Historical and commercial Atlas of China“, der Harvard-Yenching-Instituts-Ausgabe erster Band, jedem nahegelegt werden, der Chinas Geschichte, seinen Macht- und Wirtschaftsaufbau kennen mußte (Otto Harassowitz, Leipzig 1935). Wer noch in der Wahnvorstellung von der Starre chinesischer Geschichte befangen war, der wird sie vor der zwingenden Gewalt der 62 geschichtlichen Karten Herrmanns für immer aufgeben müssen und reumütig den riesigen Rhythmus dieser Volks- und Reichsgeschichte in Raum und Zeit anerkennen. Als Ergänzung für die nur zwanzig macht-, kultur- und wirtschaftswissenschaftlichen Blätter des gelehrten und kunstvoll das Höchste aus seinen Blättern herausholenden Verfassers wären mindestens noch zu wünschen: ein paar Luftdruck- und Niederschlagskarten, eine jener vorzüglichen allerneuesten Karten des Volksdrucks und der Bevölkerungsverteilung, vielleicht auch der Dürren, Flut- und Hungerräume mit den Taifunbahnen. Sie sollten ihm bei einer Neuauflage zugebilligt werden, wenn sie sich auch zur Not aus andern Atlanten ergänzen lassen. Es bleibt ein Anlauf zu einem großartigen Zusammenbau, der mit seltenem Einfühlungsvermögen auch in die wahrscheinlichen Zukunftsrichtungen chinesischer Geschichte Räume abgrenzt, voraussichtliche Kampffelder herauschneidet, so den Szechuan-Yünnan-Hsikiang-Komplex (S. 77), den Schauplatz der Südostrevolte (S. 74/75), Chinesisch-Turkestan (S. 69).

Das Bewegungsbild fließt vorwiegend aus historischer Betrachtungsweise; der Geograph hätte manchen Raum anders abgegrenzt, ersetzt vor allem gern die reine Flächenfärbung durch die Abschattierungen, die zugleich die Volksdichte und die aus ihren Ausgleichsanläufen sich ergebende Bewegungswucht (Dynamik) erkennen lassen. Das ändert nichts an der unbegrenzten Achtung vor der Größe des Anlaufs und dem Mut zu wertvollem Vollbringen.

KARL HAUSHOFER:**Geopolitischer Schrifttums-Bericht über den indo-pazifischen Raum**

(Fortsetzung aus dem Juniheft)

Das ist auch der Sinn der vielfältigen Lebensarbeit von Colin Ross, am meisten seines besten Buchs über das „Meer der Entscheidungen“. Es wird in einen festen wissenschaftlichen Rahmen gestellt durch eine im Bericht VI/36 gewürdigte vorzügliche britische Schul-Geopolitik.

11. **J. Fairgrieve und Ernest Young:** „Human Geography: The Pacific Lands“. London 1936, George Philip & Son, 226 S., 91 flotte Schwarzweiß-Skizzen, und die in diesem Herbst in dritter Auflage erscheinende, gleichzeitig bei Payot (wie „Japan und die Japaner“) französisch herauskommende „Geopolitik des Pazifischen Ozeans“ des K. Voynickel-Verlags.

Wir widmen hier der auf Grund neuer Reisen der letzten Jahre umgearbeiteten vierten Auflage des fesselnden Buchs die verdiente neue Besprechung von

12. **Colin Ross:** „Das Meer der Entscheidungen“. Leipzig 1936, 4. Aufl. F. A. Brockhaus, 329 S., 97 Abbildungen, 7 Kartenskizzen, 3,60 RM. Colin Ross liebt starke Auftakte. Wer die S. 3–12 der „Wende zum Pazifik“ liest, der könnte glauben, es hätte vor 1924 keine Tagungen des Instituts f. Pacific Relations, keine geopolitische Berichterstattung aus dem indopazifischen Raum, keine Karten von Mackinder gegeben, der schon 1904 den pazifischen Raum in welt-politischer Gesamtschau dargestellt hatte. Aber

er wird auch eine Reihe von treffenden Werturteilen schon in der Einleitung finden, die auf guten Beobachtungen mit lebendiger Einfühlungsfähigkeit ruhen und die Fernziele des Buches „Beiderseits des Pazifik“ umreißen. Dann spielt der geübte Essayist sein Thema durch unzählige Varianten über die Randländer des größten Meeres hin: von Amerika ausgehend, über den Manometer von Hawai nach Japan, Korea, Mandschukuo, China zum andern Druckmesser der Philippinen. Das wichtige Zerrungsgebiet des austral-asiatischen Mittelmeers, Australien, Ozeanien, Neuseeland schlüpfte etwas leichter unter der Lupe durch, die den pazifischen Anteil der Sowjetbünde fast ganz verschont. Dadurch entsteht ein einseitiges Bild, das in den andern Reisewerken von Colin Ross weitgehende Ergänzung findet, im „Meer der Entscheidungen“ aber Kraftfeld und Kraftlinien teilweise verdeckt. Was gezeigt wird, ist ein anmutiges, vielfach glänzend vorgehaltenes kaleidoskopisches Bild, dessen Einzelzüge von wuchtschwerer Dynamik bis zum leichten Weltwander-Flitter wechseln. Es ist vielleicht die reizvollste Form, dem, der nicht tief pflügen will, die Probleme dennoch nahe zu bringen. Auch scharfe Gegenüberstellungen wirken, wie etwa „Japans Weg nach Westen“ (S. 104–109) und die Feststellung auf S. 8 vom „Schlußstrich unter die Verwestlichung“. Kein Weltfahrer — namentlich, wenn er sich als Schilderungskünstler Stimmungsreizen voll gibt — wird ganz um die Seelenschwankungen des Pontius Pilatus herumkommen. Das gilt besonders für Korea und Mandschurei. Aber es ist das Los des schönen Schrifttums überhaupt, das harte Weltmachtfragen umspielt.

13. Dr. Juri Semjonow: „Die Güter der Erde“. Berlin 1936, Ullstein, 532 S., 230 Abbildung, 1 Tafel — stellt sich die Aufgabe, eine „Wirtschaftsgeographie für jedermann“, ein weltenweites und doch gemeinverständliches Bild vom „Haushalt der Menschheit“ zu

geben. Er hat es verstanden, den spröden Stoff für weiteste Kreise reizvoll zu machen; und in der echt russischen, breiten Gesprächsform steckt ein Wissen von außergewöhnlichem Umfang und leiderprobter philosophischer Tiefe. So volkstümlich kann nur schreiben, wer sein Arbeitsgebiet so beherrscht, daß er sich mit Nachtwandlersicherheit in scheinbar freiem Spiel darauf bewegen kann. In solchem Stil geht es vom „Täglichen Brot“ (Brotkarte der Menschheit, S. 331) und über die anderen Hauptnahrungsmittel, darunter die Salze, zu den Leistungen des Waldes und seiner Erhaltungskrise weltüber, dann zu den Reizmitteln, schließlich den Völkergiften. In leichtverständlicher Form werden die wichtigsten Zukunftsfragen der Menschheit dem Nachdenken dargeboten: Getränke- und Tabakfragen, die Mittel des Heils und Verderbens: „Gift und Gegengift der Tropen“, die Daseinsbedingungen und Wanderungen der Webstoffe, endlich die Schätze unter dem Boden. Unter ihnen treten hervor — trotz den Edelmetallen — die noch 1306 als Heizstoff für London verbotene Kohle, das von der Ernährung der heiligen Flamme, vom heiligen Feuer zu einer sehr profanen Machtrolle herabgestiegene Steinöl, namentlich die Kameradschaft von Eisen und Kohle. Eine schmerzliche Erinnerung bildet (S. 433) „Die lothringische Minette und die Front im Weltkrieg“. Viel Geist und Witz — [die mancher vielleicht lieber in etwas ernsteren Formen sähe] — sind auf diese anreizende Behandlung bis zum Schluß verwendet, die hoffentlich den einen, großen Zweck erreicht, der jedes Gehen ernstester Wissenschaft im leichten Kleide rechtfertigen würde: den Anteil der Massen an lebenswichtigen Zukunftsfragen, vor allem Mitteleuropas zu wecken und wach zu erhalten, auch wenn er sich nicht mehr durch tägliche kleine Entbehrungen und beständiges Nachdenken um ihre Überwindung aufdrängt. Denn ganz wird es die Rohstoffkrise nie mehr wieder los!

Diesem Heft liegen folgende Werbeblätter bei: Kurt Vowinckel Verlag über Einbanddecken und die Subskription auf das Werk Amann, Chiang Kaishek; Robert Frohn Sohn, Remscheid, für Rasierklingen und einer Teilaufgabe ein Schreiben der Buchvertriebs-Gesellschaft Berlin-Schmargendorf.

Soeben erschien

Heft 12

Schriften zur Geopolitik

BRUNO RÄUECKER

Die geopolitische Bedingtheit der Sozialpolitik

Kurzer Nachweis, daß Arbeit
und Sozialordnung geopo-
litisch vom Volkskörper
und Raum bestimmt sind.

24 Seiten

RM -.60

Kurt Bornwinkel Verlag GmbH., Heidelberg

Pero

Das vornehme, preiswerte

Maß-Oberhemd

in den besten Qualitäten
direkt ab Fabrik.

Verlangen Sie heute noch
unverbindlich für Sie
Musterabschnitte.

**Mechanische Wäschefabrik
P. Rödel**

hervorgeg. a. Drei-Zack A. Fischer & Söhne

Oberkotzau, Bayr. Ostm. 79

Länder und Völker

Monatsschrift der Gesellschaft für Länderkunde mit ständiger Beilage:

Bericht über auslandskundliches Schrifttum

66. Jahrgang NF • 6. Heft • Juni 1936 • Auflage 7500

Bibliographische Beilage: Außereuropäische Bibliographie II

INHALT: Otto Corbach: Wachsende Wüste — schrumpfender Lebensraum —
Walter Estermann: Die Straße des Imperiums • Harald Feddersen: Die
Dardanellen — eine Schlüsselstellung zwischen Orient und Okzident • Hans
Hömborg: Das Land der Skipetaren • Hermann Lufft: Townsend und Aber-
hart • Karl Fr. Langenbach: Auf den Spuren der ersten deutschen Flotte.

Einzelheft RM —.50 • Jahresbezug RM 5.40

Bestellungen nimmt jedes Postamt, die Buchhandlungen und der Verlag entgegen.

Probehefte versendet auf Anforderung der Verlag.

Gesellschaft für Länderkunde, Berlin NW 40, Lüneburger Str. 21

吾人攘外必須先內我中國
 之大患乃在人心後難散漫
 神萎頓不振而又不欲思苦
 耐勞乃致寇深匪枉半我
 之同志刻苦耐勞堅定工作
 忍辱負責打破目前之難關

三月十號蔣中正

„Wenn wir nach außen mit Erfolg verteidigen wollen, müssen wir zunächst im Innern Frieden halten. Das größte Unglück unseres Landes liegt darin, daß die Menschen kein klares Ziel und keine Initiative haben. Ernsthafte Anstrengungen können sie nicht ertragen; deshalb sind die fremden Mächte so tief in unser Land eingedrungen; Unordnungen und Gewalttätigkeiten nehmen zu. Ich hoffe, daß alle unsere Landsleute vor keiner Schwierigkeit zurückschrecken und allen Anforderungen gewachsen sein werden. Entschlossene Arbeit, Disziplin und Verantwortungsbewußtsein sind erforderlich, um die augenblickliche Not zu überwinden.“ 14. März 1934

Leitworte CHIANG KAISHEK'S
 in eigener Handschrift

CHIANG KAISHEK

Das neue Buch von AMANN, seine aus engstem Miterleben gewonnene Darstellung der inneren Entwicklung Chinas von 1928—1933, wird Ende Juli ausgeliefert, zu einem Subskriptionspreis von RM 6.40 für Bestellungen, die eingehen bis 26. 7.

8°, 240 Seiten, 29 Kunstdruckabbild. und 16 Karten, Ganzleinenband, Subskriptionspreis RM 6.40. Der Preis nach Erscheinen wird etwa RM 7.50 betragen.

Es ist die Fortführung des früheren Werkes von AMANN
 Sun Yatsens Vermächtnis.

Die Geschichte Chinas und seiner Revolution 1925—1927, 304 Seiten Text, 18 Abbildungen, 2 Karten auf federleichten
 Dickdruck in Leinen RM 6.80. Dieser Band ist sofort lieferbar.

KURT VOWINCKEL VERLAG GMBH.

sendefrist bis 26. 7.

den
 Kurt Vowinckel Verlag GmbH.
 Idelberg, Wolfsbrunnenweg 36

ermitt bestelle ich zu dem
 skriptionspreis von RM 6.40
 terer Preis etwa RM 7.50

Amann: CHIANG KAISHEK
 Leinen gebunden

und wünsche Zusendung gegen Nachnahme —
 gegen Zahlung nach Empfang —
 durch Buchhandlung

Wenige Minuten genügen Ihnen,

um einen Überblick über die Zusammenhänge zu gewinnen, was wirtschaftlich, rechtlich, sozialpraktisch u. steuerlich geschieht, was geschehen wird, welche Auswirkungen sich für den Einzelnen ergeben. Sie brauchen nur die wöchentlich erscheinenden

„WIRTSCHAFTSWINKE“

zu lesen. Lassen Sie sich gleich ein kostenloses Probeheft kommen vom
VERLAG F. WIRTSCHAFT U. VERKEHR, STUTTGART, Pfäzstr. 355

AKTUELLE BÜCHER

VICTOR SPIELMANN

Rußland und Japan im fernen Osten. Ein Buch über Mandschukuo, mit Karte. 1935 brosch. 1.50 Mk.

DR. N. NICOLAI

Probleme der Zeit. Bolschewismus — Faschismus — Neuamerikanismus 1935 brosch. 2.70 Mk.

A. ZAITZOFF

Die rote Armee von der Entstehung bis zur Gegenwart 1934 brosch. 1.80 Mk.

DIPL.-ING. N. EROFEJEFF

Die Sowjetindustrie ein nationales Unglück 1934 brosch. 1.30 Mk.

ARTHUR DIX

Weltkrise u. Kolonialpolitik Die Zukunft zweier Erdteile, über 350 S. Text, 16 Bildtafeln, Großformat, Gzl. 1932 statt 6.80 Mk. jetzt nur 1.95 Mk.

Versand gegen Nachnahme oder Voreinsendung (Postcheckkonto Berlin 161359)

BUCHHANDLUNG WEISS
COTTBUS, Dresdenerstraße 164, Tel. 4120

EUROPÄISCHE REVUE Sonderheft

„DIE MODERNE TÜRKEI“

Ein umfassendes Bild der türkischen Republik aus der Feder namhafter türkischer und deutscher Sachkennner

FALİH RİFKİ ATAY:
Abgeordneter u. Chefredakteur des „Ulus“

Atatürk

RECEB PEKER:
Generalsekretär der Türkischen Volkspartei

Volks- und Staatswerdung der Türken

RUDOLF NADOLNY:
Botschafter z. D.

Zehn Jahre türkischer Außenpolitik

GOTTHARD JÄSCHKE:
Professor a. Seminar f. orientalische Sprachen, Berlin

Ankara, die Hauptstadt der türkischen Republik

ÖMER CELÂL:
Privatdozent an der Universität Ankara

Die wirtschaftliche Struktur der Türkei

SAMI İŞBAY:
Ministerialrat im Wirtschaftsministerium Ankara

Das Finanzwesen der türkischen Republik

NIHAT İYRİBOZ:

Direktor d. Instituts f. Schädlingsbekämpfung, Istanbul

Neuordnung

der Landwirtschaft

FRANZ F. SCHMIDT-DUMONT:
Vertreter des Deutschen Nachr.-Büros, Ankara

Das türkische Verkehrswesen

MÜMTAZ FAZLI TAYLAN:
Vizepräsident der türkischen Handelskammer, Berlin

Deutsch-türkische Handelsbeziehungen

ŞEVKET SÜREYYA:
Direktor d. Handelslyzeums Ankara

Die soziale Bedeutung der türkischen Revolution

GOTTFRIED ASCHMANN:
Gesandter, Berlin

Türkische Wohlfahrt

ESMA NAYMANN:

Abgeordnete, Ankara u. a.

Die Stellung der Frau in der neuen Türkei

PREIS DES HEFTES RM 1.50

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART BERLIN

Ein weltpolitisches Reisebuch



*voll von weltweitem Erleben
und erregendem Geschehen.
Das Sommer-Buch dieses
Jahres, geschrieben in
einem flotten, reportage-
haften Stil, anregend und
unterhaltsam zugleich.*

Völker und Kontinente

Leben rund um den Erdball. Von Ivar Lissner. Kartoniert RM. 4,80, Leinen RM. 5,80 / In die Tiefen des nordamerikanischen Kontinents, ins Herz des Britischen Weltreiches, in die Welt des Islams von Gibraltar bis Indien, zum schwarzen Mann nach Afrika, zum gelben Mann nach China, in die großen Probleme der Kontinente und in die kleinen Sorgen ihrer Menschen führt dieses packende Buch. So erwächst aus diesem Erlebnis der Ferne ein grandioses Gesamtbild von der Größe der Welt und der Vielfalt des Lebens rund um den Erdball. / Durch den Buchhandel zu beziehen.

Hanseatische Verlagsanstalt Hamburg